



Totenkapelle im früheren Franziskaner-Kloster zu Glogau. Gewölbe. Gemalt von Bruno Rosdorf.

DEUTSCHE BAUZEITUNG

52. JAHRGANG. N^o 97. BERLIN, DEN 4. DEZEMBER 1918.

REDAKTEURE: ALBERT HOFMANN, ARCHITEKT, UND FRITZ EISELEN, INGENIEUR.

Die künftige Ausbildung der Baukünstler und das Zusammenwirken von Baukunst, Malerei und Bildnerei.

Von Professor Oswald Kuhn, Ordentlichem Lehrer an der Akademischen Hochschule für die bildenden Künste in Berlin. (Schluß.)

II.

Auch für die Entwicklung und den Wiederaufbau des Zusammenwirkens der einzelnen Kunstzweige bei uns hätte man dann in diesen Hochschulen die Mutterstätte gewonnen und damit die befruchtende Wechselwirkung zwischen den drei Schwesterkünsten, die jetzt nicht nur unter sich, sondern auch zum Schaden der Sache geteilt neben einander hergehen, erreicht. Die Künstler würden lernen, am großen Aufbau einer neuen monumentalen vaterländischen Kunst zusammen zu wirken, und damit wäre unserer Kunst wieder ein Feld schöpferischer Betätigung bereitet.

Das Zusammenleben mit den Studiengenossen der Schwesterkünste soll vor Allem das Auge der jungen Architekten bilden, aber nicht nur zum äußerlichen Sehen. Wie der Maler ein Bild und der Bildhauer ein plastisches Werk erst vor seinen Augen entstehen läßt, bevor er es formal ausbildet, so wird der werdende Baukünstler das Sehen mit künstlerisch gebildeten Augen wieder als die Basis für eigenes Denken und Schaffen benutzen lernen. Der Bau wird wieder erdacht werden — nicht konstruiert. Vor dem geistigen Auge des Künstlers soll er erstehen im Außenaufbau und als Hohlkörper im Ganzen und in seinen Teilen. Als solcher soll er statisch und körperlich, in der Verteilung der Wanddurchbrechungen, in Ausbildung der Räume aus ihrer Ueberdeckungsart heraus, in der Steigerung derselben bis zu den Haupträumen und in der Steigerung von Schmuck und Farbe durchdacht werden.

Hierauf soll sich der Baukünstler später in eigener Praxis beschränken auf die schöpferische Tat, den Blick auf das Ganze gerichtet, für dessen weitere Ausgestaltung er seine Hilfskräfte nicht als Diener, sondern als freie Künstler heranzuziehen hat, denen er den Plan des Ganzen mitteilt und die Einzelausgestaltung ihnen überläßt. Zu diesen Künstlern gehören der Maler und der Bildhauer, aber nicht weniger gehören dazu die Hilfskräfte, welche auf Sondergebieten mitzuwirken haben: auf den Gebieten der Malerei, der Landschaftsmaler, der Stillebenmaler, der Architekturmalerei, der Wand- und Deckenmaler, der Mosaizist, der Glasmaler usw., je nachdem sie gebraucht werden. Auf dem Gebiet des Kirchenbaues wird der Altar-, Taufbecken- und Kanzelbauer wieder ein dankbares Arbeitsfeld finden. Er darf wieder mitarbeiten auf dem Gebiet der bildenden Kunst neben dem Baukünstler in selbständiger, künstlerischer Betätigung. Dem Bau im Äußeren und bei der Raumbildung hilft der Bildhauer seinen Stempel aufdrücken durch lebendiges Gestalten der Anregungen, die ihm der Meister des Baues für den Ausbau des Werkes gibt. Und er wirkt wieder mit als Auftraggeber des Steinmetzen, des Metallgießers, des Tonbildners und des Schnitzers.

Von diesen Dingen allen muß der herangewachsene Baukünstler recht viel kennen und verstehen lernen. In dieser Umgebung, nicht im Entwerfen übertriebener Ideal-Entwürfe, muß er aufwachsen. Dazu braucht er seine besten Lehrjahre um so nötiger, als er nicht als Lehrlinge in Kinderjahren wie ehemals schon sein Fach kennen lernt, sondern erst in immerhin späterer Reife —

nach dem „Abiturienten-“ oder dem „Einjährigen-Examen“. Dazu muß seine Lehrzeit aufgebaut werden. Das geschieht am besten auf dem Boden, auf welchem er später wirken soll, zwischen jungen Künstlern und Meistern der Schwesterkünste.

III.

Bei diesen Fragen handelt es sich nicht nur um die Erziehung von Architekten zu Künstlern, sondern auch darum, Baukünstler dem Staat und anderen Verwaltungsstellen öffentlicher Gelder zuzuführen, um ihnen ein Arbeitsfeld zu sichern.

Der spätere Wirkungskreis der Baukünstler innerhalb der öffentlichen Verwaltungen ergäbe sich ebenso ungesucht, wenn man aus ihrem Kreis die Spitzen der verschiedenen Abteilungen besetzen und diese zugleich als Vertreter der zum Ressort gehörigen Angelegenheiten der Schwesterkünste bestellen würde.

Alle Bestrebungen, Baukünstler heranzubilden, werden nur lebensfähig sein, wenn sie auf dem neuen Arbeitsgebiet zum Zweck einer ununterbrochenen Entwicklung wieder zum Aufbau von Ueberlieferungen führen, deren häufiger durch Kriegszeiten bedingter Abbruch Deutschland so oft geschädigt hat. Hoffen wir, daß die gegenwärtigen Kriegswirren zur Erkenntnis des Wiederanknüpfens an die Ueberlieferung und damit zur ersten Grundlage neu aufzubauender Kunstzeiten führen mögen. Soll das zielbewußt gesichert werden, so wird dazu auch eine Zentralleitung erforderlich, welche die Kette zwischen Bildungsstätte und Praxis bildet, für die geeigneten Aufträge, für Einhalten des Zieles und für den ununterbrochenen Weg dazu sorgt, aber beratender Natur bleibt.

Hiernach würde sich Folgendes ergeben: die künstlerische Oberleitung von Bauten liegt künftig in den Händen von Baukünstlern — Baudirektoren oder wie man sie nennen will —, denen Baubeamte für das bautechnische und rechnerische Arbeitsfeld zur Seite stehen, wie sich das schon jetzt in den Fällen, in denen Architekten mit der baulichen Leitung von Staats- oder städtischen Bauten betraut wurden, als gangbarer Weg erwiesen hat. Diese Baukünstler bilden zugleich ein Kollegium zur Förderung der bildenden Kunst im Lande.

Der Aufstieg in diesem Wirkungskreis ist nicht mehr wie bisher bei einzelnen hervorragenden Bauten dem Zufall überlassen, sondern erfolgt planmäßig von unten auf in fortwährender Wechselbeziehung zu den Jüngern der Schwesterkünste, wodurch eine gegenseitige Förderung schon auf dem Studienweg in künstlerischem Sinn erfolgen soll. Für diesen Entwicklungsgang, der wenn man ihn hervorragend Begabten, die auf anderem Weg die erforderlichen technischen Kenntnisse erlangt haben, auch ohne die

jetzigen Vorbedingungen auf technischen Hochschulen zugänglich machen will, spätestens mit der Bildungshöhe des „Einjährigen“ einzusetzen hat, sind besondere Prüfungen einzurichten. Die baukünstlerische Ausbildung folgt an königlichen akademischen Hochschulen und hat sich in Ergänzung der vorausgegangenen Vorbereitung vor allem auf eigenes Können auf den künstlerischen und den kunsttechnischen Gebieten zu erstrecken. Hier sorgt auch ein den Malern und Bildhauern gemeinsamer Ergänzungs-Unterricht für den notwendigen Ersatz der bei diesem Bildungsgang unter Umständen ausgefallenen Gymnasialbildung.

Die derart erlangbare Eigenschaft zu einem künstlerischen Beamten gewährt dem jungen Baukünstler einen sicheren Weg zu späterer Betätigung bei öffentlichen Bauten unter Oberleitung der diese ausführenden Baukünstler im Lande und die Möglichkeit allmählichen Heranreifens zu vorgeschrittenen Stellungen im Gegensatz zu dem jetzigen Werdegang der Architekten, die dasselbe erstreben, aber in rastlosem Kampf und Wettbewerb Zeit und Mittel in den besten Jahren so oft vergeblich opfern mußten, weil ein geordneter Weg zu weiterer künstlerischer Durchbildung mit Aussicht auf eine erfolgreiche entsprechende Tätigkeit für die Zukunft nicht vorhanden war.

Die Zahl der zulässigen Arbeitsstellen in Hochschulen ist auf den künftigen Bedarf im Lande einschließlich desjenigen der provinziellen und städtischen Behörden einzuschränken. Hiernach wird sich ergeben, inwieweit auch an den verschiedenen Hochschulen für die bildenden Künste im Lande solche Bildungsstätten einzurichten sind, falls man nicht dazu neigen sollte, diese an einer Stelle zu zentralisieren und dementsprechend an ihr auszudehnen. Das wäre für die Ausbildung einer Ueberlieferung von Wert. Die Wechselbeziehung zwischen den jungen Baukünstlern und den Jüngern der Schwesterkünste würde dann aber auf diese eine Anstalt eingeschränkt sein, also auch den anderen Zweck, die Jünger der Schwesterkünste in Wechselbeziehung mit heranwachsenden Baukünstlern zu erziehen, auf diese eine Anstalt einschränken.

Die Berufsausbildung kann man nur in beschränktem Maß lehren. Das Verkennen dessen hat so oft das Urteil über die Ziele und damit auch über die Art des Lehrens getrübt. Die Ausübung seines Berufes selbst lernt kein Geschichtsschreiber, kein Theologe, kein Mediziner auf den Universitäten. Das folgt in der „Praxis“. So war es immer und so entstanden die höchsten Träger ihres Faches. Ihr Können beruht auf keinem Gebiet in dem Erlernen allein, sondern in dem, was ihre Persönlichkeit daraus zu machen, abzuleiten und weiterzubauen verstand. Das gilt auch auf dem Gebiet der Künste. Die Aufgabe der unter ihrem Titel als Stichwort so oft bekämpften „Akade-

Alexander Schnütgen †.



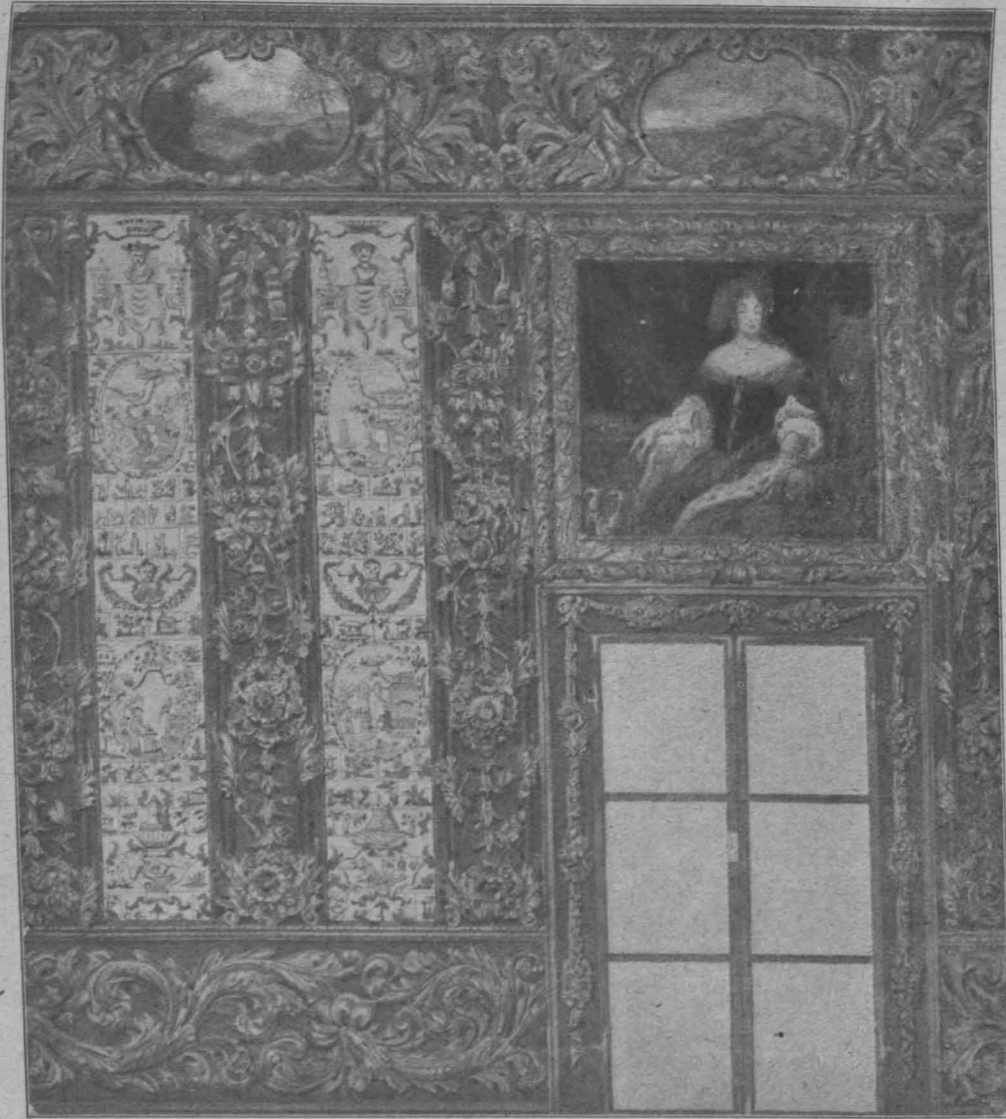
un ist er wirklich gestorben, nachdem er bereits am Schluß des Jahres 1914 tot gesagt worden war. In Listernohl bei Attendorf in Westfalen ist er im Beginn der letzten Novemberwoche 1918 aus unruhiger Welt zur ewigen Heimat eingegangen, der Domkapitular Universitätsprofessor Dr. theol. et philos. Alexander Schnütgen, ein hervorragender Mann, der in der Kunstgeschichte der Stadt Köln, deren Ehrenbürger er war, gleichbedeutend neben Wallraf und Sulpiz Boisserée zu nennen sein wird, die er jedoch an persönlicher Bedeutung weit überragte. Wir haben aus Anlaß seines siebenzigsten Geburtstages in Jahrgang 1913, Seite 158 eine Ausführung der „Köln. Ztg.“ wiedergegeben, die das charakteristische Wesen dieses seltenen Mannes zutreffend schilderte und der wir heute nur wenig hinzuzufügen haben.

In der neueren Kunstgeschichte Kölns waren es bisher zwei Männer, deren Gestirn vor allen anderen bis in die Gegenwart hinein leuchtete: der Professor der damaligen Universität Köln, der Theologe Ferdinand Franz Wallraf, der am 20. Juli 1748 in Köln geboren wurde und auch dort am 18. März 1824 starb. Er war ein eifriger und kenntnisreicher Sammler alter Kunstwerke zu einer Zeit, als dieses Sammeln noch zu den größten Seltenheiten gehörte und manchmal mit einem mitleidigen Lächeln begleitet wurde. Die von ihm zusammen gebrachten Sammlungen vermachte er der Stadt Köln, die aus dem künstlerischen Teil derselben den Grundstock für das Museum Wallraf-Richartz bildete, das ein eigenes Gebäude im Anschluß an die Minoriten-Kirche im gotischen Stil erhielt. Der damalige Konservator der Altertümer in Preußen A. F. von Quast war es, der vorschlug, den Kreuzgang der Minoritenkirche und die zu Hospitalzwecken benutzten Klosterbaulichkeiten für den Neubau eines Museums in Aussicht zu nehmen, nachdem vorher andere Pläne — die Verwendung des Köl-

nischen Hofes an der Trank-Gasse, der Ausbau der Westseite des Rathaus-Platzes — erörtert worden waren. Julius Raschdorff fertigte Pläne, die jedoch von A. Stüler und F. Busse wesentlich abgeändert wurden. Zum Bau des Museums und zur Wiederherstellung der Minoritenkirche schenkte Richartz die für die damalige Zeit sehr bedeutende Summe von 690 000 M. Der Grundstein für das Gebäude wurde 1855 durch Friedrich Wilhelm IV. gelegt, die Vollendung erfolgte 1861. Das erste Denkmal neuzeitlicher Kunstpflege der Stadt Köln war geschaffen. Der andere der beiden Männer war Sulpice Boisserée, am 2. August 1783 in Köln geboren, am 2. Mai 1854 in Bonn gestorben. Mit seinem Bruder Melchior zusammen erwarb er sich dauernde Verdienste um die Kunstgeschichte des Mittelalters. Zusammen mit Fr. Schlegel kehrten sie 1804 von einer französischen Reise nach Köln zurück und begannen hier die Kunstschatze zu sammeln, die damals in den Kirchen und Klöstern Kölns verschleudert wurden. Reisen nach den Niederlanden und in der Rheinprovinz brachten den Sammlungen reichen Zuwachs, die im Jahr 1827 um die Summe von 360 000 M. durch König Ludwig I. von Bayern angekauft wurden. Entging so der Stadt Köln ein reicher Schatz von weit über 200 Gemälden des 14., 15. und 16. Jahrhunderts, die heute den stolzen Besitz der alten Pinakothek in München bilden, so war Sulpice Boisserée auf andere Art Gelegenheit gegeben, den Kunstinteressen seiner Vaterstadt zu nützen. Sein Hauptverdienst erwarb er sich um die Aufnahme, die Wiederherstellung und den Ausbau des Kölner Domes. Boisserée schuf damit das zweite große Denkmal in der Kunstgeschichte Kölns des XIX. Jahrhunderts.

Das dritte schuf Alexander Schnütgen durch die Sammlung, die heute, man darf wohl sagen, den bedeutendsten Teil des städtischen Kunstgewerbe-Museums an der großen Kölner Ring-Straße bildet. Alexander Schnütgen war am 22. Februar 1843 in Steele an der Ruhr als Sohn eines

(Fortsetzung S. 460.)



Das Schloß zu Saalfeld, Teezimmer-Wand. Gemalt von Arthur Schöler und Ludw. Meininghaus.



Das Schloß zu Saalfeld, Teezimmer-Decke. Gemalt von Ernst Gock.

Die künftige Ausbildung der Baukünstler und das Zusammenwirken von Baukunst, Malerei und Bildnerei.

mien“ ist im Gegensatz zu Einzellehrstätten die, eine Uebersicht über das ganze Gebiet, die der letzteren, die Praxis zu lehren. „Akademien“ im Sinne von Lehrstätten oder „Akademische Hochschulen“ sind nur für die von Wert, welche eine allgemeine künstlerische Vorbildung suchen. Diese können dem Kunstjünger heute die Einzellehrstätten nicht so gründlich darbieten.

Die jungen Baukünstler an den akademischen Hochschulen werden ihre Praxis nach Absolvierung derselben in den Ateliers und bei den Bauausführungen von Baukünstlern finden, zu denen auch die Inhaber der „Meisterateliers“ an den Akademien gehören, welche ihren Zweck dann infolge einheitlicher und künstlerischer Vorbereitung der bei ihnen Eintretenden auch besser erfüllen können als jetzt.

Vermischtes.

Ein „Bund technischer Berufsstände“, der alle Angehörigen der technischen Berufe vom Werkmeister bis zum technischen Leiter und aller Zweige der Technik, also Architekten, Bauingenieure, Berg- und Hüttenleute, Chemiker, Elektrotechniker, Maschinenbauer usw. umfassen soll, um „für die technischen Berufe den gebührenden Einfluß auf Regierung, Parlament und Wirtschaftsleben“ zu erringen, ist in Bildung begriffen. Der Bund, der sich auf den Boden der freien demokratischen Staatsverfassung stellen will, erstrebt eine rege Mitwirkung seiner Mitglieder am öffentlichen Leben. Zur Erreichung seiner Ziele will er Arbeit nach innen an seinen Mitgliedern leisten „zur Gewinnung eines tieferen Einblickes in die Lebensbedingungen des Volkes, in das staatliche Leben, die Rechtseinrichtungen, Verwaltung, Wirtschaft und Politik und Kulturfragen unter besonderer Berücksichtigung planmäßiger Heranbildung befähigter Mitglieder zu Vertretern der technischen Berufsstände in den öffentlichen Körperschaften“, und Arbeit nach außen „durch Aufklärung der übrigen Volkskreise über die Bedeutung der technischen Arbeit für das Leben des Volkes und die Erhaltung der Kultur und die Notwendigkeit, technische Fragen nur durch Techniker entscheiden zu lassen“. Nachdem bereits am 18. November eine erste Vorversammlung in der Technischen Hochschule in Charlottenburg stattgefunden hatte, an der Vertreter der verschiedensten technischen Verbände teilgenommen haben, fand am 25. November eine von gegen 2000 Personen besuchte Versammlung im Rheingold zu Berlin statt, in der zahlreiche Beitritts-Erklärungen erfolgten. Nach Berichterstattung durch die Einberuher entwickelte sich eine bis in späte Abendstunden ausgedehnte Aussprache, die zwar erkennen ließ, daß ein Bedürfnis nach einer umfassenden Organisation des

Die Einschaltung des einen solchen zielbewußten Weges für Baukünstler vorbereitenden Weges in die akademischen Hochschulen greift tief in ihre jetzige Organisation ein, könnte aber auch für die Schüler der Schwesterkünste anregend werden, ihren Lebensweg ebenfalls durch eine Einschaltung der Praxis auszugestalten und dadurch den unabhängigen freien Meister wie in alten Zeiten an der praktischen Ausbildung der Künstler teilnehmen zu lassen.

An der Akademischen Hochschule für die bildenden Künste in Berlin ist bereits die Einfügung einer Abteilung zur Ausbildung von Baukünstlern geplant. Hoffen wir, daß deren Ausgestaltung zur Lösung der Frage der Heranbildung von Baukünstlern einen geeigneten Weg bieten wird. —

technischen Berufes vorhanden ist, aber auch recht scharfe Gegensätze politischer, sozialer und wirtschaftlicher Art zum Ausdruck brachte, die schwer zu überbrücken sein werden. Der Bund, der sich über ganz Deutschland ausdehnen soll, wird den entscheidenden Nachdruck darauf legen müssen, daß technische und technisch-wirtschaftliche Fragen von Technikern beantwortet und entschieden werden müssen. Das ist der Gesichtspunkt, unter dem sich hoffentlich eine Zusammenfassung aller Kreise und durch immer wiederkehrende Forderung dieser großen Organisation schließlich auch etwas erreichen läßt. —

Die Wiederaufnahme der Bautätigkeit in Baden. Im badischen Ministerium für Uebergangswirtschaft fand eine Besprechung über die Wiederaufnahme der Bautätigkeit statt. Es wurde beschlossen, das während des Krieges erlassene Bauverbot wieder aufzuheben. Es soll jedoch die Dringlichkeit der Bauten geprüft werden. Die Prüfung wird den Bezirksämtern übertragen. Eine allgemeine Erlaubnis wird erteilt werden für alle Ausbesserungsarbeiten und für den Kleinwohnungsbau. Die meisten Baustoffe werden freigegeben, so insbesondere Holz, Eisen, Zement; nur für die Backsteine und Ziegel wird vorerst die Abgabenerlaubnis beibehalten. Es steht aber zu hoffen, daß es durch Wiederbelebung der Ziegelindustrie bald gelingt, auch diese Baustoffe frei zu geben. Auch die Senkung der Preise für die Baustoffe wird von dem Ministerium angestrebt. Mit der Rückkehr der Truppen aus dem Felde werden der Baustoffindustrie die Arbeitskräfte zu Gebote stehen, die einen wirtschaftlichen Betrieb und eine Ermäßigung der Preise gestatten. —

Inhalt: Die künftige Ausbildung der Baukünstler und das Zusammenwirken von Baukunst, Malerei und Bildnerei. (Schluß.) — Alexander Schnütgen f. — Vermischtes. —

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H., in Berlin.
Für die Redaktion verantwortlich: Albert Holmann in Berlin.
Buchdruckerei Gustav Schenck Nachflg. P. M. Weber in Berlin.

reichen Kaufherrn geboren, der Köln zum Wohnsitz wählte. Alexander widmete sich dem geistlichen Beruf, erhielt 1866 die Priesterweihe und war zunächst in Mainz tätig, um dann aber als Dom-Vikar zu ununterbrochener Tätigkeit nach Köln zu kommen. Es ist bemerkenswert, daß Schnütgen bereits ein Jahr nach seiner Priesterweihe, schon 1867 mit dem Sammeln geistlicher Altertümer begann und so das Werk der Wallraf und Boisserée zu einer Zeit fortsetzte, als zum Beispiel das South-Kensington-Museum in London eben erst mit der systematischen Sammlung der Werke alter Kunst begonnen hatte. Einen eigentlichen Kunstmarkt gab es noch nicht und die besonderen Umstände in den Besitzverhältnissen der rheinischen Kunstdenkmäler, sowie eine persönliche Findigkeit und Pflichtigkeit machten es Schnütgen nicht allzu schwer, ohne Anwendung erheblicher persönlicher Mittel, die er in dem etwa vermuteten Umfang nicht besaß, im Lauf einer 40-jährigen Sammelstätigkeit eine Sammlung zu vereinigen, von der mit Recht gesagt wurde, sie sei seines Herzens gute Hälfte, „animae dimidium meae“ gewesen. Diese Sammlung schenkte der Verstorbene der Stadt Köln. In der Schenkungs-Urkunde vom 14. April 1906 übernahm die Stadt Köln die Verpflichtung, für die Sammlung ein eigenes Gebäude errichten zu lassen, das dann durch Franz Brantzky im Anschluß an das Kunstgewerbe-Museum am Hansa-Platz und unter Einbeziehung alter Reste der Kölner Stadtbefestigung in so ausgezeichnete Weise geschaffen wurde.

Auf vielen Reisen nicht nur im Gebiet seiner engeren Heimat, sondern auch im weiteren Deutschland, in Belgien, Frankreich, Italien, Spanien und selbst im Orient brachte Schnütgen eine Sammlung zusammen, die ihre Bedeutung sowohl für die Kunstgeschichte wie für die Archäologie des Mittelalters hat. Denn jeder Gegenstand gibt sich für sich als Produkt künstlerischen Schaffens, wie auch, rein archäologisch betrachtet, als Glied einer oft langen Entwick-

lungsperiode. Der Zuwachs aus dem Ausland diente dabei dazu, die umbildenden Einflüsse der heimischen Hervorbringung klar zu legen. Es ist hier nicht der Ort, auf die Sammlung an sich näher einzugehen, die eine Lehrmeisterin für die Kunsttechnik unserer Tage und eine Mahnung für die Besitzer alter Kunst ist, ihren Besitz eifersüchtig zu wahren, da es mit ihm geht wie mit den sibyllinischen Büchern. Wie die Sammlung aber in den von Brantzky geschaffenen Räumen aufgestellt wurde und gleichsam mit diesen verwachsen ist, das ist allein schon eine bedeutende künstlerische Tat.

Beim Eintritt in die Sammlung begrüßt den Besucher das Bildnis ihres Stifters, vom Grafen Leopold Kalckreuth gemalt. Und im romanischen Saal ist die Marmorbüste Schnütgens aufgestellt, ein Werk des Bildhauers Prof. Seeboeck in Rom. Sie hebt sich ab von dem Goldmosaik einer Nische, über welcher der Wahlspruch des Sammlers: „Colligite fragmenta, ne pereant“ (Sammelt die Bruchstücke, damit sie nicht untergehen) verzeichnet ist. Aus Bildnis und Büste treten uns die Züge des eigenartigen Charakterbildes entgegen, das in der kölnischen Kunstgeschichte ein bleibendes sein wird.

Seit 30 Jahren gab Alexander Schnütgen die „Zeitschrift für bildende Kunst“ heraus, in der er die Erfahrungen nieder legte, die er auf seinen weiten Kunstfahrten gesammelt hatte. Der Verstorbene war Honorar-Professor für die Archäologie der christlichen Kunst an der Universität Bonn. Im Jahr 1903 ernannte ihn die theologische Fakultät der Universität Münster zum Ehrendoktor und im Jahr 1909 folgte dieser in der gleichen Ehrung des seltenen Mannes die philosophische Fakultät der Universität Löwen.

Schnütgen ist nahezu 76 Jahre alt geworden. Er hat ein reiches Leben gelebt, das in der am 26. Okt. 1910 der Allgemeinheit eröffneten „Sammlung Schnütgen“ seinen bedeutungsvollen Niederschlag gefunden hat. —

—H.—



DEUTSCHE BAUZEITUNG

52. JAHRGANG. NO 98. BERLIN, DEN 7. DEZEMBER 1918.

REDAKTEURE: ALBERT HOFMANN, ARCHITEKT, UND FRITZ EISELEN, INGENIEUR

Straßenbau in Kleinhaus-Siedelungen.

Von Reg.-Baumeister Eberlein, Amtsbaumeister und Vorstand der Tiefbau-Abteilung des Amtes Recklinghausen i. W.

Ine der mißlichsten Folge-Erscheinungen des gegenwärtigen Krieges ist der Wohnungs-mangel, der nach Beendigung des Krieges eine äußerst rege Bautätigkeit hervorrufen wird. Nun wird aber bei den ungeheuren Preissteigerungen für alle Baumaterialien und bei dem niedrigen Wert des Geldes die private Bautätigkeit nahezu völlig ausscheiden. Die notwendigen Bauten werden vielmehr in erster Linie von den Gemeinden und von den gemeinnützigen Baugesellschaften errichtet werden. Jedenfalls steht so viel fest, daß, wer auch immer bauen wird, sich der äußersten Sparsamkeit befleißigen muß. Diese Sparsamkeit, die natürlich niemals auf Kosten der Güte und Dauerhaftigkeit des zu verwendenden Materiales gehen darf, kann sich aber nicht auf die Herstellung der Hausbauten beschränken, sie muß sich vielmehr — und nicht in letzter Linie — auf den Ausbau der Straßen und der Entwässerungsanlagen erstrecken.

Richtlinien über die Breite und Befestigung der Straßen und über die Straßen-Entwässerung sind bereits mehrfach gegeben (so u. A. in dem Erlaß des preuß. Minist. d. öffentl. Arbeiten, Berlin, 26. März 1917), wenn auch eine allgemein gültige Norm nicht aufgestellt werden kann. Die Breite, Befestigung und Entwässerung der Straßen wird je nach den örtlichen Bedürfnissen und den klimatischen und Bodenverhältnissen verschieden sein; die Wahl der zu verwendenden Befestigungs-Materialien ist außerdem abhängig von den bodenständigen Baustoffen, diejenige der Entwässerungsanlagen von den hydrologischen Verhältnissen. Im Allgemeinen wird für Kleinhaus-Siedelungen, die durchweg nur leichtem Fuhrwerksverkehr und dem notwendigen Personenverkehr von Haus zu Haus und zu den Arbeitsstellen dienen, eine Breite von 3—5 m genügen, wobei allerdings auf eine möglichst große Tiefe der Vorgärten Rücksicht zu nehmen ist. Gehbahnen sind in weitaus den meisten Fällen überflüssig. Auch auf die Wasserleitung und die Beleuchtungsanlagen ist schon beim Ausbau der Straßen Rücksicht zu nehmen. Ob die Wohnungen mit Gas oder elektrischem Licht ausgestattet werden, richtet sich nach den örtlichen Verhältnissen. Gas und elektrisches Licht wird stets unwirtschaftlich sein. Wo Gas zur Verfügung steht, wird zweckmäßig die Inneneinrichtung von vornherein für Beleuchtung und Heizung, mindestens aber in den Küchen zum Kochen angelegt. Selbstredend müssen alle aufwändigen Straßenausstattungen zugunsten der Billigkeit der Anlagen vermieden werden, es muß die größte Sparsamkeit walten, wenn auch den Anforderungen der Gesundheit überall Rechnung getragen werden muß.

Um nun einen Ueberblick über die ausgeführten Straßen-

Anlagen in Kleinhaus-Siedelungen zu bekommen, wurde eine Zusammenstellung der bisher für Kleinwohnungsstraßen üblichen Bauweisen und der damit gemachten Erfahrungen ausgearbeitet. Die Rundfrage erstreckte sich auf 157 Städte und Gemeinden und 13 industrielle Unternehmungen. Eine Antwort ging ein von 121 Städten und Gemeinden und 7 industriellen Unternehmungen. Kleinwohnungsstraßen haben bereits ausgeführt 59 Städte und Gemeinden und 5 industrielle Unternehmungen. Die weitaus größere Mehrzahl dieser Straßen kann allerdings als Kleinwohnungsstraßen nicht bezeichnet werden, da sowohl die Art der Befestigung als insbesondere der Querschnitt weit über das für Kleinhaus-Siedelungen erforderliche Maß hinausgehen.

Immerhin verdienen auch die nach Art der leichten städtischen Straßen — befestigte Fahrbahn mit Bürgersteig — ausgeführten Straßen Beachtung. Denn auch sie geben Anregung und zeigen, welche Ausführungsart in den einzelnen Gebieten sich als zweckmäßig erwies. In der Zusammenstellung I sind alle diejenigen Städte, Gemeinden und industriellen Unternehmungen aufgeführt, die befestigte Straßen mit Bürgersteigen ausgeführt haben, während in Tabelle II (die wir noch folgen lassen) lediglich die eigentlichen Kleinwohnungsstraßen, Straßen ohne Bürgersteige, zusammengestellt sind.

Zu den Zusammenstellungen ist zu bemerken:

Augsburg plant Kleinwohnungsstraßen mit 5—6 m breiter Fahrbahn und 1,5 bis 2,5 m breiten Bürgersteigen, es sollen jedoch auch Profile mit einseitigen Fußgängersteigen zur Ausführung kommen. Als Unterbau der Fahrbahn ist Rollierung aus alten Ziegeln, als Oberbau Decke aus geschlagenen Kieselsteinen vorgesehen. Die Bürgersteige sollen mit Sand abgedeckt werden.

Berlin will für Straßen, die ausgesprochenen Wohnstraßen-Charakter haben, gewisse Erleichterungen für die Herstellung gewähren, die darin bestehen, daß für die Dammbefestigung Hartasphalt oder Kleinpflaster auf 15 cm starker Betonbettung zugelassen wird. Für die Bordschwellen darf ein leichteres Profil, als in Berlin sonst üblich, gewählt werden und für die Bürgersteig-Befestigung wird von der sonst vorgeschriebenen Plattenbahn abgesehen und eine Befestigung mit Mosaikpflaster für ausreichend erachtet.

In Dresden ist beabsichtigt, Wohnstraßen eine nur geringe Breite zu verleihen. Für einspurige Fahr- und Gehwege ist u. A. eine Breite von 2,35 m mit anschließender 65 cm breiter Rinne, also eine Gesamtbreite von 3 m vorgesehen. Ein anderes Querprofil weist eine einseitig geneigte Fahrbahn von 2,5 m mit 1,3 m breiter Gehbahn auf. Ferner sollen Straßen mit 2,5 m breiter Fahrbahn und 1,25 bis 2 m breiten Bürgersteigen ausgeführt werden. Für zweispurige

I. Straßen mit Bürgersteigen.

Lfd. No.	Gemeinde oder industrielle Unternehmung	Der Fahrbahn		Des Bürgersteiges		Tiefe des Vor-gartens m	Kosten					Jahr der Ausführung
		Breite m	Befestigung	Breite m	Befestigung		der Fahrbahn M/qm	der Rinne M/qm	des Bordsteines M.lfdm	des Bürgersteiges M/qm	derjährl. Unterhaltung M	
1	Bamberg	5,0—7,2	10cm Basaltschotter 20cm Kalkbruchstein	1,6—2,4	Klinkerplatten	?	5,4 (Granit)	—	5,2 (Granit)	4,5	0,1 M/qm	1912
2	Barmen	7,0	15cm Kleinschlag mit Splitt und Sand 20cm Packlage	2,5	10cm Grobsplitt und Grus	verschieden	6,0	4,0	4,5	1,0	250 — 300	1912
		5,0	35cm gewalzte und kitorierte Müllschlacke	2,5 (einseitig)	10cm Asche	"	3,5	4,0	4,5	1,0		
3	Bielefeld	5,0	Basaltkleinpflaster 20cm Packlage	2,0	Zementplatten	?	5,85	—	?	4,10	—	1912
4	Braunschweig	5,0	Kleinpflaster Chaussierung	1,5	Zementplatten	2,0	7,7	—	?	4,2	—	1912
5	Brebach	4,0	5cm Sand und Schlackengrus 5cm Melaphyr-Kleinschlag 20cm Hochofenschlacken-Packlage	1,5	Kesselasche	Vorgärten	2,7	3,9	1,6	—	—	1913 bis 1914
6	Buer i. W.	5,0	10cm Basaltkleinschlag mit Splitt und Sand 15cm Sandstein-Packlage	2,0—2,5	15cm Asche und 1,5—2cm Sand	?	3,5	—	?	0,5—1,0	—	1910 bis 1912
7	Cassel	5,0—11,0	Basaltkleinschlag Basaltpacklage	2,0—4,0	Kohlenschlacke	?	8,0	?	1,9 (Betonbordst)	—	—	1916
8	Danzig	4,5	geteerte Decklage Schotterbahn	0,5—1,75	Ziegelkleinschlag u. geteerte Decklage (sp. einseitig Mosaikpflaster)	1,25	7,0	10,0 (Kleinpflaster auf Schotterbahn)	?	1,5	—	1912
9	Dortmund	6,0 u. 7,5	Basaltkleinschlag Sandstein-Packlage	2,5 u. 3,25	Kesselasche	?	25,0 (Ruhrsandstein)			3,0	0,3 M/qm	1893 u. 1900
10	Duisburg	5,5	Grauwackkleinpflaster 10cm Kesselschlacke 15—20cm Packlage	1,5—5,0	Kies- und Kesselschlacke	?	8,0	—	5,0	1,0	—	1908 bis 1914
11	Düsseldorf	5,5	Makadam mit Oberflächenteerung Packlage mit Schrott	4,75	vorerst Kies endgültig Zementplatten	4,0	1,65 (Teerung 0,25 M/qm)	?	(Bordstein)	0,4	—	1913
12	Eisenach	4,5	Basaltschotter mit Oberflächenteerung Packlage	1,5 (einseitig)	Beton und Mosaikpflaster	—	4,8	7,8	7,5	Mosaik 3,6 Beton 2,8	—	1912
13	Elberfeld	6,2	Kleinschlag 18cm Grauwacken-Packlage	bis 3,5	Kies oder Asche	?	5,0—6,0	12,0	?	0,5—0,7	können noch nicht angegeben werden	vor dem Krieg
14	Emden	5,0	Hochkant-Klinkerpflaster 40cm Sandbettung	1,5	20cm Sandbettung u. Flachkant-Klinkerpflaster	?	5,2	—	?	2,75	350	1900
15	Erfurt	4,5 und 5,0	10cm Basaltkleinschlag m. Oberflächenteerung 15cm Packlage	1,25 (teils einseitig)	Mosaikpflaster mit Kies eingefast	?	0,12 — 0,15 für vorl. Befestigung				—	noch nicht fertiggestellt
16	Frankfurt a. M.	5,0—6,0	Schotterdecke mit spät. Teerüberzug Gestückunterlage	1,0—3,5	Kies	?	3,6	8,9	Basalt 2,25 Granit 5,8	Kies 1,2 Zementplatte 4,5	0,08—0,3 M/qm	?
17	Freiburg	5,0	8cm Schotter 20cm Wackengestück	1,0—1,5	Kies	?	3,8	?	?	1,0	—	1914
18	Fürth	5,5—6,0	Kalksteinschotter Kalkbruchstein-Rollierung	1,2 (einseitig)	4cm Bruchkies und Basaltgrus	einseitige Vorgärten	3,0	—	1,75	—	0,05 M/qm	1911
19	Gelsenkirchen	5,0	6cm Teermakadam 18—20cm Packlage aus Ruhrkohlendstein oder Kugelschlacke	verschieden; etwa 1,5; teils ohne	Asche mit Kies oder 2cm Teermakadam	?	5,9	?	?	2,5	gering	?
20	Gladbeck i. W.	11—13 (einschl. Bürgersteig)	10cm Basaltkleinschlag 20cm Packlage a. Ruhrkohlendstein oder Hochofenschlacke	—	5cm Aschendecke, sp. 4,5—5cm Plattenbelag	?	5,6	?	?	4,8	8600 M/Km	1902; 07; 10; 13; 14; 16
21	Görlitz	5,0	7cm Granitschotter 18cm Packlage	1,5	12cm Steinknack mit Kies oder Grusdecke	?	3,0	8,0	4,5	1,0	Pflaster 0,08 M/qm Schotter- und Kiesweg 0,1 M/qm	1910 bis 1911
		3,1	5cm Schotter 10cm Steinknack	0,7			1,5	6,3	—	1,0		
22	Gotha	5,0—6,0	Basaltkleinschlag mit Splitt und Grus 18—20cm Packlage aus Sand- und Tuffstein	1,5—2,0	Zementplatten auf gestampfter Kies-schotter-Unterlage	?	15,0—15,5	5,25	5,5	—	—	1911 u. 1912
23	Halle	4,5 u. 5,0	25cm Steinknack-Packlage	1,75 u. 2,5	Mosaikpflaster	?	10,0			5,5	gering	1914 u. 1917
24	Hanau	5,0	Schotter (sp. Kleinpflaster) Packlage	1,5	Kohlenschlacke	?	3,0	?	1,6	0,65	—	1909

Lfd. No.	Gemeinde oder industrielle Unternehmung	Der Fahrbahn		Des Bürgersteiges		Tiefe des Vorgartens m	Kosten					Jahr der Ausführung
		Breite m	Befestigung	Breite m	Befestigung		der Fahrbahn M/qm	der Rinne M/qm	des Bordsteines M/lfdm	des Bürgersteiges M/qm	der jährl. Unterhaltung M	
25	Herten i. W.	6,0	20 cm Kleinschlag Packlage Berghalde	3,0	10 cm Asche	4,0		7,55	?	0,4	gering	1910
26	Horst i. W.	5,0	Basaltkleinschlag Sandstein-Packlage	2,0	Asche	?		3,6		1,2	—	1910
27	Karlsruhe	5—12 einschl. Bürgersteig	2 cm Grus 8 cm Hartsteinschotter 15 cm Gestück		Grus	?	3,0—4,0	?	?	2,0	unerheblich	1911/12 u. 1913
28	Kattowitz	verschieden	Größere Schlacke mit feinerer Deckschicht Schotterung	verschieden	Größere Schlacke mit feiner Deckschicht	?	1,0—4,0	?	?	1,0	dauernde Unterhaltung	vor u. während des Krieges
29	Kiel	4,5	9 cm Kleinpflaster 3 cm Kies 8 cm Schotter 15 cm Packlage 5 cm Kies	1,0	2 cm Kies 13 cm Schlacke	?		18,5		Flachkant-Klinkerpflaster 10 M/qm	—	1913/14 bis 1916/17
30	Königsberg i. Pr.	2,5—5,0	Kopfsteinpflaster Chaussierung	1,25—1,5	Kies	Vorgarten	8,0	?	(hammerrecht bearbeitet Bordstein)	2,0	—	1914
31	Linden (Kreis Hattingen)	?	Schotter Sandstein-Packlage	?	Asche	?	?	?	(Pflasterrinne)	?	?	?
32	Lübeck	4,5	Grober Kies	2,75	3 cm lehmiger Kies 5 cm Kohlenschlacke	?	4,0	—		0,75	0,02 M/lfdm	1909
33	Ludwigshafen	5,0	5—8 cm Bruchkies mit Kition und lehmigem Sand (sp. Oberflächen-teerung) Sandiger Lehm	1,5	Geteerte Kitionfußbank	?		20,0			0,1 M/lfdm	vor dem Krieg
34	Magdeburg	6,0—7,0	Kleinsteinpflaster Chaussierung	3,0—3,5	Mosaikpflaster	?	10,2—13,4		5,4—6,1 (Granitbordstein)		nicht besonders geführt	1905 bis 1914
35	Mannheim	4,5—5,5	8 cm Schotter 18 cm Packlage	1,0—2,0 teils einseitig	Bekiesung mit Oberflächen-teerung; oder Kohlenschlacke mit Ueberkiesung	?	5,2	2,8	3,0	4,2	nicht nennenswert	1912 bis 1914
36	Mülheim (Ruhr)	5,0	Basaltschotter Packlage aus Ruhrkohlensandstein	1,5	Kies	mindestens 10,0	7,3	?	?	0,8	—	1911 bis 1912
37	Münster	5,0—6,0	10 cm Basaltkleinschlag mit Splitt 20 cm Sandstein-Packlage	1,5—3,0	5 cm Zementplatten	?	4,5	?	2,5 (Zementbordst.)	3,0	—	1913/14
38	Nürnberg	5,2	Jurakalkstein-Schotter Harter Sandstein oder Jurakalkstein	1,25	Kalksteingrus	3,5—7,0	4,5	15	—	1,5	—	1912
39	Oberhausen	6,0	Grauwacken-Kleinschlag Asche und Kiesanschlüttung	2,0	Asche und Kies	?	1,0	?	?	0,2	250 M	1901 bis 1914
40	Offenbach	6,0	Basaltkleinschlag Packlage	1,5—4,0	Mosaikpflaster	?	4,0—5,0		3,6—4,0		nicht bes. festgestellt	1908 u. 1913
41	Pforzheim	?	10 cm Beschotterung 20 cm Kalkstein-Rollierung	?	Schotterbettung mit Steingrus	?	5,5	8,5	5,0		—	1913
42	Recklinghausen (Amt)	5,8	12 cm Basaltkleinschlag mit Splitt und Sand 18 cm Packlage aus Ruhrkohlensandstein	2,6	10 cm Asche	4,0 und mehr	7,68		—	2,0	—	1914
43	Recklinghausen (Stadt)	4,5	Chaussierung Erdauftrag	1,75	Asche	Vorgärten	?	?	?	?	—	1912
44	Rotthausen	9,0	30 cm Basaltchaussierung Sandstein-Packlage	2,5	?	?	?	?	?	?	?	?
45	Saarbrücken	5,0	15 cm Kleinschlag 20 cm Packlage	1,5	Kies	3,0 (einseitig)	3,0—3,5		1,2 (hochstehende Pflastersteine als Randsteine)		—	1914
46	Saarlouis	5,0	12 cm Kleinschlag Sandstein-Packlage	2,5	Grubenkies oder Kesselschlacke	3,0—6,0	4,0	?	?	0,3—0,5	nicht genau verbucht	?
47	Spandau	4,5—6,0	3 cm Splitt und Kies 8 cm Schotter 12—15 cm Packlage	1,0—3,0	1,0 m breit Granitoidplatten; seitl. Befestigung durch Schlacke u. Schlick	?	5,7; 7,0; 10,57	—	2,9; 3,11; 3,77	Plattenbahn 6,3; 6,75; 7,6; Schlack. 1,2	—	1914 bis 1917
48	Staaken	3,5 (4,0)	30 cm Feinschlag und Kies (ungewalzt) 15—17 cm Packlage	2,25—2,5	Schlacke, Lehm, Kies	Vorgarten	5,0—6,0	?	?	0,9	für Säuberung und Bekiesung 300—400 M	1914 bis 1916

Lfd. No.	Gemeinde oder industrielle Unternehmung	Der Fahrbahn		Des Bürgersteiges		Tiefe des Vorgartens m	Kosten					Jahr der Ausführung
		Breite m	Befestigung	Breite m	Befestigung		der Fahrbahn M/qm	der Rinne M/qm	des Bordsteines M/lfdm	des Bürgersteiges M/qm	der jährl. Unterhaltung M	
49	Straßburg	5,0	Eurotkleinschlag Sandstein-Packlage	0,75	Grubenkies und Grubensand	Vorgarten	3,8	—	—	0,5	—	1910 bis 1911
50	Viersen	6,0—7,2	Kiesdecke Ziegelstein-Packlage	2,0—2,4	Zementplatten Gußasphalt	?	2,0	?	?	2,3—4,3	Einmalige Erneuerung der Kiesdecke 1 M./qm; sonst keine	1902 u. 1913
51	Wanne	5,0	Pflaster aus Ruhrkohlen-sandstein 14/16 cm Berghalde	1,75	Zementplatten	5,75	7,8	—	4,9	3,4	—	1910
52	Gew. Auguste Viktoria Hüls bei Recklinghausen	4,4—5,9	je 2 cm Splitt und Sand 10—12 cm Basaltkleinschlag od. Hochofenschlacke 15 cm Packlage aus Ruhrkohlen-sandstein	2,3—5,0	Asche	?	?	?	?	?	—	1910 bis 1913
53	Gew. des Steinkohlenbergw. „Ewald“, Herten	5,2	8 cm Kies 12 cm Sandstein-Packlage	1,5	10 cm Asche	?	2,7	6,6	—	0,35	300	1914
54	Bergwerksgesellschaft „Hibernia“, Herne	?	Kleinschlag aus Grauwacke- oder Hochofenschlacke 16—18 cm Packlage aus Grubensandstein	?	Asche	?	—	4,6	—	0,5	0,5 M./lfdm	1901
55	Gußstahlfabrik Fr. Krupp, Essen	4,5—6,0	8 cm Kleinschlag aus Sandstein oder Hochofenschlacke 15 cm Packlage	?	3 cm feine Asche 10 cm grobe Asche	?	2,5—3,0	?	?	1,2—1,5	gering	1910 bis 1912
56	Steinkohlenbergwerk Dudweiler	6,0	3—4 cm Kies 10—12 cm Dioritaufgabe 20 cm Packlage	3,0	5 cm Kies	—	5,5	—	2,5	—	—	1903
			mit gebrannten Grubenbergen bestückt und kleinerem Material überdeckt und abgewalzt		5 cm Kies	5,0	?	?	?	?	—	1908

Fahrbahnen mit Gangbahnen ist für die Fahrbahn eine Breite von 4,5 bis 5 m, und für die Gangbahnen eine solche von 1,5 bis 3 m geplant.

Für die Wohnstraßen ist 12 cm starke Beschotterung und für die Durchgangsstraßen 13 cm starkes Kleinpflaster auf 15 cm starkem Beton-Unterbau vorgesehen. Die Gangbahnen werden in beiden Fällen mit Granitbord eingefast und zunächst bekies. Die Kosten dieser Ausführungen berechnen sich schätzungsweise wie folgt:

1 qm beschotterte Fahrbahn, hergestellt aus Syenitsteinen 5,0 M.
1 qm 0,4 m — 0,5 m breites Gerinne-Pflaster aus bossierten Granitsteinen auf Grobschlag-Unterbau 14,0 M.

Vermischtes.

Maßnahmen der Stadt Potsdam zur Bekämpfung der Wohnungsnot. Die Potsdamer Stadtverordneten-Versammlung hat in ihrer Sitzung vom 22. Nov. 1918 bemerkenswerte Maßnahmen zur Bekämpfung der auch hier befürchteten Wohnungsnot beschlossen. Einem Mangel von 400 Wohnungen wird ein Angebot von nur 80 stark verwohnten Wohnungen gegenüber stehen. Für Herrichtung von Wohnungen in vorhandenen Baulichkeiten wurden 200 000 M. bewilligt. Um die private Bautätigkeit anzuregen, will die Stadt ferner von der gegen die Friedenszeit auf 200% geschätzten Verteuerung des Bauens 170% übernehmen. Für 170 Wohnungen ist dafür eine Summe von 1 600 000 M. nötig. Weiter will die Stadt auf Gelände in der Brandenburger Vorstadt 30 Wohnungen teils als Einfamilienhäuser, teils als zweigeschossige Vierfamilienhäuser selbst erstellen. Unter Annahme eines Einheitspreises von 18 000 M. für eine Wohnung sind hierfür 540 000 M. notwendig. Zur Anregung der Baulust soll endlich unerschlossenes Gelände mit 5 und 8 M. für das qm abgegeben und es sollen an fertigen Straßen in guter Stadt- und Verkehrslage stadteigene Baugelände, auf denen Hochbau gestattet ist, zu den mäßigen Friedenspreisen verkauft werden.

Zur Schaffung von Arbeitsgelegenheit wurden 1 Mill. M. für Herstellungen verschiedener Art bewilligt. —

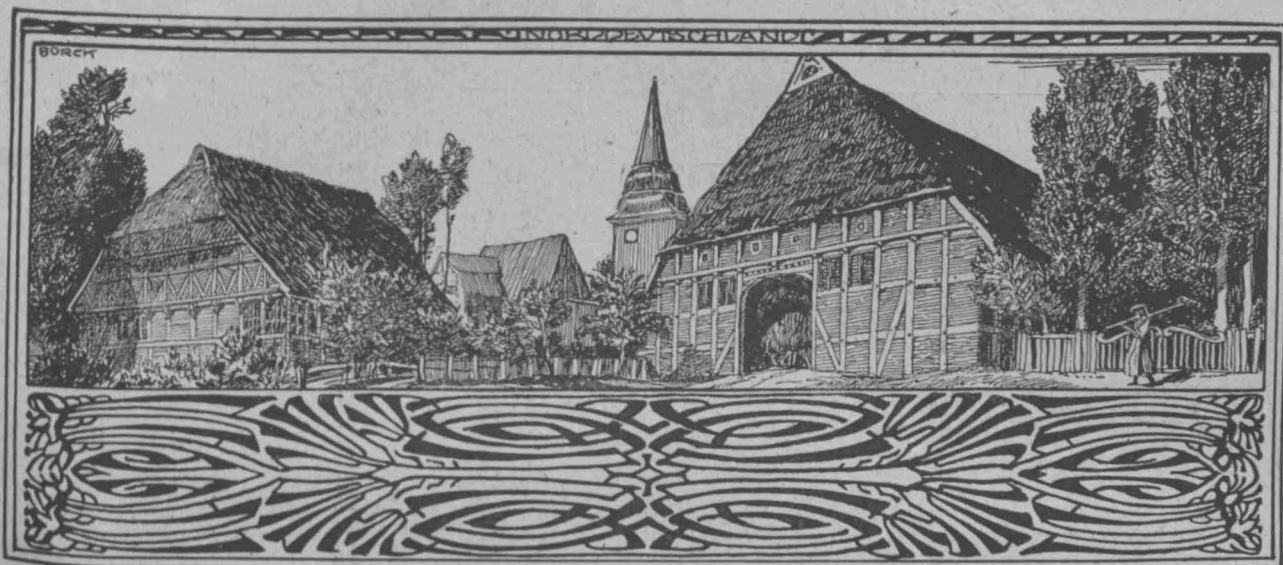
Wettbewerbe.

Wettbewerb Rathaus Emmerich. In diesem Wettbewerb ist die große Zahl von 223 Entwürfen rechtzeitig eingegangen, eine Zahl, die nur aus dem völligen Stillliegen der architektonischen Tätigkeit erklärt werden kann. Die Teilnehmer am Wettbewerb werden damit rechnen müssen, daß sich angesichts der zahlreichen Arbeiten die Entscheidung des Preisgerichtes einige Zeit verzögern wird. —

Ein Preisausschreiben zur Erlangung von Gegenständen aus Feinblech, zur Fabrikation geeignet, wird von den „Süddeutschen Metallwerken, G. m. b. H.“ in Walldorf in Baden zum 1. Febr. 1910 erlassen. Die Gegenstände sollen entweder neu sein, oder mit Neuerungen ausgestattet sein, die eine Wertvermehrung des Gegenstandes darstellen. Diese Wertvermehrung kann in geänderter Materialverwendung, in neuer Form, in konstruktiver Verbesserung oder in anderen Werten bestehen. Es gelangen 3 Preise von 3000, 2000 und 1000 M. zur Verteilung durch ein Preisgericht aus berufenen Personen. Die Uebnahme eines mit einem Preis ausgezeichneten Gegenstandes zur Fabrikation erfolgt in Form eines gesonderten Abkommens. —

Inhalt: Straßenbau in Kleinhaus-Siedelungen. — Vermischtes. — Literatur. —

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H. in Berlin.
Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann in Berlin.
Buchdruckerei Gustav Schenck Nachf. P. M. Weber in Berlin.



DEUTSCHE BAUZEITUNG

52. JAHRGANG. N^o 99. BERLIN, DEN 11. DEZEMBER 1918

REDAKTEURE: ALBERT HOFMANN, ARCHITEKT, UND FRITZ EISELEN, INGENIEUR

Straßenbau in Kleinhaus-Siedelungen.

Von Reg.-Baumeister Eberlein, Amtsbaumeister und Vorstand der Tiefbauabteilung des Amtes Recklinghausen i. W. (Schluß.)

In Duisburg sind auch einige ältere Straßen mit Chaussierung vorhanden. Wegen der größeren Vorteile bei nur geringen Mehrkosten ist man in letzter Zeit zur Pflasterung mit Kleinpflaster übergegangen.

In Essen sind Kleinwohnungs-Straßen jeder beliebigen Art angelegt.

In Frankfurt a. M. haben sich in Kleinwohnungs-Vierteln mit schwachem Verkehr die Schotterstraßen im Allgemeinen gut bewährt. Die Erfahrung dort hat aber gelehrt, daß es zweckmäßig ist, nach Ablauf von 5 Jahren, nachdem die Schotterdecke fest zusammen gefahren ist, einen Teerüberzug aufzubringen, wodurch die Staubbildung stark vermindert wird. Dieser Teerüberzug ist alle 2—3 Jahre zu erneuern.

Hildesheim plant Kleinwohnungswege mit 5 m breitem Fahrdamm, ungepflastert und ohne abgegrenzte Fußwege.

In Lütgendortmund sind seit mehreren Jahren einige Straßen zum Anbau frei gegeben und auch bereits benutzt, deren Fahrbahn nur mit Asche befestigt ist. Diese Fahrbahnen werden von Fuhrwerken nur wenig benutzt und haben nur geringe Unterhaltungskosten verursacht.

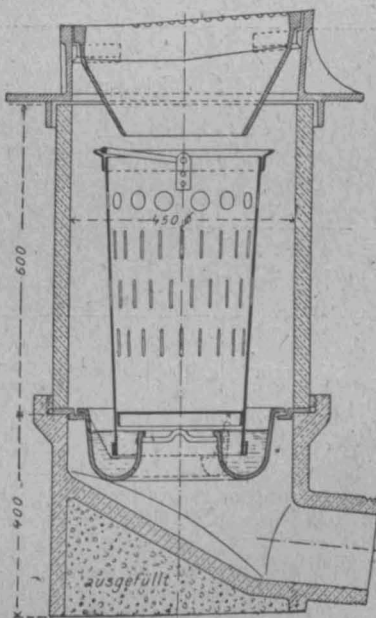
In Solingen sollen Kleinwohnungswege mit 5 m breiter Fahrbahn einschließlich beiderseitiger je 60 cm breiten Pflasterinnen ausgeführt werden. Für die Fahrbahn ist, des wasserdurchlässigen Untergrundes wegen, der Einbau von 15 cm hoher Packlage erforderlich. Die Packlage soll mit 20 cm starker Asche-Bettung eingewalzt werden. Für die Bürgersteige ist Asche oder Kiesbefestigung unter Umständen mit schmalen Plattengang in der Mitte vorgesehen.

Im Allgemeinen scheint für Kleinwohnungswege die zweckmäßigste Befestigung Teer-Makadam aus Basaltschotter oder Kiessand zu sein. Ob die Fahrbahn mit Rinnen — am besten wohl nur eine seitliche Rinne — oder mit einer Reihe Pflastersteinen oder mit Reihenaufkantungsteinen oder überhaupt ohne seitliche Begrenzung hergestellt wird, richtet sich nach den örtlichen Verhältnissen. Eine Befestigung der seitlichen Streifen, wo solche liegen bleiben, mit Asche ist nicht empfehlenswert. Auch für Bürgersteige in den Verkehrsstraßen empfiehlt sich eine Schicht mit Asche nicht. Abgesehen davon, daß Aschewege nicht gerade ästhetisch schön wirken, verursachen sie ein ständiges Verschmutzen der Wohnungen, außerdem sind sie durch die fortwährende Unterhaltung auch reichlich kostspielig. Endlich ist Asche im Allgemeinen keine endgültige Befestigung und vor der endgültigen Herstellung kann eine Abrechnung des Straßen-Ausbaues nach dem Fluchtliniengesetz nicht erfolgen. Wo eine Befestigung der Bürgersteige im Bauprogramm vorgesehen wird, empfiehlt sich von vornherein endgültige Befestigung, etwa mit Mosaikpflaster oder mit Zementplatten oder einfach mit Kiesteer-Makadam.

Auch die Entwässerungsanlagen sollen so billig wie möglich ausgeführt werden. Bei Auswahl des Gebietes für die Kleinhaus-Siedlung ist von vornherein auf die Entwässerungs-Möglichkeit Rücksicht zu nehmen, damit kostspielige Kanäle vermieden werden. Da mit den Kleinwohnungen durchweg mehr oder weniger große Gärten verbunden werden, werden die Fäkalien und Hausabwässer wohl allenthalben für die Düngung der Gärten verwendet. Es handelt sich also lediglich um die Ableitung der Tageswasser. Die Kosten für Kläranlagen, auch für Hauskläranlagen, kommen daher in Fortfall. Ebenso werden die Hausanschluß-Leitungen gespart. Um aber an Kanalkosten möglichst zu sparen, empfiehlt es sich, Kleinhaus-Siedlungen möglichst in der Nähe von offenen Vorflutern oder im Anschluß an eine Gemeinde-Kanalisation anzulegen. Die Zahl der Rinneneinläufe richtet sich nach der Straßenbreite, nach der örtlichen Regenmenge und den klimatischen Verhältnissen. Im Allgemeinen kann man wohl bei der Ermittlung der Zahl der Regeneinlaß-Schächte eine Einlauf-fläche von 350—400 qm zugrunde legen. Die Regeneinlaß-Schächte können so einfach wie möglich gehalten werden. Gerade die neuen

Sinkkasten-Formen, wie sie heute von fast allen Sonderfabriken hergestellt werden, scheinen für derartige Anlagen sehr zweckmäßig.

Im Amtsbezirk Recklinghausen sind seit 1914 Sinkkasten von beifolgender Anordnung in Gebrauch: Der Geruchverschluß wird durch eine herausnehmbare gußeiserne Schale gebildet. Da diese Schale nur 60 cm tief im Sinkkasten sitzt, kann sie zur Reinigung leicht herausgenommen werden. Die 40 cm hohen Unterteile und die 60 cm hohen Aufsatzrohre sind aus Zementbeton in der Mischung von 1 Teil gutem Portlandzement und 5 Teilen reinem scharfen Kies oder Hartsteinsplitt hergestellt. Der Rosteinaufbau wird ohne Zwischenmauerung unmittelbar auf das Aufsatz-



II. Gartenstraße ohne Bürgersteige.

Lfde. No.	Gemeinde oder industrielle Unternehmung	Der Fahrbahn		Tiefe des Vorgartens	Kosten			Jahr der Ausführung	Bewährung	Bemerkungen
		Breite	Befestigung		der Fahrbahn M/qm	der Rinne N/qm	der jährl. Unterhaltung			
1	Altona	4,0	Teermakadam Packlage (seitliche je 50 cm breite Fläche ohne Befestigung)	?	10,0		die ersten 2 Jahre 40 M, die nächsten 8 Jahre 60 M für Nachteeren	1914	sehr gut	Fuhrwerke können nur von einer Seite aus in die Straße gelangen
2	Bremen	3,0	Klinker (flach) 10 cm Magerbeton	2,0	7,0	—	—	1914	sehr gut	Fahrbahn hohlrund. Kosten einschl. Straßenabläufe, ausschließlich Kanal
3	Cöln	mindestens 5,0	Kiesabdeckung 20 cm Packlage	5,0	3,0	?	können noch nicht angegeben werden	?	vorläufig gut; noch keine endgültigen Ergebnisse	Später Decke aus Teermakadam, Kleinpflaster oder Kleinkorn vorgesehen
4	Dortmund Gartenstadt am Westfalendamm	4,5	Grauwacken-Kleinpflaster Chaussierung aus Schlackenmaterial	?	10,50 M einschl. Rinnen aus Großpflastersteinen und Bordsteinen		—	1914	gut	Fahrbahn durch erhöhte mit Asche u. Kies befestigte Schutzstreifen von 25—75 cm abgegrenzt. Straßen größerer Länge haben Ausweichen von 7—10 m Breite
5	Gelsenkirchen		6 cm Teermakadam 18—20 cm Packlage aus Ruhrkohlsandstein oder Kupolofenschlacke	?	5,9	?	gering	?	noch nicht genügend Erfahrungen	Ob und wie breit Bürgersteige angelegt werden, richtet sich nach dem Verkehr
6	Hamborn	5,5-6,5	10 cm Schlackenkleinschlag 15 cm Hochofenschlacke	3,0—4,0	2,5		0,04	1908	gut	
7	Hirschberg	5,0	Kiesbettung Granitschottersteine	?	etwa 1,0	?	—	1916 u. 17	gut	
8	Höchst	5,0	30 cm Asche und Kies	Vorgärten	1,0	?	sehr gering	1890—1918	gut	Läßt sich nur ausführen, wo eine Kolonie gleichzeitig errichtet wird und dann die Straßen befestigt werden
9	Königsberg	5,0	4 m breit Kopfsteinpflaster (hohlrund)	Vorgärten	8,0	—	—	?	noch keine Erfahrung	
10	Mannheim	5,35	8 cm Schotter 18 cm Packlage	?	8,0		nicht nennenswert	1912—14	gut	Einseitiges Gefälle, einseitige Rinne, auf der anderen Seite der Straße 50 cm breiter Pflasterschutzstreifen
11	Osterfeld	6,0-8,0	12 cm Schlackenkleinschlag 15 cm Stückschlacke	Vorgärten	2,5		—	1906—14	gut	Straßen sind an den Kreuzungspunkten verbreitert oder münden in kleine Platzanlage
12	Rüstringen	5,2	3 m breit Hochkantklinker auf 30 cm Sandbettung 1,8—2,2 m breit Rasen (einseitig)	?	Hochkantklinker 8,0 Rasen einschl. Gruppen 1,0 Schotterbahn 3,0	—	—	1911—14	gut	Abgrenzung der Fahrbahn durch beidseits 80 cm breite Gruppen. In Hauptstraßen statt Rasenstreifen Schotterbahn, jenseits der Gruppen 4,4 m breit Gehwege
13	Staaken	3,5	25 cm (ungewalzt) Schüttsteine, Feinschlag u. Kies 10—12 cm Packlage	?	5,0		—	1914—16	bis jetzt gut	
14	Gewerkschaft Auguste-Viktoria Hüls b. Recklingh.	6,0	25 cm gewalzte Kesselasche	4,0	?	?	—	1911—13	recht gut	

rohr aufgesetzt. Diese Sinkkasten liefert vollständig die Michelbacher Hütte (A. Passavant in Michelbach, Nassau).

Der Geruchverschluß und auch der Schlammweimer können in Kleinhaus-Siedlungen weggelassen werden. Hier konnte auf den Geruchverschluß nicht verzichtet werden, da in die Kanäle auch gewerbliche Abwässer eingeleitet werden. Die Schlammweimer sind hier erforderlich, da die Straßen noch nicht völlig bebaut sind und von den anliegenden Grundstücken und Feldwegen viel Sand auf die Straßen gelangt. Der Sand, der nach Regengüssen sich in den Schlammweimern sammelt, dient zum Abdecken der chaussierten Straße.

Der Ersparnis der Transportkosten wegen wurden die

Zementteile von der Zementwarenfabrik Schulte-Oestrich & Co. in Hochlar bei Recklinghausen hergestellt. Die Sinkkasten sind einschließlich gußeisernem Aufsatz von 120 kg Gewicht nur 115 cm hoch, die Herstellungskosten sind äußerst gering. Vor dem Krieg war der Preis für einen vollständigen Sinkkasten einschl. Aufsatz mit Rosteinaufbau 45 M. frei Baustelle, wobei noch zu berücksichtigen ist, daß die Baustellen zum größten Teil vom Lager sehr weit entfernt waren. Naturgemäß stellt sich auch der Einbau sehr niedrig. Bei Anlage der Straßen lassen sich nach den vorstehenden Ausführungen ganz wesentliche Ersparnisse erzielen, wodurch die Anlieger-Beiträge bedeutend vermindert werden.

Das Bauwesen nach dem Krieg und die Architekten.

Das Bauwesen nach dem Krieg, insbesondere das Wohnungsbauwesen, ist seit mehr als Jahresfrist der Gegenstand einer kaum überschbaren Menge von Erwägungen, von Schriften und vorbereitenden Maßnahmen. Bis vor kurzem wurden dabei der siegreiche Ausgang des Krieges und ein vorteilhafter Friedensschluß gewissermaßen als selbstverständlich angesehen. Nun ist es plötzlich anders gekommen. Deutschland ist militärisch und politisch jäh zusammengebrochen, und die feindlichen Mächte haben nicht gezögert, uns Waffenstillstands-Bedingungen von erschreckender Härte aufzuerlegen. Mit größter Sorge sehen wir den Friedensbedingungen entgegen, von deren Inhalt es abhängt, ob der Uebergang von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft sich ohne die schwersten Erschütterungen überhaupt vollziehen kann. Daß eine gleichzeitige Umwälzung in den feindlichen Ländern unsere Lage erleichtern wird, ist nicht zu erwarten. Auf alle Fälle sind wir aus einem reichen Volk ein armes geworden, das seine Ansprüche überall einschränken muß. Ist das schon schwer für die einzelne Familie, so ist es doppelt schwer für eine Volksgemeinschaft von einst mehr als 60 Millionen Köpfen! Die Bescheidenheit aus Not wird namentlich zwingend sein im Bauwesen.

Die Feinde drängen auf schleunigste Demobilmachung, um dem ohnmächtigen Besiegten den Fuß auf den Nacken zu setzen. Wo bleiben nun dabei die Millionen der regelmäßigen Arbeit entwöhnten, zum Teil demoralisierten Massen? Man wird sie in möglichst großer Zahl der ländlichen und kleinstädtischen Heimat unmittelbar zuzuführen suchen. Die Landwirtschaft wird als Sammelstelle Arbeitssuchender leistungsfähiger sein, als die an Rohstoffmangel leidende, vom Krieg auf den Frieden umzustellende Industrie. Aber der Strom von Arbeitskräften zu den Städten und Großstädten wird dennoch stark sein. Hier wird es vermutlich an erster Stelle die Aufgabe des Bauwesens sein, Arbeitsgelegenheit zu schaffen. Sie muß in der Tat „geschafft“ werden, obschon sie in reichlichem Umfang vorhanden zu sein scheint. Denn die gespannte Lage des Wohnungsmarktes und der an vielen Orten schon vorhandene oder sicher bevorstehende Wohnungsmangel verlangen dringend die Wiederaufnahme der Bautätigkeit. Was aber zu diesem Zweck „geschafft“ werden muß, das sind Baustoffe und Baugelder.

Die meisten Betriebe, die dem Baugewerbe die notwendigen Materialien zuführen, liegen aus Mangel an Kohle und Arbeitskräften seit Jahren still. Das Wenige, was die wenigen noch im Betrieb verbliebenen Werke erzeugten, ist ziemlich restlos aufgebraucht. Die Entblößung wird sich zum Teil decken lassen durch entbehrliche Bestände der Heeresverwaltung, so namentlich Eisen, Holz und Zement. Aber ihre Heranschaffung an die Verbrauchs-orte wird erschwert oder vereitelt durch den Zwang, die infolge der Waffenstillstands-Bedingungen so stark verminderten Eisenbahn-Betriebsmittel in den Dienst der Demobilmachung zu stellen. Und die Ingangbringung der Ziegeleien wird gleichfalls gehemmt durch den Mangel an Transportmitteln und deshalb an Kohle. Haben auch einzelne Gemeinden schon vor geraumer Zeit die Ansammlung von Baustoffen für die Uebergangszeit organisiert, und werden auch alle Bauvorhaben, so weit sie nicht den Wohnungsbau betreffen, zurückgestellt, so bleibt doch unendlich viel zu tun, um den Bedarf einigermaßen zu decken. Von der glücklichen Lösung dieser Kernfrage ist das ordnungsmäßige Einsetzen der Bautätigkeit in erster Linie abhängig. Die Revolutionsregierung steht hier, ähnlich wie bei der Volksernährung, vor einer schwierigen, unter Umständen verhängnisvollen Aufgabe, die ihr eigenes Dasein bedroht.

Die Arbeiterfrage selbst zu regeln, wird kaum minder schwierig sein. Das Angebot an Arbeitskräften wird zunächst weit größer sein, als die Nachfrage. Zwar sind fast alle Gebäude und baulichen Einrichtungen irgendwie schadhaft geworden, manche sind geradezu verwahrlost. Aber die Eigentümer zögern angesichts der heute noch herrschenden Phantasiepreise mit Ausbesserungs-Aufträgen. Die Preise werden sicher fallen, aber schwerlich auf den Stand vor dem Krieg. Verwaltungen und Private sollten deshalb nicht zurückhalten, sondern in Bilde bei Bauunternehmern und Handwerkern ihren Bedarf an Ausbesserungen anmelden, damit den ins Baugewerbe zurückströmenden Kriegern möglichst überall Arbeitsgelegenheit eröffnet werde, schon bevor der Wohnungsneubau alle Arbeitskräfte in Anspruch nimmt. Dazu genügen freilich noch so zahlreiche Ausbesserungen nicht. Daneben werden Notstandsarbeiten, besonders im Eisenbahn- und Straßenbauwesen, eine gebieterische

Notwendigkeit sein. Arbeit zu schaffen ist noch wichtiger als Wohnungen zu schaffen.

Zur Herstellung der vielen Hunderttausende von Wohnungen, sei es in vorhandenen Baulichkeiten, in Behelfsbauten oder in neuen Dauerbauten, bedarf es schließlich der Bereitstellung großer Geldmittel öffentlicher Körperschaften. Betragen heute die Kosten eines Um- oder Neubaus das Doppelte des Friedenspreises, und sinken die Erstellungskosten allmählich bis auf eine Beharrungslinie, die etwa dem 1¹/₂-fachen des Friedenspreises entspricht, so sind eben ²/₃ der Friedenskosten als verlorenes Kapital oder als Baukosten-Überteuering zu betrachten. Die private Bauunternehmung kann diesen Verlust nicht tragen; sie wird also erst zu neuer Tätigkeit erwachen können, wenn das zu verlierende Kapital im voraus von Reich, Staat und Gemeinde bereitgestellt wird. Denselben Anspruch müssen die genossenschaftliche und die gemeinnützige Wohnungsbeschaffung erheben, um in eine nennenswerte Bautätigkeit eintreten zu können.

Reichs- und Staatsregierung verdienen unsere volle Anerkennung, daß sie dieser wichtigen Frage zeitig ihre entscheidende Aufmerksamkeit gewidmet haben und eine befriedigende Lösung verkündigen. Der Reichstag hat 500 Mill. M. Baukosten-Zuschüsse bewilligt, und der Bundesrat hat als ersten Teilbetrag 100 Millionen zur Abbildung der Hälfte der Baukosten-Überteuering bereitgestellt, die andere Hälfte soll von den Bundesstaaten und den Gemeinden übernommen werden. Preußen wird nach einem einstimmigen Beschluß der Wohnungskommission des Abgeordnetenhauses, dem der Finanzminister zustimmte, seinen Anteil tragen, vorausgesetzt, daß die beteiligten Gemeinden mindestens ein Viertel der Zuschüsse aufbringen. Ein vom Landtag noch zu genehmigender Gesetzentwurf ermächtigt den Finanzminister, 150 Mill. M. zur Gewährung von Baukosten-Zuschüssen auszugeben, über den bereits im Wohnungsgesetz vorgesehenen Betrag von 20 Mill. M. hinaus weitere 10 Mill. M. zur Beteiligung des Staates mit Stammeinlagen an gemeinnützige Bauvereinigungen zu verwenden, ferner zu den im Bürgerschafts-Sicherungsgesetz bewilligten 10 Millionen einen Zusatzbetrag von nochmals 10 Mill. M. zur Bürgerschaftssicherung zweiter Hypotheken gemeinnütziger Vereinigungen (in der Höchstsumme von 300 Mill. M.) der Zentralgenossenschaftskasse (Preußenkasse) zu überweisen, endlich weitere 40 Mill. M. zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse staatlicher Arbeiter und Unterbeamten bereit zu stellen.

Auch zahlreiche Gemeinden und Landkreise — erwähnt seien Spandau, Lichtenberg, Niederbarnim, Kiel, Cassel, Dortmund, Köln, Trier, Stuttgart, Augsburg, München — und Provinzialverwaltungen (wie die der Rheinprovinz, von Westfalen, Hessen-Nassau, Schleswig-Holstein und Brandenburg) sind durch Gründung gemeinnütziger Bauvereinigungen und Bewilligung namhafter Geldmittel in die Maßnahmen beschleunigter Wohnungsfürsorge eingetreten. Zugleich haben bereits manche Gemeinden ihre Bürger zur Herstellung von Wohnungen aufgefordert und Geldbeiträgen angeboten.

Von der Erwachung privater Bautätigkeit durch das Baugewerbe verlautet indes noch wenig. Einzelne Bodengesellschaften sollen zur Verwertung ihres Grundbesitzes zu eigener Bauunternehmung bereit sein und mit der Gemeindeverwaltung in Erfolg versprechenden Verhandlungen stehen.

Nach den Bestimmungen des Bundesrates vom 31. Oktober d. J. werden die Reichszuschüsse zur Deckung der vorübergehenden Baukosten-Überteuering nur während des Krieges und in der Uebergangszeit nach dem Krieg für solche Gebiete gewährt werden, wo ein dringendes Bedürfnis an Klein- und Mittelwohnungen für die städtische und ländliche Bevölkerung besteht, jedoch nicht für Werkwohnungen und Gutshöfen. Der zu ersetzende Teil des Bauaufwandes ist zu ermitteln entweder a) nach dem Unterschied zwischen den tatsächlichen Herstellungskosten und denjenigen im folgenden Beharrungszustand, oder b) nach dem Unterschied zwischen den tatsächlichen Herstellungskosten und den kapitalisierten Mieten im späteren Beharrungszustand. Beide Berechnungsarten geben zu Zweifeln Anlaß, die erst bei Eintritt des Beharrungszustandes zu lösen sind und unter Umständen nachträgliche Berichtigungen erfordern. Die Mieten dürfen nur mit Zustimmung der Gemeinde festgesetzt werden; kinderreiche Familien sowie die Familien von Gefallenen und Kriegsschädigten sind vorzugsweise zu berücksichtigen.

Auch zur Herstellung von Notwohnungen und Behelfsbauten werden nach Prüfung und Genehmigung der Bauvorhaben Baukostenzuschüsse gewährt. Hier steht

gleichfalls der Summe der Herstellungskosten nebst den Aufwendungen für ihre Verzinsung und Tilgung der zu kapitalisierende Jahresbetrag der Mieten gegenüber: der Unterschied ist durch den Baukostenzuschuß abzubürden.

So ist der Weg frei gelegt für einen ausgedehnten Wohnungsbau, sobald Baustoffe und Handwerker in hinreichendem Maß zur Verfügung stehen werden. Lange kann das,

wenn die neuen Regierungen des Reiches und der Bundesstaaten sich ihrer Aufgabe gewachsen zeigen, nicht mehr dauern. Wir alle sind in höchstem Maß dabei interessiert, daß weitere Unruhen und Umwälzungen vermieden werden, bis eine verfassungsbildende Nationalversammlung gesetzmäßige Zustände wiederherstellen wird. —
(Schluß folgt.) J. Stübgen.

Vermischtes.

Förderung des Wohnungsbaues in Bayern. Um den Bau von Kleinwohnungen in Bayern in der umfassendsten Weise sofort beginnen und fördern zu können, ist ein Betrag von rd. 100 Mill. M. als verlorene Bauzuschüsse diesem Zweck durch die Regierung gewidmet worden. Hier von trägt nach den Beschlüssen des Bundesrates vom 31. Oktober 1918 das Reich die Hälfte, während die andere Hälfte von den Bundesstaaten oder Gemeinden allein oder zusammen aufzubringen wäre. Nach einem Beschluß der Regierung haben die Gemeinden jedoch nur $\frac{1}{4}$ der Summe aufzubringen. Durch diese weitgehende Entlastung der Gemeinden wird der Wohnungsbau in derselben weitgehenden Weise gefördert. Bayern ist mit dem letzteren Regierungs-Beschluß den anderen deutschen Bundesstaaten vorangegangen. —

Schaffung von Arbeitsgelegenheit im Baufach durch die Stadt Stuttgart. In einer Sitzung der Stuttgarter Gemeinde-Kollegien vom 7. Sept. 1918 wurde die Frage der Schaffung von Arbeitsgelegenheit im Baufach für die aus dem Feld heimkehrenden Bauarbeiter eingehend erörtert. Zunächst wurde eine vierte Wohnungskolonie für Kleinhäusbauten mit einem Bauaufwand von rd. 4 Mill. M. bewilligt. Sie wird an der Sick-, Schwarenberg-, Metz- und Werder-Straße liegen und 266 Wohnungen umfassen, von denen $\frac{2}{3}$ Dreizimmer- und $\frac{1}{3}$ Zweizimmer-Wohnungen sind. Zur Schaffung weiterer Arbeitsgelegenheit sollen bei allen städtischen Aemtern Unterhaltungsarbeiten in möglichst weitem Umfang ausgeführt werden. Im Bereich des Tiefbauamtes werden außerdem zur Ausführung gelangen die Neckar-Verlegung bei Untertürkheim, Straßen- und Bohlenbauten in verschiedenen Stadtteilen im Betrag von 3853 000 Mark. Bei der Gartendirektion wurden vor allem Arbeiten auf den Friedhöfen im Betrag von 340 000 M. bewilligt. Auch beim Wasserwerk sind größere Arbeiten im Betrag von 1 065 000 M. vorgesehen. Für das Elektrizitätswerk kommt der Bau eines Wohlfahrts-Gebäudes mit einem Aufwand von 120 000 M. in Betracht. Durch das Gaswerk werden eine Reihe von Leitungen nach den Nachbargemeinden gelegt werden. Vielseitig sind die durch das Hochbauamt auszuführenden Arbeiten. Es sind in erster Linie etwa 650 Wohnungen, die neben der oben erwähnten Kolonie erstellt werden sollen in Heslach, Wangen, an der Rotenberg-Straße, in Cannstatt. Es gelangt der Neubau der Charlotten-Realschule zur Ausführung und es sind Erweiterungen der Schwab-Schule, der katholischen Volksschule an der Schloß-Straße usw. geplant. Auch auf dem Gebiet der Krankenhäuser sind Erweiterungen und Neubauten in Aussicht genommen, so am Katharinen-Hospital, an der Gynäkologischen Anstalt in Cannstatt; ein Krippenneubau in der Tunzhofer-Straße. Hierzu treten Hochbauten auf dem Steinhalden-Friedhof, Lagerhausbauten, Neubauten auf dem Schlachthof.

Auch die Straßenbahn wird zahlreiche Arbeiten zur Steuerung der Arbeitslosigkeit ausführen lassen. Zu umfassenden Wiederherstellungsarbeiten treten größere Umbauten in der Neckar- und in der König-Straße, Neubauten vom Bubenbad aus, an der Schmiedener-Straße, in der Ostend-Straße usw. In Aussicht genommen sind ferner der zweigleisige Ausbau der Straßenbahn nach Feuerbach und der Strecke Wangen-Gaisbach.

Die Gesamtsumme der Notstands-Arbeiten in Stuttgart wird auf etwa 15 Mill. M. veranschlagt und es wird angenommen, daß damit etwa 2500 Arbeiter für längere Dauer beschäftigt werden können.

Von besonderer Wichtigkeit bei der Einleitung dieser Arbeiten ist, daß für sie den inbetracht kommenden Aemtern die größte Bewegungsfreiheit eingeräumt und jeder Bürokratismus vermieden wird. Den Aemtern soll für die Ausführung und für die Materialbeschaffung eine größere Ermächtigung als bisher erteilt werden. Verlangt wird ein Notgesetz für den Grunderwerb, das die Gemeinde ermächtigt, Flächen, die notwendig gebraucht werden, vorbehaltlich späterer Festsetzung der Entscheidung sofort zu übernehmen.

Es ist eine erfreuliche Entschiedenheit, mit der die Stadtverwaltung von Stuttgart hier vorgeht. Möge sie in zahlreichen anderen Städten Deutschlands Nachahmung finden, denn die Not ist groß! —

Tote.

Otto Warth †. Nachdem die Ausführungen über das Hinscheiden dieses ausgezeichneten Architekten und Lehrers in No. 92 der „Deutschen Bauzeitung“ bereits gedruckt waren, erhielten wir aus Karlsruhe noch Mitteilungen über den Lebensgang des Verstorbenen, denen wir ergänzend Folgendes entnehmen:

Am 11. November 1918 wurde Otto Warth zur ewigen Ruhe bestattet von einer stattlichen Trauerversammlung, bestehend aus seinen früheren Kollegen, Fachgenossen und dankbaren Schülern. Er war am 21. November 1845 zu Limbach in der Rheinpfalz geboren, also nahezu 73 Jahre alt geworden. Nach einem Schulbesuch in Annweiler und Speyer mit glänzendem Abgangszeugnis arbeitete er ein Jahr auf einem Baubüro und bezog alsdann die Polytechnische Schule zu Karlsruhe; im Jahr 1867 erhielt er die goldene Medaille für eine Preisaufgabe am Schluß seiner Studien. Er trat unter Jakob Hochstetter in die Praxis ein, indem er auf dem Badischen Militärbüro Verwendung fand; 1869 wurde er Assistent an der Architektur-Abteilung der Hochschule, 1875 Hilfslehrer mit Staatsdienereigenschaft. Anfangs der siebziger Jahre machte er ausgedehnte Studienreisen in Italien; bei Wettbewerben im Jahr 1873 für ein großes Schulhaus in Mannheim und ein Bergwerkdirektions-Gebäude in Saarbrücken erzielte er I. Preis. Im Jahr 1878 erhielt er einstimmig den I. Preis für seinen Entwurf zum Neubau des Kollegiengebäudes der Kaiser Wilhelms-Universität in Straßburg und die Ausführung des auf $2\frac{1}{2}$ Mill. M. veranschlagten Monumental-Baues. Daran anschließend wurde er zum Professor an der Techn. Hochschule zu Karlsruhe ernannt. Der Universitätsbau nahm 5 Jahre in Anspruch; die Universität dankte ihm durch die Verleihung des „Ehrendoktors“ der philosophischen Fakultät. Von 1884–86 folgt der Bau des Pharmakologischen Institutes, von 1889–93 der des Zoologischen Institutes der Universität Straßburg; 1898 der Neubau der Medizinischen Klinik. Für die Technische Hochschule Karlsruhe führte er aus: Das Elektrotechnische Institut, die Elektrische Zentrale und das Chemische Laboratorium; es kamen noch das Landesgefängnis in Mannheim, das Lehrerseminar in Heidelberg und das in Lahr zur Ausführung. Privatbauten führte er in Baden-Baden aus; die Villa Roeder und den Baden-Badener Hof; in Karlsruhe die Internationale und die Löwen-Apotheke in Durlach. Die meisten dieser Bauwerke hat die „Deutsche Bauzeitung“ veröffentlicht.

Schriftstellerisch tätig war Warth mit der Neubearbeitung von Breymanns Baukonstruktionslehre Bd. I. Steinkonstruktion und Bd. II. Holzkonstruktion in den Jahren 1900 und 1903; mit der Herausgabe graphischer Tabellen zur Berechnung von Holz- und Eisenkonstruktionen 1899. 1897 schrieb er über das Ausmaß der Gewölbe; im Jahre 1908 entstand: „Der Otto Heinrichsbau zu Heidelberg, eine bautechnische Studie.“

Von erfolgreichen Wettbewerben seien noch erwähnt der mit dem I. Preis gekrönte Entwurf für eine Kunstgewerbe- und Baugewerkschule und Amtshauptmannschaft in Leipzig (1885) und die angekauften Entwürfe zu den Zentralbahnhöfen Frankfurt a. M. und Dresden.

Er war ein gerader, aufrechter Mann und Charakter, ein feiner, bescheidener, jeder Reklame abholder Mensch, eine etwas zurückhaltende Natur, die sich nicht sofort und Jedem offenbarte, um so mehr aber von denen geschätzt wurde, denen sie sich erschloß. — B.

Wettbewerbe.

Im Wettbewerb betr. Entwürfe für ein Besitz-Zeugnis zum Verwundeten-Abzeichen, beschränkt auf die im Bereich der württembergischen Truppen stehenden Künstler, erhielten den I. Preis von 400 M. Anton Kuttler in Freudenstadt; den II. Preis von 300 M. Gotthilf Lang im Feld; den III. Preis von 200 M. Hans Rolpa in Auerbach; je einen IV. Preis von 100 M. Otto Bengel in Bietigheim und Paul Hahn in Isny. —

Inhalt: Straßenbau in Kleinhaus-Siedlungen. (Schluß.) — Das Bauwesen nach dem Krieg und die Architekten. — Vermischtes. — Tote. — Wettbewerbe. —

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H., in Berlin. Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann in Berlin. Buchdruckerei Gustav Schenck Nachf. P. M. Weber in Berlin.



Abbildung 8. Wehr des Ausgleichbeckens und Niederdruck-Krafthaus.

DEUTSCHE BAUZEITUNG

52. JAHRGANG. № 100. BERLIN, 14. DEZEMBER 1918.

REDAKTEURE: ALBERT HOFMANN, ARCHITEKT, UND FRITZ EISELEN, INGENIEUR.

Das Badische Murgwerk.

Von Ober-Baurat Otto Hauger in Karlsruhe i. B. (Fortsetzung aus No. 94.)

Hierzu eine Bildbeilage, sowie die Abbildungen S. 472 und 473.



Leistung m Krafthaus, das in Abbildung 5 in No. 94 und der Bildbeilage zu No. 104 erscheint, eine Länge von 57 m bei 16 m l. W. besitzt und mit einem Laufkran von 60 t Tragkraft mit zunächst nur einer Laufkatze für 30 t versehen ist, sind 5 Hauptturbinen auf der Längsseite gegen die Murg in je 7,5 m Abstand aufgestellt. Es sind radial beaufschlagte einfache Francis-Turbinen mit wagrechter Achse, gußeisernem, mittels Stahlguß-Rippenring versteiftem Spiralgehäuse und Leitapparat, gebildet aus 16 vollständig glatt geschliffenen Drehschaufeln. Ihre größte Leistung ist je 7000 PS. Mit jeder Turbine steht ein Geschwindigkeitsregler in Verbindung, der die Aufgabe hat, die auf 500 festgesetzte Zahl der Umdrehungen gleichbleibend zu erhalten und den Turbinen-Leitapparat den Belastungsänderungen des zugehörigen Generators entsprechend zu verstellen. Die fünf Regler sind durch eine Oeldruck-Leitung mit einander verbunden, sodaß sie sich im Notfall gegenseitig aushelfen können. Die Verstellung der Umdrehungszahl kann während des Betriebes mittels eines kleinen Elektromotors vom Schaltraum aus vorgenommen und hiermit jede Turbine auch ganz abgestellt werden. Damit bei eintretender rascher, teilweiser oder völliger, Abstellung einer Turbine der Rückstoß in den unteren Teilen der Rohrleitung möglichst gemindert wird, ist ein Druckregler vorgesehen, der mit dem Gestänge des Geschwindigkeitsreglers so gekuppelt ist, daß er sich, wenn letzter sich schließt, selbsttätig öffnet und das Wasser durch eine Rohrleitung nach dem Unterwasser abgibt. Hierdurch werden auch die Wasserschwankungen im Wasserschloß ermäßigt. Um jedoch Wasserverluste möglichst zu vermeiden, ist durch

Zwischenschaltung einer einseitig wirkenden Oelbremse in das Verbindungsgestänge dafür gesorgt, daß der Druckregler sich allmählich wieder schließt, ohne große Drucksteigerungen zu verursachen. Die Druckregler, die Oel- und Kühlwasserleitungen, die Turbinen-Einlaufschieber und die Antriebe der Umschalteschieber der Verteilleitung sind in einem Schiebergang untergebracht, der sich längs der murgseitigen Umfassungsmauer des Krafthauses unter dem Krafthausboden hinzieht und zum Teil nur mit Riffelblechen abgedeckt ist, um alle Teile leicht mit dem Kran fassen zu können.

Beim Betrieb strömt das Wasser von der Verteilleitung durch den Einlaufschieber und einen kurzen Krümmer in das den Leitapparat umgebende Spiralgehäuse, verläßt nach Abgabe seiner Energie das Laufrad in der Richtung der Achse und fließt durch einen Ablaufkrümmer und das anschließende Saugrohr in den Unterwasserkanal. Das Saugrohr, das zum Zweck der Ausnutzung der vollen Druckhöhe an jede Turbine anschließt, ist in seinem oberen Teil aus Eisen, im übrigen aus Beton hergestellt und geht vom runden allmählich in einen flach rechteckigen Querschnitt und gleichzeitig in die Richtung des Wasserabflusses im Unterwasserkanal über. Die Saughöhe beträgt 8—8,5 m. Um ein Abreißen der Wassersäule zu verhüten, ist durch eine verstellbare Stauklappe im Unterwasserkanal, deren Oberkante in der Regel auf + 297,5 eingestellt ist, Vorsorge getroffen, daß diese Saughöhe nicht überschritten wird. Der 6,2 m breite Unterwasserkanal liegt unter der Verteilleitung außerhalb des Krafthauses und mündet in einem kurzen Bogen flußabwärts in das Ausgleichbecken. Um ihn bei Vornahme von Ausbesserungen wenigstens teilweise in Betrieb halten zu können, ist auch am oberen Ende noch ein Notauslauf vorgesehen.

Mit den Turbinen sind die Generatoren unmittelbar gekuppelt. Sie erzeugen Drehstrom von 5000 KW.

Leistung bei 10 000 Volt Spannung, sind in ganz gekapselter Bauart ausgeführt und müssen deshalb durch Luft gekühlt werden. Die Kühlluft wird für jeden Ma-

durch die Ventilatorwirkung des Motors angesaugt. ein Filtertuch von 330 qm Fläche, gelangt, hier gereinigt, durch den unter dem Kabelkanal verlaufenden Frischluftkanal in die Generatorgrube und von da in das Innere des Generators und verläßt diesen nach Aufnahme der abzuführenden Wärme durch einen Blechstutzen. Durch einen zweiten Kanal wird sodann die erwärmte Luft unter dem Kabelkanal hindurch ins Freie geführt, kann aber auch zum Zweck der Heizung in das Krafthaus geleitet oder zur Vorwärmung der frisch angesaugten Luft in die Filterkammer zurückgeleitet werden. Die Umschaltung der verschiedenen Klappen erfolgt vom Krafthaus aus. Die einzelnen Filterkammern können nötigenfalls mit einander verbunden werden. Mit Rücksicht auf die Erweiterung des Krafthauses für den späteren Ausbau mußte auf eine zentrale Kühlluftanlage verzichtet werden.

Zur Kühlung der Turbinen- und Generatorenlager ist noch eine Kühlwasserleitung vorhanden. Der Sicherheit wegen sind hierfür zwei Zentrifugalpumpen mit elektrischem Antrieb aufgestellt, die Wasser aus dem Unterwasserkanal ansaugen und durch die im Schiebergang verlegte Rohrleitung nach den Turbinen- und Generatorenlagern drücken.

Als Erreger-Maschinen sind zunächst dem jetzigen Eingang zum Krafthaus zwei Gleichstrom-Generatoren von je 250 KW.-Leistung und 220 Volt Spannung aufgestellt, von denen die eine von der schon erwähnten, an beide Rohrleitungen angeschlossenen Pelton-Turbine von 400 PS.-Leistung bei 730 Umdrehungen, die andere durch einen Drehstrommotor von 250 KW., 3000 Volt Spannung und ebenfalls 730 Umdrehungen in der Minute angetrieben wird.

Zur Entstäubung der Luftfilter und der Räume des Kraft- und Schalthauses, sowie auch zum Ausblasen der Generatoren-Wicklungen dient eine Entstäubungsanlage. Erwähnt mag auch sein, daß im Inneren des Krafthauses längs der bergseitigen Umfassungswand eine Galerie für Besucher vorgesehen ist. Ferner ist unter dem Krafthausboden längs der bergseitigen Wand ein 4 m breiter Kabelkanal angeordnet, der, zunächst nur in 2 m Breite in Beton mit Eisenbetondecke erbaut, nach dem Schalthaus führt.

Da das Wasser im Verlauf des Tages nicht dem Zufluß, sondern dem Strombedarf entsprechend verarbeitet wird, der Wasserverbrauch in den verschiedenen Stunden des Tages also ganz ungleich ist, die Unterlieger aber auf einen regelmäßigen Zufluß des Murgwassers Anspruch haben, so ist es nicht zulässig, das Wasser vom Unterwasserkanal aus den Unterliegern unmittelbar zuzuleiten, sondern es muß zunächst in einem Ausgleichbecken, dessen Lageplan Abbildung 5 in No. 94 zeigt, gesammelt und von hier

dem natürlichen Zufluß entsprechend abgelassen werden, um so jede nachteilige Einwirkung des Murgwerkes auf die unterhalb liegenden Werke zu verhüten.

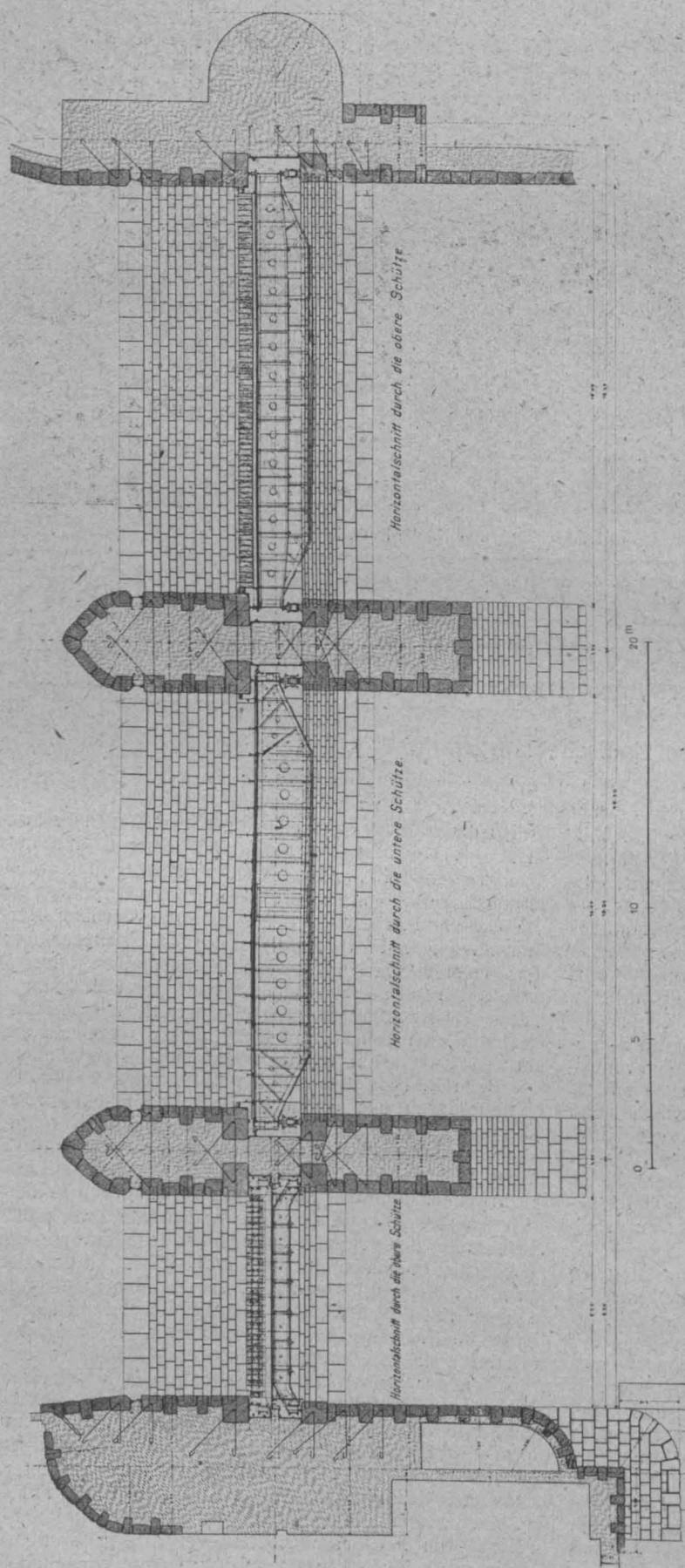


Abbildung 7. Unteres Wehr bei Forbach. Wagrechter Schnitt durch die Pfeiler I—IV.

schinensatz getrennt auf der Bergseite hinter dem Krafthaus mittels eines gedeckten Schachtes mit seitlichen Öffnungen der Außenluft entnommen, durchstreicht,

Durch Errichtung eines Murgwehres von 550 m unterhalb des Krafthauses wurde ein Becken geschaffen, das mit einem höchsten Wasserspiegel von +301,6 m und einem niedersten von +294 m über N.N. einen nutzbaren Fassungsraum von 225 000 cbm besitzt, der für den Wasserausgleich reichlich ausreicht. Das zu diesem Zweck errichtete Wehr, das in Abbildung 7 im Grundriß dargestellt ist, während Abbildung 8 die Gesamterscheinung zeigt, hat zwei Hauptöffnungen und einen Grundablaß mit fester Schwelle und beweglichen Schützen. Die Hauptöffnungen sind 16 m weit, deren Schwellen liegen 4 m über der Flußsohle auf +294,5, vergl. die Querschnitte Abb. 9 und 10. Die Schützen sind 7,1 m hoch und stauen das Wasser auf +301,6 m. Wie beim oberen Wehr sind auch hier die Schützen zweiteilig, die obere 1,8 m hohe Schütze kann in die untere 5,3 m hohe versenkt, durch einen Einfallhebel mit dieser gekuppelt und gemeinsam hochgezogen werden, wie das für die Schützen des oberen Wehres besprochen wurde.

Der Grundablaß liegt am rechten Murg-Ufer, ist 8 m weit und wird durch zwei je 4,5 m hohe Gleitschützen, die wie beim oberen Wehr unabhängig von einander durch je ein besonderes Windwerk gehoben und gesenkt werden können, abgeschlossen. Die feste Schwelle liegt 1,9 m tiefer als die Hauptschwelle, somit nur 2,1 m über der Murgsohle auf +292,6 m. Die Bauart der Schützen und der Windwerke ist die gleiche wie beim oberen Wehr. Das ganze Wehr ist auf Felsen gegründet. Eine ebenfalls bis in den gewachsenen Fels hinabgeführte und an den beiden Berghängen an diesen angeschlossene Dichtungsmauer aus Beton in den beiderseitigen Erdschüttungen dient dazu, jeden Wasserverlust auch seitlich des Wehres zu verhindern. Der Wehrpfeiler zwischen den beiden Hauptöffnungen ist 3,5 m, jener zwischen Haupt- und Grundablaß-Öffnung 3 m stark. Am linken Murg-Ufer schließt ein Landpfeiler an, in dem der Treppenaufgang zu den Windwerken auf der Wehrbrücke untergebracht ist. Der Landpfeiler am rechten Ufer bildet zugleich den Uebergang zum anschließenden Niederdruck-Krafthaus und enthält eine Treppe von diesem auf die Wehrbrücke und den Kabelkanal für die Kabel vom Niederdruckwerk zum Schalthaus. Die Wehrpfeiler sind durch zwei je 1,7 m breite Gewölberippen aus Beton mit Granitverkleidung mit dazwischen liegender Eisenbetonplatte mit einander verbunden, die die Schützenwindwerke tragen. Ein Dach, dessen First 22 m über der Flußsohle liegt, deckt hier die ganze Wehrbrücke. (Vergl. das Kopfbild Abbildung 8.) Auf dem wasserseitigen Vorkopf der Wehrpfeiler ist ein als Kragträger ausgebildeter Eisenbetonsteg aufgelegt, der das Gleis des Dammbalken-Versetzkrans trägt, das beim oberen Wehr auf der Wehrbrücke selbst verlegt ist. Um an Dammbalken zu sparen, wurden die Nuten hierfür an den Pfeilerköpfen so angeordnet, daß sich für die Hauptöffnungen beider Wehre die gleiche Länge der Dammbalken ergab und so die gleichen Dammbalken für beide Wehre Verwendung finden können. Nur der Grundablaß eines jeden Wehres hat besondere Dammbalken. Der Steinbau des Wehres ist in Beton mit Granitverkleidung ausgeführt. Anstelle der beim oberen Wehr eingelegten Eisenträger zur besseren Verbindung der vor und hinter den Schützenschützen gelegenen Pfeilerteile ist hier eine Eisenbeton-Bauart gewählt, die eine feste Verankerung der beiden Pfeilerhälften mit einander gewährleistet und mit der auch die Eisenbleche der Schützenschützen-Rückwand in Verbindung gebracht ist.

Zur Ausnutzung des durch das Ausgleichbecken gewonnenen Gefälles bis zum nächsten unterhalb des Murgwerkes befindlichen Wehr ist am rechten Murg-Ufer an das Murgwehr unmittelbar anschließend ein Niederdruck-Krafthaus erbaut, in dem zwei in Blechkesseln eingebaute Fromeis-Zwillingsturbinen von je 8 cbm/Sek. Schluckfähigkeit, 850 PS. Höchstleistung und 215 Umdrehungen in der Minute aufgestellt

sind. Diese Turbinen sind unmittelbar mit Drehstrom-Erzeugern von 650 KW.-Leistung und 3000 Volt Spannung gekuppelt. Der ganze Maschinensatz ruht auf drei Lagern, von denen das vordere mit Preßöl-Schmierung ausgerüstete Turbinenlager im Wasser liegt. Das zur Verfügung stehende nutzbare Gefälle beträgt je nach der Beckenfüllung 2,6 bis 9,8 m und kann im Mittel zu 7 m angenommen werden. Bei niederem Gefälle wirken die Turbinen als sogenannte Heber-Turbinen.

Der gleichlaufend zur Flußrichtung angelegte Einlauf zum Niederdruckwerk (vergl. den Lageplan Abbildung 5 in No. 94) befindet sich kurz oberhalb des Wehres neben dem Grundablaß, die Einlauföffnung mit Grobrechen in der Flucht der Abschlußmauer ist im Ganzen 15,6 m breit und 3,5 m hoch und durch einen Eisenbetonständer in der Mitte abgeteilt. Ueber der Einlauföffnung ist eine Tauchwand von 5,6 m Höhe in Eisenbeton angebracht. Die Einlaufschwelle liegt auf +293,5 m, also 0,9 m über der Grundablaßschwelle. Im anschließenden Vorbecken ist vor den beiden Turbinen-Einläufen ein Feinrechen angebracht. Die 4,4 · 1,75 m großen Einläufe, deren Schwelle auf +292,1 liegt, haben Schützentafel-Verschlüsse. Dazwischen befindet sich ein 2,6 · 1,75 m großer Leerlauf mit doppeltem Verschuß, einer Tafelschütze und einer dahinter liegenden Sektorschütze, deren Schwelle auf +291 liegt. Im oberen Teil der Abschlußwand sind in verschiedener Höhe noch zwei Eisablaßschützen von 1 · 1,4 m eingebaut, deren Unterkante auf +296,95 und +299,7 m angeordnet sind. Alle Schützen werden von Hand bedient. Die Turbinen geben das Wasser in den rund 200 m langen, 11 m breiten und mit 0,16 % fallenden Unterwasserkanal ab, der durch einen beiderseits gepflasterten hochwasserfreien Damm vom Murgbett getrennt ist und oberhalb des nächsten Stauwehres in die Murg mündet. In diesen Unterwasserkanal ist eine Meßschleuse eingebaut, die den Zweck hat, durch Fernsteuerung den auf den natürlichen, vom Murgwerk unbeeinflussten Zufluß eingestellten Wasserverbrauch der Zwillingsturbinen auch bei wechselnder Wasserspiegelhöhe im Ausgleichbecken, also bei sich änderndem Gefälle gleichbleibend zu regeln. Diese Meß-Einrichtung besteht in einer verstellbaren Schützentafel, die als Steuervorrichtung wirkt. Solange nun der Unterschied der beiden Wasserspiegel vor und hinter der auf einen bestimmten Wasserabfluß eingestellten Schützentafel gleich bleibt, ist auch die durchfließende Wassermenge die gleiche. Ändert sich aber dieser Höhenunterschied, gelangt also durch die Turbinen mehr oder weniger Wasser in den Unterwasserkanal, als der eingestellten natürlichen Wasserführung der Murg entspricht, so wird durch eine Luftdruck-Fernschwimmer-Einrichtung auf die Turbinengeschwindigkeitsregler eingewirkt und von diesen werden die Turbinen so weit geöffnet oder geschlossen, bis die zum Durchdrücken der sekundlich abzugebenden Wassermenge nötige Ueberdruckhöhe, die für alle Wassermengen gleichbleibend zu 30 cm angenommen wurde, an der Meßschleuse wieder vorhanden ist. Die Einstellung der jeweiligen Wasserabgabe erfolgt durch die Meßschlüssenschütze, deren Zeigerwerk unmittelbar die abfließende Wassermenge in cbm/Sek. bei einem Wasserspiegel-Unterschied von 30 cm angibt. Vor und hinter dieser Schütze taucht je ein Luftrohr gleichweit in den Wasserspiegel, die Rohrmündungen zeigen also ebenfalls 30 cm Höhenunterschied. Beide Rohre sind bis in das Krafthaus geführt und endigen hier in einem Behälter, in dem auf einem Wasserspiegel eine Tauchglocke schwimmt und zwar das eine Rohr über dem Wasserspiegel, das andere unter der Tauchglocke. In beide Rohre wird mittels kleiner elektrisch angetriebener Pumpen Luft von geringem Druck gepreßt. Der Druck ist nun in beiden Rohren gleich, solange sie gleich tief in den Wasserspiegel eintauchen. Ändert sich dagegen durch Hebung oder Senkung nur einer der beiden Wasserspiegel die Luftpressung in einem Rohr, so tritt durch Störung des Gleichgewichtes eine Bewegung der Tauchglocke

ein; diese wirkt auf den mit den Leitapparaten der Turbinen gekuppelten Geschwindigkeitsregler so lange, bis das Gleichgewicht und hiermit der Durchfluß der eingestellten Wassermenge wieder erreicht sind.

In einem Abstand von 70 m flußabwärts vom Hochdruck-Krafthaus ist das Schalt- und Transformatorienhaus erbaut. (Vergl. den Lageplan Abbildung 5 in No. 94 und die Bildbeilage zu No. 104.) Durch den schon erwähnten Gang zwischen diesen beiden Gebäuden führen von jedem Generator zwei Aluminiumkabel von 3 · 150 qmm Querschnitt nach dem Schalt- und

die Schaltapparate für diese Spannungen. Zwischen beiden, 10 m von einander abstehenden Gebäuden führt die von der Landstraße nach dem Krafthaus neu angelegte Zufahrtsstraße hindurch. Durch einen Querbau über dieser Straße sind jedoch die beiden Gebäudeteile mit einander verbunden. In diesem Verbindungsbau liegt der Betätigungsraum mit der Hauptschalttafel, von der aus die Bedienung der Schaltapparate erfolgt und das Zu- und Abschalten der Turbinen veranlaßt wird; ebenso geschieht von hier aus auf elektrischem Weg, mit Hilfe eines kleinen am Turbinen-Geschwindigkeits-

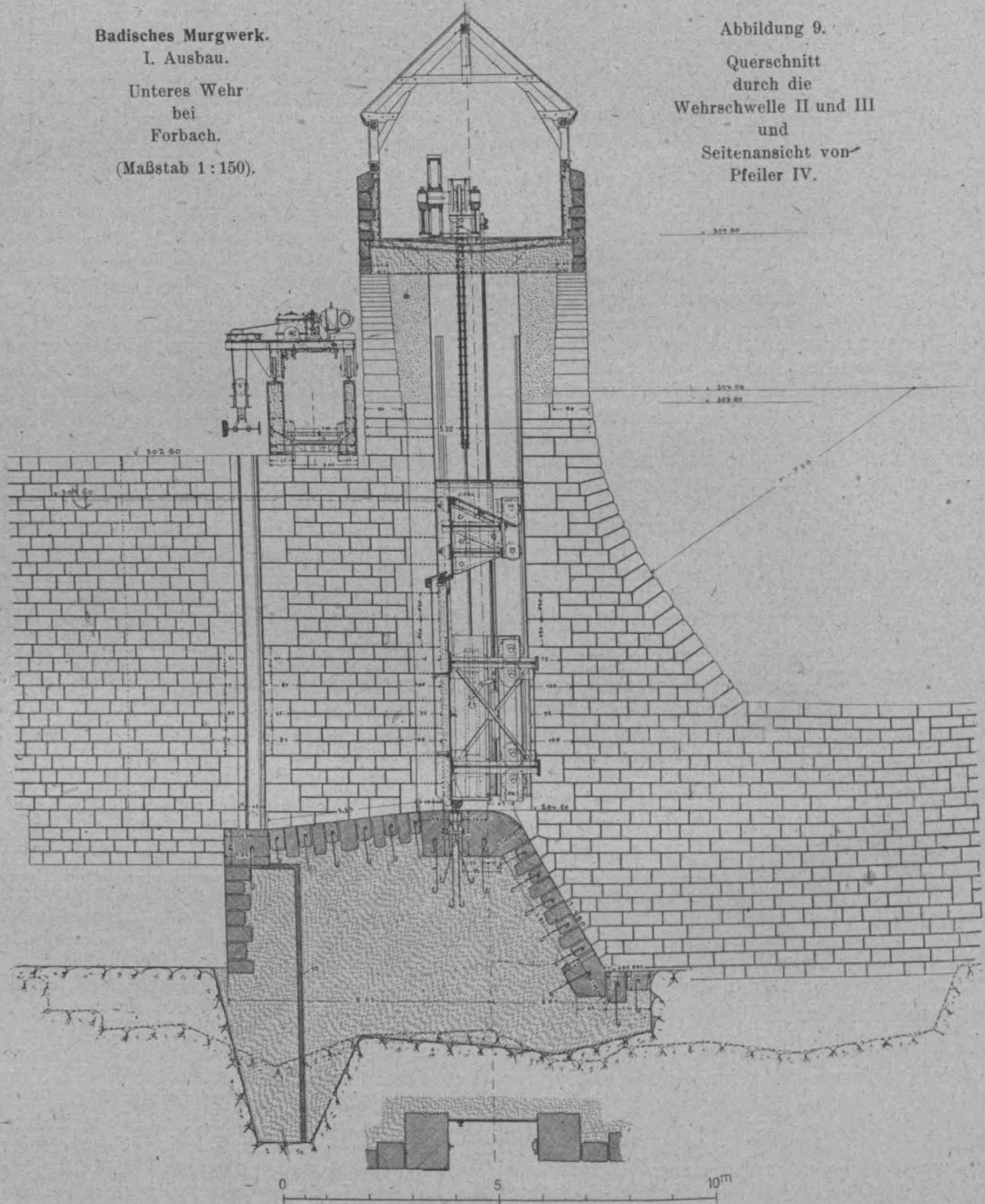
Badisches Murgwerk.
I. Ausbau.

Unteres Wehr
bei
Forbach.

(Maßstab 1:150).

Abbildung 9.

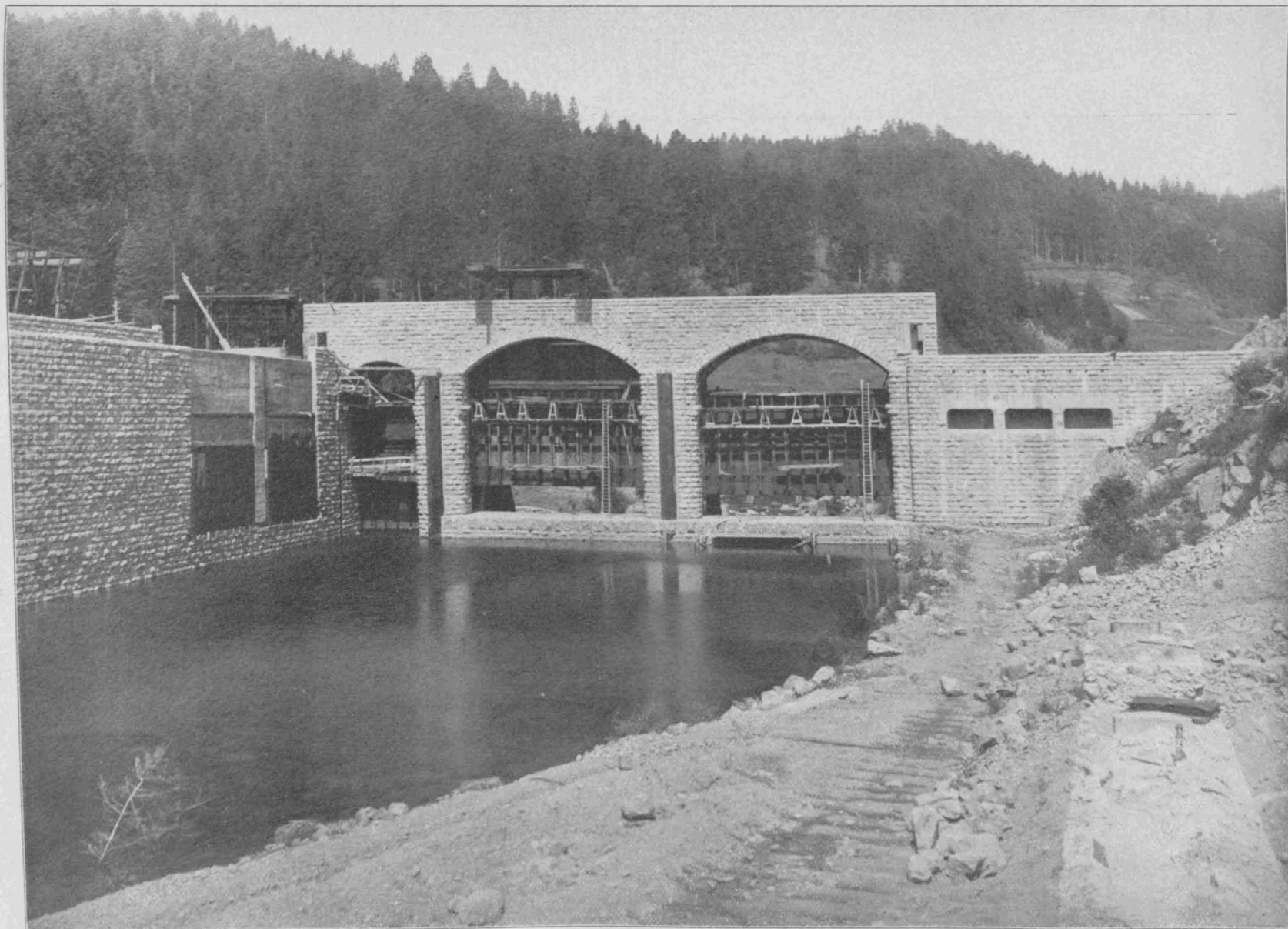
Querschnitt
durch die
Wehrschwelle II und III
und
Seitenansicht von
Pfeiler IV.



Transformatorienhaus. Dahin wird auch mittels Aluminiumkabel der im Niederdruckwerk erzeugte Strom von 3000 Volt Spannung geleitet. Das Schalt- und Transformatorienhaus zerfällt in zwei Teile. Im kleineren bergseitigen Teil sind die aus Aluminium hergestellten Sammelschienen, die Schaltapparate und Meßinstrumente für Strom, Spannungen und Leistungen der Generatoren des Hochdruck-Krafthauses von 10 000 Volt Spannung und die des Niederdruck-Kraftwerkes von 3000 Volt Spannung untergebracht, im großen murgseitigen Teil die Transformatoren zur Erhöhung der Spannung für die Weiterleitung des Stromes und

regler sitzenden Elektromotors, die Verteilung der Belastung auf die einzelnen Turbinen.

Der vom Niederdruckwerk kommende Strom von 3000 Volt Spannung wird zum Teil für den eigenen Betrieb des Werkes — zum Heben und Senken der Wehrschützen, zum Betrieb der Seilbahn, der Krane, der Kühlwasserpumpen, der Drehstrommotoren der Erreger-Generatoren, zur Beleuchtung — benutzt, zum Teil auch auf 10 000 Volt umgeformt und mit dem vom Hochdruckwerk gelieferten 10 000 Volt-Strom auf die Sammelschienen geleitet. Zur Erhöhung der Stromspannung auf 100 000 Volt zum Zweck der Weiterlei-



ADISCHES MURG -
 WERK * I. AUSBAU.
 OBERES WEHR AM
 SAMMELBECKEN.
 OBERWASSER -
 *** SEITE. ***
 === DEUTSCHE ===
 * BAUZEITUNG *
 52. JAHRGANG 1918.
 *** NO. 100. ***

tung des Stromes sind zwei Transformatoren von je 10 000 KW. mit einem Uebersetzungsverhältnis von 10 000 auf 100 000 Volt und ein Transformator von 2000 KW. mit einem Uebersetzungsverhältnis von 10 000 auf 20 000 Volt Spannung aufgestellt; außerdem ist Platz für einen dritten Transformator von 10 000 KW. vorhanden. Die Transformatorenzellen sind so bemessen, daß später anstelle der 10 000 KW.-Transformatoren solche von 20 000 KW. eingebaut werden können. An Nebenräumen sind im Schalthaus noch untergebracht: im murgseitigen Teil eine große Werkstätte

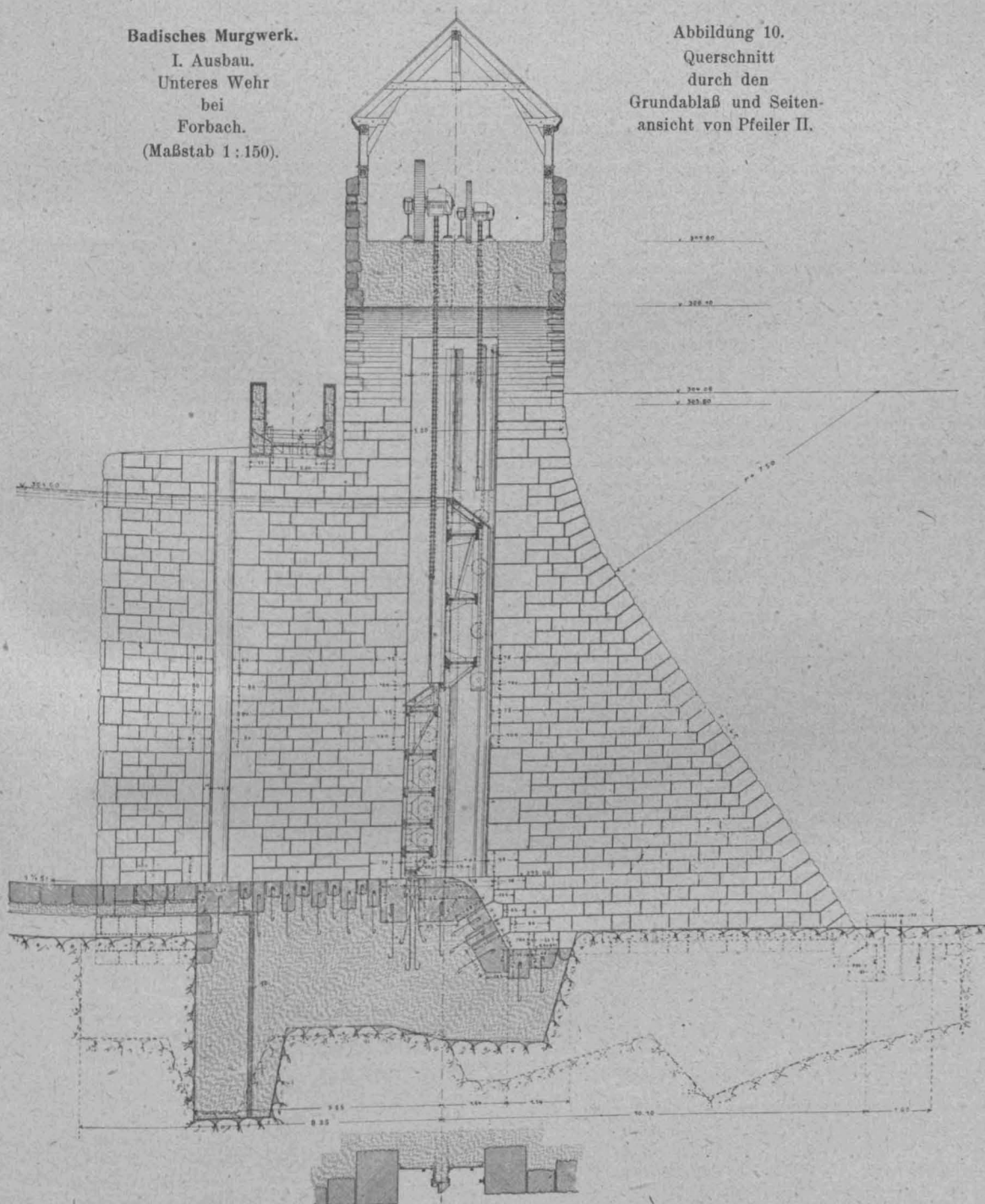
len und Maschinenteile vom Krafthaus in die Werkstätten verbracht werden.

Vom Schalthaus gehen zwei Leitungen ab: die eine, von 20 000 Volt Spannung, dient in erster Reihe zur Versorgung des Murgtales. Sie ist auf Holzmasten verlegt — nur die Eckmaste und jene für die Kreuzungen mit Bahn- und Postleitungen sind aus Eisen — und besteht im oberen Murgtal aus Aluminiumseilen von 150 qmm, ab Gernsbach aus solchen von 70 qmm Querschnitt. Die andere, von 100 000 Volt Spannung, aus Stahlluminium von 35 qmm Stahlseele und 70 qmm

Badisches Murgwerk.

I. Ausbau.
Unteres Wehr
bei
Forbach.
(Maßstab 1:150).

Abbildung 10.
Querschnitt
durch den
Grundablaß und Seiten-
ansicht von Pfeiler II.



mit Laufkran für den Zusammenbau und die Instandsetzung der Transformatoren, eine anschließende kleinere Werkstätte für die sonstigen Arbeiten; im bergseitigen Teil ein Akkumulatorenraum nebst Säurenraum als Reserve für die Erregermaschine und die Betätigung der Schaltapparate, sodann Büro- und Waschräume und Aborte. Unter den Transformatorenzellen sind große eiserne Behälter aufgestellt, in die das Öl bei einem Unfall abfließen kann.

Mittels eines besonderen Gleises mit eingebauter Drehscheibe können die Transformatoren von den Zel-

Aluminiumhülle bestehend, führt von Forbach durch das Murgtal zum Schalthaus Scheibenhart bei Karlsruhe und von da zum Schalthaus Rheinau bei Mannheim. Als Gestänge dienen hierfür eiserne Gittermaste in 225 m Abstand, die bis zum Ausgang des Murgtales bei Rothenfels zur Aufnahme von zwei 100 000 Volt-Leitungen ausgebildet sind, von denen aber vorerst nur eine verlegt wurde. Im sehr engen Murgtal wurden neue Murgkreuzungen und Spannweiten bis zu 400 m nötig. Die Leitungsseile sind an Glieder-Isolatoren aufgehängt und zwar an je sieben Hänge-Isolatoren an den

Tragmasten und an acht Abspann-Isolatoren an den Abspann-Masten. Verwendet sind Porzellan-Isolatoren mit Tempergußkappen. Ueber den 100 000 Volt-Leitungen sind zwei Blitzschutzseile aus Eisen von je 35 qmm Querschnitt verlegt.

Im Schalthaus Scheibenhart ist ein Transformator von 5000 KW. zur Umformung von 100 000 auf 20 000 Volt Spannung aufgestellt und es sind hier die Schaltapparate für die ankommenden 100 000 Volt- und die abgehenden 100 000 und 20 000 Volt-Leitungen, sowie für den 100 000 Volt-Transformator untergebracht. Daneben steht eine Werkstätte für den Zusammenbau und die Instandsetzung des

Transformators und für sonstige Arbeiten.

Das nur einstöckig angelegte Schalthaus in Rheinau enthält zwei Transformatoren von je 5000 KW. für 100 000 auf 20 000 Volt Spannung und die Schaltapparate für die ankommende und die zum Anschluß an das Pfalzwerk abgehende 100 000 Volt-Leitung, für die beiden Transformatoren und die nach dem Bahn-Elektrizitätswerk und nach dem Verteilungsnetz abgehenden 20 000 Volt-Leitungen. Die Verbindungsleitung mit dem Pfalzwerk besteht aus 50 qmm starken Kupferseilen auf Eisenmasten und führt über den Rhein nach Mundenheim. —

(Schluß folgt.)

Das Bauwesen nach dem Krieg und die Architekten. (Schluß.)



Wie das Groß-Berlin betrifft, so ist den unter Mitwirkung der Staatsregierung zum Teil schon in's Leben gerufenen, zum Teil in der Bildung begriffenen Bauvereinigungen — Provinz Brandenburg und Stadt Berlin (Märkische Heimstätte), Wohnungsverband Groß-Berlin, Stadt Spandau, Stadt Lichtenberg, Kreis Niederbarnim, Teile des Kreises Teltow u. a. — Glück auf den Weg, und den schon vor dem Krieg tätig gewesen Baugenossenschaften Glück auf die Fortsetzung ihres Weges zu wünschen. Dabei handelt es sich keineswegs nur um die Bebauung der vom Staat gegen mäßigen Preis zur Verfügung gestellten, fast 1000 ha umfassenden fiskalischen Ländereien, sondern ebenso sehr um kommunalen und privaten Boden, der in geeigneter Lage zu gleich mäßigen oder wenig höheren Preisen hoffentlich zu haben sein wird, und es handelt sich ferner um den Anbau an die vorhandenen fertigen, aber unbebauten Straßenstrecken, deren Länge in den Gemeinden Groß-Berlins auf mehrere hundert Kilometer angegeben wird. Es würde ein volkswirtschaftlicher Fehler sein, die großen-Summen des hier brach liegenden Kapitals auch weiterhin unbenutzt zu lassen und sich auf die Erschließung von Neuland unter Aufwendung neuen Kapitals zu beschränken. Wichtig ist die Errichtung von Kleinhäusern im Außengelände, noch wichtiger aber die Schaffung von Wohnungen für die Menge in größeren Häusern auf fertigen Bauplätzen des Stadtbezirkes, die massenhaft am Markt sind.

Freilich ist es ein Vorzug des Neulandes, daß es wegen seines geringen Preises und der beim Entgegenkommen der Gemeinden zu erwartenden mäßigen Erschließungskosten vorwiegend für den Flachbau in ein- und zweigeschossigen Kleinhäusern mit Nutzgärten geeignet ist und so die besten und gesündesten Wohngelegenheiten darbieten wird. Aber wir dürfen, nachdem wir ein armes Volk geworden sind, unsere Ansprüche nicht zu hoch spannen. Wir müssen sparen und begrüßen deshalb alle Bestrebungen zur Förderung sparsamer Bauweise. — Wir dürfen die Kleinhäuserforderungen und Baubeschränkungen nicht übertreiben; wir müssen den unbauten Raum voll ausnützen und dürfen auch vor drei- und viergeschossigen Bauten nicht zurückschrecken, wo die Kosten breiter Verkehrsstraßen und die höheren Bodenpreise den Flachbau behindern. Auch darf das organische Auswachsen der bestehenden Orte nicht vernachlässigt werden, wo die Gemeinschaftsanlagen zumeist schon vorhanden sind, die in Neusiedelungen erst geschaffen werden müssen. Es soll eine der besten Folgen unserer Neusiedelungen sein, daß sie durch vorbildliches Wohnwesen fördernd und lehrend einwirken auf die Wohnbauten des inneren Gemeindebezirkes, nicht bloß in der Uebergangszeit, sondern auch später, wenn wieder eine flotte private Bautätigkeit, ungehemmt durch Mangel an Baustoffen, Bindung der Mieten und Eingriffe der Mieteinigungsämter, überall einsetzen kann.

Auf die wirtschaftliche und künstlerische Gestaltung der Neusiedelungen und Ortsverweiterungen im Ganzen und Einzelnen einzugehen, ist nicht der Zweck dieser Zeilen, die uns die Aufgaben des Wohnungswesens nach dem Krieg nur im allgemeinen Bilde-vorführen sollen. Wohl aber ist noch auf die große Bedeutung des ländlichen Wohnungsbaues hinzuweisen. Die Baukostenzuschüsse des Reiches sind nach dem Bundesratsbeschluß vom 31. Oktober d. J. nicht bloß für städtische und vorstädtische Bauten, sondern ausdrücklich auch für die Wohnbauten der ländlichen Bevölkerung bestimmt, soweit es sich um Klein- und Mittelwohnungen handelt. Kleinviehställe und ähnliche Räume gelten, wie die Ausführbestimmungen sagen, als Zubehör der Wohnungen. Um dem bedenklichen Zusammenströmen der Bevölkerung in die Städte entgegen zu wirken und dem Lande die dringend nötigen Arbeits-

kräfte zu erhalten und zuzuführen, ist die Wohnungsfürsorge auf dem Lande hervorragend wichtig. Dazu kommt, daß für viele Kriegsbeschädigte, auch städtischer Herkunft, die planmäßige Ansiedelung auf dem Lande, namentlich in kleinen sogenannten Rentengütern, besonders segensreich sich erweisen wird. Und schließlich ist auch das Wohnwesen des reinen Landvolkes keineswegs gleichgültig. Denn das Landvolk, so sagt Goethe zu Eckermann, „ist als ein Depot zu betrachten, aus dem sich die Kräfte der sinkenden Menschheit immer wieder ergänzen und aufrischen“.

Nun aber, wie stehen die Bauleute selbst, wie stehen namentlich die Architekten zu der großen Frage des Bauwesens nach dem Krieg?

Wir befanden uns schon mitten im sozialistischen Fahrwasser, bevor die meuternden Matrosen und die an allen Enden auftauchenden Arbeiter- und Soldaten-Räte es unternahmen, gewaltsam und plötzlich die deutsche sozialistische Republik ins Leben zu rufen. Der Staats- und Gemeindesozialismus, d. h. der Sozialismus von oben, wie er in den Staats- und Kommunalverwaltungen Schritt für Schritt weiter Boden gewann, ist nicht etwa verschwunden, sondern durch den plötzlichen Auftrieb des Sozialismus von unten grundsätzlich gefestigt worden und geht einer umfassenden Ausdehnung entgegen. In noch höherem Maß als der Staats- und Gemeindesozialismus schickt sich die Wesensart des entstehenden neuen Deutschland an, öffentliche, halb öffentliche und private Betätigungen im staatlichen, kommunalen oder genossenschaftlichen Sinn immer mehr zur vergesellschafteten, Sozialisierung der Industrie ist ein beliebtes Schlagwort. Die Angehörigen der sogenannten freien Berufe werden immer mehr zu Beamten und Beauftragten der Gesellschaft werden. Das gilt namentlich für die Bauleute im Allgemeinen und die Architekten im Besonderen und braucht uns, so unerwünscht es ist, nicht zu entmutigen. Für die starken Persönlichkeiten wird die Elterbogensfreiheit eigener, selbständiger Tätigkeit auch im sozialistischen Gemeinwesen nicht untergehen. Den mittleren und schwachen Kräften aber wird, da der Sozialismus den Einzelnen zugleich einengt und führt, im künftigen Deutschland vielleicht sogar wohler sein, als im bisherigen. Für Alle aber ist es notwendig, sich einzustellen auf das neue Wesen. Die Architekten haben sich also einzustellen darauf, daß das Bauen in weit höherem Maß als bisher eine Betätigung von Genossenschaften, Gesellschaften, Stiftungen und besonders von öffentlichen Körperschaften sein wird. Die Zahl der Beamten und Angestellten, die schon bei der bisherigen staats- und gemeindesozialistischen Richtung beständig wuchs, wird auf veränderter Grundlage im Zukunftsstaat gewaltig zunehmen. Ob dabei das Schlagwort „Freie Bahn dem Tüchtigen“ mehr als bisher zur Wahrheit werden wird, sei dahingestellt. Jedenfalls aber ist anzunehmen, daß der Unterschied zwischen beamtetem und freier Tätigkeit stark schwinden wird.

Es ist zu erwägen, ob deshalb nicht die Gegensätze unter den Technikern selbst und besonders im technischen Vereinswesen baldigst-überbrückt werden sollten, um sowohl die Belange der Baukunst und Bautechnik, als die Lebensinteressen der Baukünstler und Bautechniker gemeinsam nach außen zu vertreten und zu schützen. Dazu bedarf es keines Getrenntseins von Verband und Bund, keiner Scheidung zwischen Architekten-Verein und -Vereinigung. Gemeinsam verteidigt, wird das sogenannte natürliche Recht des Sachverständigen zur volleren Anerkennung gelangen.

Die Bürger rühren sich noch wenig im neuen Deutschland. Aber es wird Zeit für sie, sich zu energischer Tätigkeit zu sammeln und zu erheben, wenn sie nicht untergehen wollen im roten Meer. Die Gefahr ist groß, und die Not des Vaterlandes noch größer. Wenn es nach den Plä-

nen der grimmigsten unserer Feinde geht, so werden wir mehr als 10 Millionen deutscher Volksgenossen der Fremdherrschaft überlassen müssen; wir werden außer Schiffen und Eisenbahnbetriebsmitteln Kohlengruben, Kalifelder und Erzbergwerke von unermeßlichem Wert verlieren und als eine verstümmelte Nation mit gebrochener Industrie ein kümmerliches Dasein fristen, bedroht vom Terror der Straße. Soll Deutschland je aus Ohnmacht und Schmach wieder auferstehen, so ist die Vereinigung aller Bürger notwendig zu gemeinsamer Abwehr und Tat. Zu den Bürgern gehört ihr alle, ihr Bauleute, Ingenieure, Architekten in allen Lagen! Werft fort alles Trennende, vereinigt euch und schließt die Reihen zur eigenen Rettung und zur Rettung des Vaterlandes! —

J. Stübben.

Vermischtes.

Im Verkehr mit der Redaktion der „Deutschen Bauzeitung“ bitten wir Folgendes zu beachten: Die Aufnahme von Beiträgen unseres Arbeitsgebietes erfolgt entsprechend dem Raum der Zeitung und nur nach sachlicher Prüfung. Sämtliche Zusendungen erbitten wir ausschließlich „An die Redaktion der Deutschen Bauzeitung“, nicht an eine Person. Die Einsendung muß portofrei erfolgen; zur Rücksendung ist das entsprechende Porto beizulegen. Anfragen von allgemeinem Interesse werden im Briefkasten beantwortet, andere Anfragen unmittelbar. Wir bitten, auch hier für Rückfragen Porto beizulegen. Die Beantwortung erfolgt unentgeltlich, ist jedoch an den Nachweis des Bezuges der „Deutschen Bauzeitung“ geknüpft. Eine Verpflichtung zur Beantwortung können wir nicht übernehmen. —

Eingaben des „Bundes Deutscher Architekten“. Der „Bund Deutscher Architekten“ hat in einer Eingabe an den Reichskanzler die bedrängte wirtschaftliche Lage der Privatchitekten, insbesondere auch jener, die jetzt aus dem Heeresdienst entlassen werden, dargelegt und um Maßnahmen gebeten, daß bei der mit erheblichen Staatsmitteln ins Werk gesetzten Wohnungsbeschaffung (Kleinhäusbauten, Siedlungsanlagen usw.) die einschlägigen Arbeiten in weitestgehendem Umfang den frei schaffenden selbständigen Architekten übertragen werden. Ferner hat der Bund angeregt, die wegen des Krieges zurückgestellten staatlichen Bauten nunmehr in Angriff zu nehmen und die Planbearbeitung ebenfalls tüchtigen freien Baukünstlern zu übertragen. Schließlich hat der B.D.A. in der Eingabe darum ersucht, daß bei vorzunehmenden Umgestaltungen auf dem Gebiet des Hochbauwesens seine Organisation, die seit Jahren eine Reform dieses Verwaltungszweiges anstrebt, gehört werden möchte. Der Reichskommissar für das Wohnungswesen, Unterstaatssekretär Coels v. der Brügghen, an den der „Bund Deutscher Architekten“ sich bereits im September 1918 wegen Hinzuziehung der Privatchitekten zu den Wohnungsbauten gewandt hatte, sagte in seiner Antwort eine Berücksichtigung der Eingabe zu. —

Ueber den gegenwärtigen Stand der Wohnungsfrage in Augsburg, einer Stadt von rd. 124 000 Einwohnern mit starkem Fabrikbetrieb, entnehmen wir einer Denkschrift des auf diesem Gebiet umsichtig tätigen städtischen Oberbauverwalters Holzner, daß der Wohnungsbestand sich bis zum Frühjahr 1919 erhöht haben wird um 251 Wohnungen, von welchen 233 Klein- und 18 Mittelwohnungen sind. Bei einer Leerwohnungsziffer von 2½ % war jedoch der Bedarf an Kleinwohnungen bis Ende 1918 auf rd. 1000 ermittelt. Die Wohnungen wurden teils von Privaten mit oder ohne Unterstützung der Stadt errichtet, teils durch die Gemeinde in privaten Anwesen eingebaut oder instand gesetzt, oder aber durch die Stadtgemeinde in stadteigenen, städtischen oder Stiftsgebäuden eingebaut. Im Frühjahr 1918 bildete die Stadt einen „Baukosten- und Bauzinsen-Zuschußfond“ von 300 000 M., von dem 50 000 M. abgezweigt wurden zur Uebernahme von Baukosten, die der Stadt durch Einbau von Wohnungen in Altgebäuden privater erwachsen. Eine Verstärkung des Fonds fand statt durch Kreismittel im Betrag von 42 762 M., sowie durch Schenkungen im Betrag von 309 920 M., sodaß der Fond 652 682 M. betrug. Von dem Fond sind noch vorhanden rd. 262 000 M. Die neuerliche Erhöhung dieser Summe durch die Stadt hängt ab von den Maßnahmen zur Förderung des stadteigenen Kleinwohnungsbaues, des stadteigenen Notstandswohnungsbaues und den Anforderungen der „verlorenen Baukosten“. Verhandlungen sind gepflogen oder abgeschlossen für Zuschüsse an nicht stadteigene Unternehmungen im Betrag von 1 Mill. M. Die Stadtgemeinde muß auch weiterhin als Wohnungsproduzentin auftreten, denn zu der Leerwohnungsziffer von 2½ % sind 1000 Klein- und 400 Mittelwohnungen nötig, während das Baugewerbe früher durchschnittlich nur 600 Wohnungen erzeugte. Die Bauten der Stadt sind billiger, also wirtschaftlicher als die Bauten von Privaten, weil einfacher und nach Typen gebaut wird. Es werden 56 weitere städtische Kleinwohnungen beantragt, wodurch sich der Fond von 1 Mill. M. auf 1 200 000 M. erhöhen würde.

ror der Straße. Soll Deutschland je aus Ohnmacht und Schmach wieder auferstehen, so ist die Vereinigung aller Bürger notwendig zu gemeinsamer Abwehr und Tat. Zu den Bürgern gehört ihr alle, ihr Bauleute, Ingenieure, Architekten in allen Lagen! Werft fort alles Trennende, vereinigt euch und schließt die Reihen zur eigenen Rettung und zur Rettung des Vaterlandes! —

Das wären Maßnahmen für die fernere Zukunft, zu denen Maßnahmen für die allernächste Zeit treten; diese lassen sich jedoch auch nicht annähernd überblicken. Hierzu ist in Aussicht genommen, durch Verschiebung städtischer Amtsstellen ehemalige Wohnräume frei zu machen oder durch weitere Einbauten in Altgebäuden Wohnungen zu gewinnen. Auch Teile des Palastes der Fugger an der Maximilian-Straße wurden zur Verfügung gestellt. Dadurch würden 38 Wohnungen zu gewinnen sein. Dazu aber würden noch 5 Barackenbauten mit einem Gesamtaufwand von 270 000 M. notwendig werden. Es wird darauf hingewiesen, daß diese Art der Wohnungsbeschaffung unwirtschaftlich ist, daß aber die Kürze der Zeit und die Schwierigkeiten in der Beschaffung der Baustoffe und Arbeitskräfte den Massivbau ausschließen. Die Lebensdauer einer Baracke wird auf 10–15 Jahre bemessen; die Baracken können, wenn sie ihren Wohnzweck erfüllt haben, nur noch zu Lagerungen verwendet werden.

Zur Bekämpfung der Knappheit auf dem Baustoffmarkt beantragte Holzner 200 000 M. zum Einkauf von Baustoffen; gleichzeitig ist er bemüht, zur Hebung des Baumarktes im Allgemeinen einen Lieferungsverband für das örtliche Baugewerbe zu begründen, dem auch die Stadtgemeinde mit Betriebsmitteln beitreten soll. —

Technische Hochschule Darmstadt. Die Vorlesungen und Uebungen an der Technischen Hochschule in Darmstadt werden auch im laufenden Wintersemester abgehalten. Das Semester hat am 30. Sept. 1918 begonnen und schließt am 1. Febr. 1919. Nachdem die zum Heer einberufenen Dozenten und Assistenten vom Heeresdienst entweder bereits entlassen sind oder in den nächsten Tagen zur Entlassung kommen, können auch die Vorlesungen und Uebungen, die mangels verfügbarer Kräfte gekürzt wurden oder ganz ausfallen mußten, in vollem Umfang wieder aufgenommen werden, sodaß der Betrieb der Hochschule nunmehr als ein vollständiger bezeichnet werden kann.

Studierende, die bei der Demobilisierung entlassen werden, können sich bis auf Weiteres noch für das laufende Semester einschreiben lassen und ihre Studien sofort wieder aufnehmen. In den Vorlesungen und Uebungen wird auf ihren verspäteten Eintritt, soweit es irgend möglich ist, Rücksicht genommen. Besondere Wiederholungskurse für Kriegsteilnehmer finden zur Zeit seitens einzelner Professoren schon statt; wegen des Ausbaues dieser Kurse schweben Verhandlungen. In den Monaten Februar und März 1919 sollen nicht nur Einführungskurse für neu eintretende Studierende zur Wiederauffrischung der auf der Schule erworbenen, durch den langen Krieg verschwundenen Kenntnisse eingerichtet werden, es sollen außerdem Wiederholungskurse für die Studierenden, die ihr Studium vor dem Krieg bereits begonnen hatten und es infolge des Krieges aufgeben mußten, ebenso Vorbereitungskurse für Studierende, die sich in nächster Zeit den Vor- und Hauptprüfungen unterziehen wollen, abgehalten werden. Auch in jeder anderen Beziehung wird seitens der Technischen Hochschule alles geschehen, um den seitherigen heerespflichtigen Studierenden behilflich zu sein und sie dem gesteckten Ziel möglichst rasch nahe zu bringen.

Nachschrift der Redaktion. In der „Frankf. Ztg.“ ist der unseres Erachtens beachtenswerte Vorschlag gemacht worden, für die Studierenden den durch den Krieg entstandenen Zeitverlust dadurch auszugleichen, daß das laufende Winterhalbjahr vor Weihnachten schließt und von Anfang Januar bis April 1919 ein zweites Winterhalbjahr mit regelmäßigem Studienplan eingeschoben wird. —

Ein weiteres Stockwerk! In der „Nat.-Ztg.“ spricht sich Hr. Arch. Paul Hirsch als ein Beitrag zur Beseitigung der Wohnungsnot in Berlin für den Aufbau eines fünften Stockwerkes auf die Berliner Miethäuser aus. Er führt aus:

„Die gegen die Wohnungsnot von der Stadt Berlin und den Behörden geplanten Siedelungen kommen naturgemäß nur einem geringen Bruchteil unserer Arbeiter zugute! Der größere Prozentsatz wird nach wie vor nicht nur gezwungen sein, in der Stadt zu wohnen, sondern es auch vorziehen, in der Nähe der Arbeitsstätte bleiben zu können.“

Berlin besitzt nun ein Bauland in seiner Höhengrenze, das den Vorzug hat, nichts zu kosten und an vollkommen regulierten Straßen zu liegen!

Diese dritte Dimension, die nach der bisherigen Bauordnung niemals überschritten werden durfte, auch wenn Straßen- und Platzbreiten einen ausreichenden Lichteinfall gestatteten, gibt bei einer Aenderung der Bestimmungen die Möglichkeit, einen großen Teil der 35 000 Berliner Häuser um ein Stockwerk zu erhöhen, wodurch in jedem Hause mindestens zwei Wohnungen mehr entstehen würden! Dies wären bei 15 000 Grundstücken gering gerechnet 30 000 neue Wohnungen! Bei dieser intensiveren Ausnutzung der schon vorhandenen Grundstücke wären die Vorzüge unverkennbar! Geringe Herstellungskosten, da Grundmauern und Dächer schon vorhanden und ungeheure Ersparnisse an Material und Arbeitslöhnen für fortfallende Zuführung von Kanalisation, Gas, Wasser, Elektrizität! Viele Dächer könnten im Ganzen gehoben werden, bei einem anderen Teil, der mit wüsten, unrentablen Türmen und Aufbauten versehen ist, würde sich die günstige Gelegenheit bieten, durch ruhige Dachflächen das Stadtbild zu verbessern und brauchbare Dachräume zu schaffen!

Der Einwand größerer Feuersgefahr ist, bei dem heutigen Stande unseres Löschwesens, hinfällig. Selbst der Hygieniker dürfte nichts gegen den fünften Stock einzuwenden haben, nachdem jetzt sogar wieder Dach- und Kellerräume als bewohnbar zugelassen sind! Das Erklimmen der fünften Treppe wird, bei der zwingenden Notwendigkeit, zu sparen, wenig bedeuten, ganz abgesehen davon, daß in vielen Häusern ein Aufzug eingebaut werden könnte!

So kann allein die Abänderung einer veralteten Baubestimmung die Möglichkeit zur Erstellung von zirka 80 000 gesunden Wohnungen in Groß-Berlin schaffen, die auch dem bisher ganz vergessenen Beamten- und Mittelstande zugute kämen! Sollte sich der Staatskommissar für das Wohnungswesen für diese Anregung interessieren, dann würden Ausführungsbestimmungen, der so schon in vielen Teilen abänderungsbedürftigen Bauordnung und ein Generalhöhenplan für Groß-Berlin bald die Hausbesitzer zum Bauen veranlassen und dann würde das bisher so zurückhaltende private Baukapital gleichfalls zur Stelle sein!

Wir glauben, daß diese Anregung, die nicht neu, aber zu guter Zeit wieder in Erinnerung gebracht ist, nicht nur auf Berlin beschränkt, sondern allgemein auf „ein weiteres Stockwerk“, wo Gelegenheit und Umstände dazu gegeben sind, erweitert werden könnte. Denn die Not ist sehr groß. —

Zum 70. Geburtstag von Leo von Willmann. Am 22. Dezember d. J. begeht der geschätzte Lehrer der Ingenieurwissenschaften und anerkannte Fachschriftsteller Geheimer Baurat Leo von Willmann, ordentl. Professor an der Technischen Hochschule zu Darmstadt, die Feier seines 70. Geburtstages. Seit 40 Jahren gehört er dem Lehrkörper dieser Hochschule an, an der er sich 1878 habilitierte, 1883 zum außerordentl., 1894 zum ordentl. Professor ernannt worden ist. Sein Sondergebiet ist das des Erd-, Straßen- und Tiefbaues, auf diesen Gebieten liegen auch vorwiegend seine fachwissenschaftlichen Arbeiten. Besonders hervorzuheben ist seine Mitarbeit am I. Band von Esselborn „Lehrbuch für Tiefbau“, sowie am „Handbuch der Ingenieurwissenschaften“. Er ist Herausgeber des I. Teiles dieses Handbuchs in seinen neuen Auflagen, der Vorarbeiten, Erd-, Grund-, Straßen- und Tunnelbau umfaßt, und im Besonderen der Bearbeiter des Abschnittes über Erd- und Felsarbeiten im I. Bd. und des III. Bandes „Grundbau“, mit Ausnahme der Sonderbehandlung der Druckluft-Gründung (Zschokke).

Von Willmann ist in Petersburg geboren, erhielt seine Schulbildung in Reval, studierte zunächst an der Universität in Dorpat, dann am Polytechnikum in Zürich und widmete sich nach mehrjähriger praktischer Tätigkeit bereits 1877 dem Lehrberuf, zunächst kurze Zeit am Technikum in Winterthur, seitdem dauernd an der Technischen Hochschule zu Darmstadt, deren Lehrkörper er auch heute noch angehört. —

Ueber die Erhaltung der Kunstdenkmäler der Vergangenheit in Sachsen erläßt das Landesamt für Denkmalpflege eine Verordnung, in der es sagt: „Sachsen ist reich an Kunstdenkmälern aus vergangenen Jahrhunderten. Viele von ihnen erinnern an frühere Herrscher des Landes und an nicht mehr bestehende Staatsformen. Unverständige könnten hieraus Anlaß nehmen, solche Denkmäler zu mißachten oder gar zu beseitigen. Ein Volk aber, das die Förderung und Pflege der Kunst zu den vornehmsten Aufgaben des freien Gemeinwesens rechnet, ist es sich selbst schuldig, auch die Kunstdenkmäler der Vergangenheit wert zu halten und zu hüten. Wir empfehlen sie daher dem Schutze der Allgemeinheit. Den Schutz der Regierung hat der Volksbeauftragte für das Innere Ministerium zugesagt.“ —

Rechtsfragen.

Entscheidungen des preuß. Ob.-Verwaltungsgerichtes.
Wann ist ein Gebäude als errichtet anzusehen? Die Schützengilde in Rathenow beantragte zu Pfingsten 1911 die Gebrauchsabnahme eines Anbaues an das Schützenhaus. Die Polizeibehörde lehnte zunächst die Erteilung eines Abnahmescheines ab, nicht aus dem Grunde, weil der Anbau nicht der genehmigten Bauzeichnung entsprechend ausgeführt war, sondern weil das Schützenhaus selbst bauliche Aenderungen aufwies, die als unzulässig angesehen wurden. Im Mai 1912 erfolgte die Ausstellung des Gebrauchsabnahmescheines. Sodann zog der Magistrat unter dem 21. März 1916 die Gilde wegen des Anbaues zu den Straßenherstellungskosten mit einem Beitrag von rund 15 000 Mark heran. Auf Freistellung davon strengte die Gilde nach erfolglosem Einspruch Klage an, indem sie vorweg geltend machte, daß die Forderung verjährt sei. Anliegerbeiträge verjähren, wenn drei Jahre nach Ablauf des Rechnungsjahres verstrichen sind, in dem ein Gebäude an einer neuen, aber bereits fertig gestellten Straße errichtet ist. So ist im vorliegenden Fall die Verjährung eingetreten, wenn der Anbau als bereits vor dem 1. April 1912 errichtet zu gelten hat. Der Bezirksausschuß in Potsdam wies die Klage ab. Er stellte sich auf den Standpunkt, daß ein Gebäude erst mit der Erteilung des Gebrauchsabnahmescheines als errichtet anzusehen sei, sodaß der Lauf der dreijährigen Verjährungsfrist hier erst mit dem 1. April 1913 begonnen habe und demnach zur Zeit der Beitragsforderung die Frist noch nicht verstrichen gewesen sei. Auf die Revision der Gilde hat der vierte Senat des Oberverwaltungsgerichtes am 7. November 1918 die Entscheidung aufgehoben und nach dem Klageantrag erkannt. Er bezeichnet die Ansicht des Bezirksausschusses als rechtsirrtümlich. Der Senat brachte die Auffassung zur Geltung, daß in dem hier entscheidenden Sinn des § 15 des Straßenanlegungsgesetzes vom 2. Juli 1875 ein Gebäude mit der Tatsache seiner Vollendung als errichtet zu betrachten sei, ohne Rücksicht darauf, wann die Polizeibehörde den Gebrauchsabnahmeschein erteilt habe. (IV. C. 18. 18) — L. K.

Wettbewerbe.

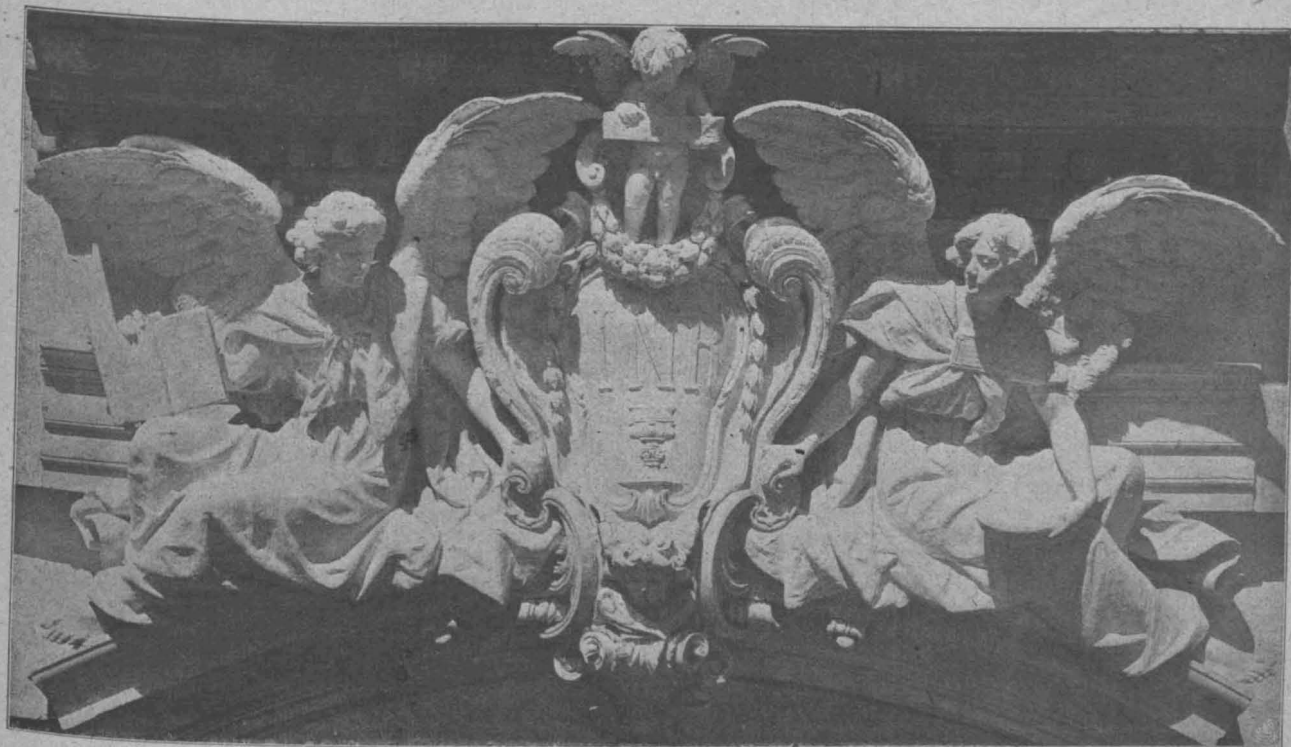
Ein Preisausschreiben zur Erlangung eines Bebauungs-Planes und von Bauplänen für das Gelände des Stadtgutes „Rasthöhe“ in Rastenburg in Ostpreußen erläßt der Magistrat für deutsche Architekten zum 15. Febr. 1919. Es handelt sich sowohl um den Aufschließungs- und Bebauungsplan für das Gelände, wie um Bauentwürfe für Einfamilien- und Doppelhäuser. Es gelangen 3 Preise von 3000, 2000 und 1000 M. zur Verteilung; 1000 M. stehen für den Ankauf von höchstens 2 Entwürfen zur Verfügung. Im Preisgericht befinden sich als Fachleute die Hrn. Geh. Bt. Prof. Goecke in Berlin, Reg.-Bmstr. a. D. Kirstein in Rastenburg und Geh. Reg.-Rat Dr.-Ing. Muthesius in Nikolassee. Als Vertreter sind berufen: Reg.-Bmstr. a. D. Modricker in Rastenburg, sowie Reg.-Bmstr. Ringler in Angerburg. Unterlagen gegen 10 M. durch das Stadtbauamt in Rastenburg. —

Im Wettbewerb des „Reichsverbandes zur Förderung sparsamer Bauweise“ zur Erlangung von Vorschlägen für die Verbilligung des Kleinhausbaues waren 245 Bewerbungen eingeleistet worden. Es sind 3 II. Preise in verschiedener Abstufung zuerkannt worden. Nämlich 6000 M. dem Bearbeiter des Vorschlages „Ein Mittelweg“, Reg.-Bmstr. Dr.-Ing. Moritz Wolf, Stadtbauinspektor in Dortmund und seinem Mitarbeiter Dipl.-Ing. Schweighart in Augsburg; je 4000 M. erhielten die Verfasser der Arbeit „Deutschland voran“, die Architekten Albert Lohmann, Karl Klingler, Walter Hornscheidt, sämtlich in Elberfeld; ferner der Architekt Albert Bosslet in Berlin als Verfasser der Arbeit „Ein Schritt zur Tat“. Den III. Preis von 2000 M. erhielt Baurat Gelius in Mainz mit der Arbeit „Zukunft“. Vier IV. Preise zu je 1000 M. sind zuerkannt worden: Prof. Ernst Kühn in Dresden („Zellenbau“), Leopold Stelten in Charlottenburg („Wohnhofblock“), Dr.-Ing. Rudolf Janz, Bürgermeister zu Wiesdorf a. Rh. und Wilhelm Fähler in Wiesdorf, sowie Karl Engelter in Mörs und W. Kleppe in Homburg a. Rh. Zwei Arbeiten sind außerdem zum Ankauf empfohlen worden, die Arbeiten „Schlesierland“ und „Dennoch“. —

Inhalt: Das Badische Murgwerk. (Fortsetzung.) — Das Bauwesen nach dem Krieg und die Architekten. (Schluß.) — Vermischtes. — Rechtsfragen. — Wettbewerbe. —

Hierzu eine Bildbeilage: Das Badische Murgwerk.

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H., in Berlin.
Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann in Berlin.
Buchdruckerei Gustav Schenck Nachf. P. M. Weber in Berlin.



DEUTSCHE BAUZEITUNG

52. JAHRGANG. N^o 101. BERLIN, DEN 18. DEZEMBER 1918

REDAKTEURE: ALBERT HOFMANN, ARCHITEKT, UND FRITZ EISELEN, INGENIEUR

FUER DAS



VATERLAND

„Wo sind sie, die Lieben, die Braven all,
Die für Recht und für Freiheit gerungen?
Sie zogen im Kampfe das süßere Los,
Sie sanken als Helden und ruhen im Schoß
Der Erde, vom Lorbeer umschlungen.“ —

Aus einem Studentenlied
nach den Befreiungskriegen.



uf dem Felde der Ehre sind im Kampf für das Vaterland aus dem Kreise
unserer Fachgenossen gefallen oder den auf dem Schlachtfeld erhaltenen
Wunden erlegen:

August Becker, Reg.-Bmstr. a. D., Beigeordneter der Stadt Moers. — Gustav Diruf, Dipl.-Ingenieur in München. — Dittmar, Ing. des Dampfkessel-Ueberwachungsvereins in Posen. — Alfred Doose, Architekt aus Chemnitz. — Anton Fischer, Dipl.-Ingenieur von Hof. — Adolf Frees, Ingenieur von Hamburg. — Karl Frey, Architekt von Bad Rothenfelde. — August Hahn, Ingenieur aus Göttingen. — Karl Hallbauer, Ingenieur von Königsberg i. Pr. — Ernst Hennig, Reg.-Baumeister in Berlin-Friedenau. — Walter Hinrichs, Dr.-Ing., Reg.-Baumeister von Siegen. — Albert Kaempffe, Reg.-Bauführer aus Berlin. — Fritz Kienzle, Ingenieur aus Stuttgart. — Tonis Köster, Architekt von Dortmund. — Reinhard Lehmann, Ingenieur aus Berlin. — Lenk, Reg.-Bmstr. beim Bauamt Annaberg i. Sa. — Willi Löwen, Stud. der Ingenieurwissenschaften aus Cöln a. Rh. — Franz von Mäßenhausen, Dipl.-Ingenieur von München. — Rudolf Meerbach, Reg.-Baumeister in Cassel. — Gustav Neuhaus, fürstl. plessischer Baumeister in Pleß. — Ludwig Neuhofer, Stadtbauamt in Chemnitz. — Walter Nordhausen, Reg.-Baumeister von Berlin. — Karl Oberheide, Architekt von Dortmund. — Kurt Otto, Architekt von Zwönitz. — Wilhelm Pabst, Architekt in Nürnberg. — Ernst Philippi, Dipl.-Ingenieur aus Trier. — Karl Pierrmann, Reg.-Bauführer von Gießen. — Hans Pippart, Architekt aus Mannheim. — Hans Plagemann, Stud. der Ingenieurwissenschaften aus Spandau. — Fritz Poehlmann, cand. arch. aus München. — Alexander Pohl, Baumeister in Chemnitz. — Georg Promnitz, Dipl.-Ingenieur von Schwientochlowitz. —

Feodor Walter Rätzsch, Dipl.-Ingenieur von Wilsdruff. — Otto Reichardt, Dipl.-Ingenieur aus Dessau. — Franz Reimers, Ob.-Ingenieur von Bochum. — Eduard Riese, Architekt von Hilden. — Hugo Roosen-Runge, Dipl.-Ing., Assist. der Techn. Hochschule in Danzig. — Erich Roth, Reg.-Bauführer von Berlin. — Wilhelm Roth, Reg.-Baumeister von Karlsruhe i. B. — Hans Rückert, Stud. der Ingenieurwissenschaften von Charlottenburg. — Hans Rühl, Ingenieur aus Neumarkt i. Oberpf. — Walter Runge, Stud. der Architektur von Holzminden. — Hans Ruth, Dipl.-Ingenieur von Löbau. — Walter Schabik, Kand. der Architektur aus Leobschütz. — Karl Schaub, Ingenieur von Stuttgart. — Josef Scheidt, Architekt aus München. — Alfred Schilling, Dipl.-Ingenieur von Holzminden. — Erich Schmeidler, Dipl.-Ingenieur aus Berlin. — Erwin Schmid, Reg.-Baumeister von Stuttgart. — Joachim Schmidt, Dipl.-Ingenieur von Danzig-Langfuhr. — Johannes Schmidt, Reg.-Baumeister beim kais. Gouvernement in D.-Ostafrika († 1917 im Schutzgebiet). — Otto Schmidt, Architekt aus Wiesbaden. — Paul Schmidt, Architekt von Potsdam. — Richard Schmidt, Architekt aus Nürnberg. — Frhr. Friedrich v. Schmidt, Arch., Hilfsref. beim Verwaltungschef für Wallonien in Namur. — Konrad Schreiber, Stud. der Ingenieurwissenschaften von Zehlendorf. — Kurt Schreyer, Dipl.-Ingenieur aus Halle a. S. — Georg Schultheis, Prof., Dipl.-Ing. in Berlin. — Karl Schumann, Reg.-Bauführer von Erfurt. — Heinrich Schweichel, Baurat in Merseburg. — Hans Schweisgut, Stud. d. Arch. von Friemersheim, Niederrhein. — Albrecht Sembach, Dipl.-Ing. aus Frankfurt a. O. — Paul Siefert, Reg.-Baumeister von Pölitz in Pomm. — Emil Sigerist, stud. ing. aus Mengen. — Willi Soreth, Kand. der Ingenieurwissenschaften von Rees a. Rh. — Heinrich Speck, Arch. aus Kiel. — Otto Spitgerber, Dipl.-Ingenieur aus Posen. — Heinrich Spöntjes, Dipl.-Ingenieur aus Cöln a. Rh. — Rudolf Steinecker, Reg.-Baumeister von Freising. — Karl Störl, Dipl.-Ing., Arch. in Chemnitz. — Stoß, Dipl.-Ing., Assist. an der Techn. Hochschule in Breslau. — Karl Tasch, Dir. der städt. Werke in Berlin-Lichtenberg. — Hans Taudt, Stud. der Ingenieurwissenschaften in Cöln. — Paul Thomas, Reg.-Baumeister in Barmen. — Fritz Tismeyer, Dipl.-Ingenieur. — Erich Trautmann, Kand. der Ingenieurwissenschaften in München. — Otto Uhlig, Dr.-Ing. von Frankfurt a. M. — Erich Ulmann, Oberingenieur aus Berlin. — Fritz Uthemann, Dipl.-Ingenieur von Kiel. — Otto Vayhinger, Reg.-Baumeister von Crailsheim. — Abraham Venderbosch, Reg.-Baumeister von Hannover. — Karl Vollert, Reg.-Baumeister in Darmstadt. — Wilhelm Waldvogel, Architekt von Hannover. — Hans Weiss, cand. ing. von München. — Emil Werner, Ingenieur aus Stuttgart. — Georg Willers, Reg.-Baumeister in Breslau. — Max Witt, Reg.-Baumeister in Marburg a. Lahn. — Fritz Woerner, Dipl.-Ingenieur von Mannheim. — Artur Wolff, Reg.-Baumeister beim Kanalbauamt in Hamm i. W. — Heinrich Wollenhaupt, Dipl.-Ing., Reg.-Bfhr. von Glatz. — Walter Zeunemann, Dipl.-Ingenieur von Nordholz b. Cuxhaven. — Willi Ziegler, Ing., Dir. der gewerbl. Fortbildungsschulen in Solingen. — Max Zwengauer, Mar.-Hafenbaumeister in Wilhelmshaven. —

Studierende der Techn. Hochschule in Aachen: Hermann Beenken, Adolf Schulte, Karl Wever. — Berlin: Walter Berghaus, Karl Bürger, Ludwig Engel, Wilhelm Grunert, Viktor Hoffmann, Alfred Kleinert, Kurt Leitholf, Kurt Lilienthal, Kurt Maier, Fritz Seidig, Johs. Silbermann. — Breslau: Johannes Drabek, Johann Hudalla, Paul Meyer, Gerhard Nobel, Johannes Ziemann. — Darmstadt: Gerhard Currie, Kurt Ihm, Karl Metz, Ernst Seiffert. — Hannover: Gerhard Desgraz, Heinz Drekmann. — Karlsruhe: Paul Geyer, Paul Mermagen, Karl Wagner. — München: Richard Kraemer, Ludwig Lang, Franz Murr, Wilhelm Schaaff. — Ernst Jul. Schmidt, Georg Walser. — Stuttgart: Karl Dick.

Der Berliner Dom und der Krieg. Hierzu die Abbildung S. 479.



Zu unserer Veröffentlichung auf Seite 432 ff. „Der Berliner Dom und der Krieg“ sandte uns Hr. Baurat Bernhard Hoffmann, Dombaumeister in Berlin, folgende Ausführungen: „Vergönnen Sie auch einer abweichenden Meinung und einem anderen Vorschlag Aufnahme in Ihrem Blatt. In meinem Nebenamt als Dombaumeister hatte ich die Kupferabnahme zu leiten und als die Möglichkeit herannahte, daß die sichtbaren Bedachungen eingefordert werden konnten, arbeitete ich Vorschläge zu Abänderungen aus, um bei der späteren Wiederherstellung einige Maßstabsfehler auszumerken. Die Veröffentlichung unterblieb aus Rücksichten verwaltungstechnischer Art. Mein Ziel war, dem Bau seinen Charakter möglichst zu wahren und nur das abzuändern, was seine Größenwirkung schädigt. Dabei ergibt sich gleichzeitig eine größere Harmonie mit der Schloßkuppel, auch wird der Maßstab von Schloß und Museum nicht mehr ungünstig beeinflußt. Da meine Vorschläge nicht am Zeichentisch entstanden sind, sondern durch das Studium des Bauwerkes selbst, bitte ich die Kollegenschaft, auch die Nachprüfung an Ort und Stelle vorzunehmen und sich nicht dadurch irre machen zu lassen, daß bei der Kleinheit des Maßstabes der Darstellung die Unterschiede nicht ins Auge springen.“

Am wichtigsten ist die Abänderung der Laterne der Westtürme. Unter Wegfall der Wetterfahnen sind die Spitzen je 6 m gesenkt. Der Umriss selbst wird dadurch allgemein verständlicher, daß der Vorsprung am Fuß der Laterne für die Front- und die Seiten-Ansichten durch Kartuschen gedeckt wird, während in der Diagonal-Ansicht der Vorsprung sichtbar bleibt. Der Raschdorffsche Charakter ist hierbei gewahrt, weil die Spitze immer noch schwer erscheint, beseitigt wird nur, daß sie bisher zu schwer war. Außerdem fallen die vergoldeten Spitzen der Dachfenster fort, welche die Linien stören.

Bei der großen Kuppel wirkt den Maßstab schädigend am meisten die Galerie am Fuß der Laterne. Diese verdeckt ein für die Gestaltung des Inneren wichtiges Oberlicht und dürfte wohl einen Bauteil darstellen, der für den Berliner Dom Raschdorffschen Gepräges besonders kennzeichnend ist. Das Oberlicht bleibt genügend zugänglich, wenn der Umgang $\frac{1}{2}$ m schmaler wird. Gleichzeitig läßt sich die Maßstabschädigung dadurch beseitigen, daß in jedem der 8 Felder das Füllungsmotiv dreimal wiederkehrt, welches jetzt zweimal darin enthalten ist und daß die Höhe der Galerie kleiner wird, auch die bekronenden Vasen zierlicher gehalten werden. Die Kuppellaterne wird entsprechend niedriger gerückt und unter Beibehaltung ihrer

Breite gekürzt. Bei Wegfall der Wetterfahnen wird ihre Gesamthöhe ebenfalls 6 m niedriger. Wichtig ist hier auch die Einschränkung der 8 Kandelaber. Die Spitzen der Dachfenster fallen aus den gleichen Gründen fort wie bei den Westtürmen. Am Kuppelfuß sind folgende Aenderungen vorgesehen. Der schwere Sockel, welcher hinter den Engelfiguren doch nicht verfolgt werden kann, ist beseitigt; dadurch hat das unterste Kuppelfeld etwa die gleiche Größe erhalten wie die oberen. Eine weitere Aenderung bezieht sich auf die Verdachung der obersten Tamburfenster aus Sandstein, welche flacher angenommen sind. Es ist bei neueren Bauten vielfach nicht genügend beachtetes Gesetz, daß Giebel- und Turmspitzen um so stumpfer werden müssen, je höher sie sitzen. Auch beim Dom sind vielfach die Verdachungen der hohen Lagen spitzer als die der tieferen Lagen. Diese Aenderungen, so klein sie an sich erscheinen, genügen doch, um das Bauwerk selbst an scheinbarer Größe gewinnen zu lassen, es ruhiger zu machen und namentlich die Harmonie mit dem Schloß zu erreichen. Der ästhetische Gewinn ist unzweifelhaft gesichert.

Wenn ich meinen älteren Vorschlag jetzt nach dem Bestelmeyer'schen dem Forum der Kollegenschaft übergebe, so geschieht es in dem Bewußtsein, daß es immer schwer ist, mit gemäßigten Aenderungen gegen radikalere Vorschläge anzukämpfen. Gleichwohl will ich auch dem Ausdruck geben, was mir an dem Bestelmeyer'schen Vorschlag weniger gefällt. Ob die beiden Westtürme nach Bestelmeyer verbessert sein würden, erscheint mir zweifelhaft. Beim Raschdorffschen Dom überwiegt die Höhe der Türme ab Hauptgesims gegenüber der Höhe der Fassade bis Hauptgesims. Beim Bestelmeyer'schen Vorschlag sind beide Höhenabschnitte genau gleich. Der Raschdorffsche Bau ist in jeder Einzelheit daraufhin abgestimmt, daß die schweren Massen oben in die Erscheinung treten, die Apostelfiguren über dem Hauptgesims, die Vasen über den gekuppelten Säulen der Glockengeschosse, atmen den Geist gesteigerter Schwere. Die von Bestelmeyer vorgeschlagene Endigung mit einem Pinienzapfen oder einem ähnlichen Gebilde bringt diese Formenreihe nicht zum Ausklingen. Daß die Galerie am Fuß der Kuppellaterne ein organisch wichtiges Bauglied ist, habe ich schon oben gesagt. Das Oberlicht kann im Inneren nicht fortfallen ohne weitergehende Umgestaltungen. Ein Zuspinnen des getöteten Oberlichtes durch ein Velum würde nur ein Nothbehelf sein. Die Beseitigung der Engel am Fuß der Kuppel läßt wohl die Linie der Kuppel klarer werden, sie beraubt aber die Kuppelfelder des Ausklagens nach oben. Raschdorff hat hier gewissermaßen im gotischen Formempfinden gehan-

delt, indem er die Pfeiler als Fialen ausklingen ließ. Raschdorff schloß sich hiermit — bewußt oder unbewußt ist mir nicht bekannt — der Berliner Architekturrichtung an, die antikes und mittelalterliches Formempfinden vermählen wollte. Indem Bestelmeyer hiergegen vorgeht, beraubt er

den Bau seines deutschen Charakters. Es besteht die Gefahr, daß trotz klarer Kuppellinie Disharmonien an anderer Stelle auftauchen. Deswegen glaube ich, daß mein weniger radikaler Vorschlag vorzuziehen sei, weil er mit Sicherheit Verbesserungen bringt". —

Vermischtes.

Ehrendoktoren technischer Hochschulen. Der Direktor des Materialprüfungsamtes in Berlin-Lichterfelde, Geh. Reg.-Rat Professor Max Rudeloff, ist von der Technischen Hochschule zu Karlsruhe in Anerkennung seiner Verdienste um die Entwicklung des Materialprüfungswesens zum Doktor-Ingenieur ehrenhalber ernannt worden. —

nahme ihrer Entwürfe seitens der Behörden die Arbeiten gegen Honorar für die Gemeinden vollbringen. Auf dieser Grundlage kann sofort mit dem Bau begonnen werden, denn weder die Beschaffung der Geldmittel, noch die Rentabilitätsfrage bilden nach Ansicht des Bundes ein Hindernis. —

Die Stelle des Vorstandes des Hochbauamtes zu Freiburg im Breisgau, die seit dem plötzlichen und unerwarteten Hinscheiden des Stadtbaumeisters R. Thoma im Jahr



Der Berliner Dom und der Krieg. Abänderungen nach dem Vorschlag von Dombaumeister Baurat B. Hoffmann in Berlin.

Techniker als Bürgermeister. Wie uns aus Barmen mitgeteilt wird, ist nunmehr auch diese Stadt dazu übergegangen, die Stelle des I. Beigeordneten (II. Bürgermeister) durch einen Techniker zu besetzen. Am 28. Nov. 1918 hat die Stadtverordneten-Versammlung von Barmen einstimmig ihren bisherigen Stadtbaurat Köhler in die Stelle berufen und ihn zum I. Beigeordneten ernannt. —

Zinsfreie Baugelder. Um die Bautätigkeit anzuregen, erstrebt der „Bund zur Behebung der Wohnungsnot“ in Berlin-Halensee die Errichtung einer Baubank, die den einzelnen Gemeinden zinsfreie Darlehen in voller Höhe der Bausummen gegen Verpfändung der zu errichtenden Häuser unter Eintragung von Amortisations-Hypotheken gewähren soll. Die Ausführungen können in der Weise erfolgen, daß die Bauunternehmer nach An-

1914 unbesetzt war, wird vom Oberbürgermeister nunmehr mit Frist zum 23. Dez. 1918 öffentlich ausgeschrieben. Die Stelle ist vom künstlerischen Standpunkt aus eine der wichtigsten in Deutschland, denn ihr Inhaber muß es verstehen, die blühende Entwicklung der Stadt in der Gegenwart in Einklang zu bringen mit den starken, das Stadtwesen bestimmenden Ueberlieferungen der Vergangenheit. Der Inhaber der Stelle muß also unbeschadet der Forderungen seines eigenen künstlerischen Dranges über ein hohes Maß von künstlerischem Taktgefühl verfügen. Freiburg ist auch heute noch ein Stadtbild von erfreulich geschlossenem Charakter, das die Stadtverwaltung manchen Eingriffs-Versuchen zum Trotz in glücklicher Weise zu erhalten verstanden hat. Diese Bestrebungen fortzusetzen wird eine der Hauptaufgaben des neuen Stadtbaumeisters sein. Das Ein-

halten einer weisen Mittellinie zwischen der geschichtlichen Ueberlieferung und dem Individualismus der Gegenwart wird die Richtschnur auch für den neuen Stadtbaumeister sein müssen. —



Die Verleihung des
im Völker-



Eisernen Kreuzes
Krieg 1914-18

ist, soweit wir Kenntnis davon erhielten, für hervorragende Taten an folgende Angehörige unseres Faches erfolgt:

I. Klasse. (Schluß).

Peter Arnold, Bezirksbaumeister in Rockenhausen, Pfalz.
Karl Beckmann, Kand. der Architektur von Düsseldorf.
Artur Conrad, Architekt von Charlottenburg.
Fritz Dodell, Reg.-Bauführer von Schwerin.
W. Dolgner, Reg.-Bmstr., Oberlehrer an der Baugewerkschule in Neukölln.
Gg. Heine Florey, Bauversich.-Oberinspektor in Chemnitz.
Georg Hogrefe, Reg.-Bauführer in Düsseldorf.
Hoffmann, Reg.-Bmstr., Oberlehrer an der Baugewerkschule in Neukölln.
Fritz Jorcke, Reg.-Bauführer aus Fraustadt.
Hans Markert, Reg.-Baumeister im Min. der öff. Arb. in Berlin.
V. Schilling, Architekt von Frankfurt a. M.-Neu-Isenburg.
Walter Max Seyfert, Reg.-Bauführer beim Str.- und Wasserbauamt in Schwarzenburg.
Heinrich Tecklenburg, Reg.-Baumeister in Mainz.

Das Eisene Kreuz II. Kl. am weißen Band mit schwarzer
Einfassung (Schluß).

Willy Gehler, Dr.-Ing. Professor in Dresden (z. Zt. Chef der
Bautenprüfstelle beim Stab des Kriegsamtes).

Schluß der Liste der Inhaber des Eisernen Kreuzes II. Klasse:

Theodor Bauscher, Dipl.-Ing., Oberlehrer an der Baugewerkschule in Deutsch-Krone.
Paul Dette, Reg.-Baumeister in Dortmund.
Wilhelm Dintelmann, Reg.-Baumeister in Halberstadt.
Heinrich Eggers, Reg.-Baumeister von Metz.
Fritz Finkelde, Reg.-Baumeister in Ludwigslust.
Julius Franz, Ministerialrat, hochbautechn. Ref. im Min. für Elsaß-Lothringen in Straßburg.
O. H. Gelhorn, Baurat beim Landbauamt in Zwickau.
Hentze, Dipl.-Ing., Oberlehrer an der Baugewerkschule in Nienburg a. W.
Franz Hipp, Reg.-Baumeister von Straßburg i. Els.
Otto Hoffmann, Regierungs- und Baurat in Cöln.
Kraner, Reg.-Baumeister beim Bauamt in Greiz.
Gustav Laubenheimer, Reg.-Baumeister in Arnberg.
Julius Feodor Willy Lungwitz, Reg.-Bmstr. beim Str.- und Wasserbauamt in Plauen i. V.
Müller, Oberlehrer an der Baugewerkschule in Deutsch-Krone.
Hans Münzer, Reg.-Baumeister in Straßburg i. E.
Leo Pommerehne, Reg.- und Baurat in Cassel.
Heinrich Pontani, Regierungs- und Baurat in Frankfurt a. M.
August Rothmann, Reg.-Baumeister in Cassel.
Sailer, Bauamtsassessor in Landshut i. B.
Karl Sander, Reg.-Baumeister in Halle a. S.
Kurt Friedrich Saupe, Reg.-Bauführer beim Str.- und Wasserbauamt in Dresden.

Fritz Schauer, Baurat in Dresden-N.
Schenkelberg, Reg.-Bauführer von Frankfurt a. M.
Walter Scheunemann, Reg.-Baumeister in Hannover.
Wolfgang Schickhardt, Reg.-Baumeister in Stuttgart.
Martin Schirmer, Reg.-Baumeister in Charlottenburg.
August Schmidt, Reg.-Bauführer (†) von Gotha.
Theodor Schmutz, Reg.-Baumeister in Cöln a. Rhein.
Karl Schönemann, Arch., Oberlehrer an der Baugewerkschule in Stettin.

Fritz Schock, Architekt von Berlin.
Siegfried v. Steinwehr, Reg.-Baumeister in Charlottenburg.
Klemens Strohmayer, Reg.-Baumeister in Paderborn.
Czeslaus Swialkowski, Architekt von Danzig.
Karl Tesenwitz, Baurat in Berlin.
Richard Töpfer, Stud. der Techn. Hochschule in Dresden.
Trost, Dipl.-Ing., Dir. der Pflichtfortbildungsschule in Berlin.
Johann Valentin, Architekt vom Bad Ems.
Franz Verron, Ingenieur von Cöln a. Rhein.
Kurt Wagner, Stud. der Techn. Hochschule in Dresden.
Weber, Ing., Oberlehrer an der Baugewerkschule in Hörter i. W.
Bernhard Wegener, Reg.-Baumeister in Posen.
Reinhard Zietz, Reg.-Baumeister in Dieringhausen.

Tote.

Baurat Karl Grosser †. Soeben erreicht uns die traurige Nachricht, daß der ausgezeichnete schlesische Architekt, Baurat Karl Grosser in Breslau, in der Nacht zum 10. Dezember 1918 gestorben ist. Im Oktober erkrankte er auf seinem Sommersitz in Krummhübel an der Grippe. Schwer krank kehrte er am 4. Dezember heim, um in das Caritas-Heim in Breslau gebracht zu werden, wo er an Herzschwäche und Lungenauflösung verschied. Der Tod Grosser's bedeutet einen schweren Verlust für das Kunstleben Schlesiens. Wir werden auf die Bedeutung des Verstorbenen im Kunstleben des deutschen Ostens der Gegenwart noch eingehender zurückkommen. —

Baugewerkschul-Direktor Julius Kolbenheyer in Budapest †. Architekt Julius Kolbenheyer, der Direktor der höheren Baugewerkschule in Budapest, ist am 26. September 1918 im Alter von 67 Jahren dortselbst verschieden. Der Verstorbene, der seine Fachstudien am Züricher eidgenössischen Polytechnikum machte, war einer der tüchtigsten Fachleute Ungarns, der seine Begabung vorwiegend in den Dienst des Fachunterrichts stellte und als Pädagoge durch volle 39 Jahre — darunter 20 Jahre als Lehrer, 19 Jahre aber als Leiter und Direktor des Institutes —, Vorzügliches leistete. Seinen künstlerischen Ruf schuf er sich in mehreren internationalen Wettbewerben, so bei der Regulierung des Kaiser-Platzes in Berlin, bei der Stadterweiterung von Mannheim, bei der Lage- und Anlage der einst geplanten Berliner Weltausstellung und der Budapester Landesausstellung, sowie bei den Wettbewerben für die Tonhalle in Zürich und das Stadthaus in Hannover. Die Gewerbeschulen in Budapest und Pozsony wurden nach seinen Plänen erbaut. — Sch.

Wettbewerbe.

Einen internationalen Wettbewerb für eine Eisenbahnbrücke bei den Arsta-Inseln in Stockholm schreibt die Direktion der schwedischen Staatsbahnen, wie wir erst verspätet erfahren, mit Frist zum 1. Februar 1919 aus. 3 Preise von 15 000, 10 000, 5000 Kronen, außerdem 5000 Kr. für Ankaufe. Es handelt sich um eine rd. 700 m lange 4 gleisige Brücke, für deren Ausführung Eisen oder Beton und Eisenbeton in Betracht kommen können. Sie enthält eine bewegl. Oeffnung von 24 m L. W. Die Brücke erhebt sich bis zu bedeutender Höhe über M. W. und es sind Gründungstiefen von 18—24 m unter M.-W. erforderlich. Unterlagen gegen 50 Kr., die zurück erstattet werden, von der Bauabteilung der kgl. Eisenbahnverwaltung (Järnvägsstyrelsens Byggnadsbyrå, Bangårdsafdelningen) in Stockholm, Vasagatan 3.

Im Wettbewerb der Stadt Mannheim betr. Bebauungspläne für die Gewanne Schafweide und Altwasser, beschränkt auf in Mannheim geborene oder ansässige Bewerber, ist die Einsendung der Entwürfe neuerdings auf 1. April 1919 festgesetzt worden. —

Im Wettbewerb des württembergischen Ministeriums des Inneren um eine Ehren-Urkunde erhielten: den I. Preis von 600 M. Karl Sigrüst, den II. Preis von 400 M. Paul Körner, den III. Preis von 300 M. Adolf Schmidt, sämtlich in Stuttgart. Zwei Bronze-Plaketten von Alfons Feuerle in Stuttgart wurden zum Ankauf empfohlen. —

Inhalt: Für das Vaterland. — Der Berliner Dom und der Krieg. — Vermischtes. — Eisene Kreuze. — Tote. — Wettbewerbe.

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H. in Berlin.
Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann in Berlin.
Buchdruckerei Gustav Schenck Nachf. P. M. Weber in Berlin.



DEUTSCHE BAUZEITUNG

52. JAHRGANG. N^o 102-103. BERLIN, 23. DEZEMBER 1918.

REDAKTEURE: ALBERT HOFMANN, ARCHITEKT, UND FRITZ EISELEN, INGENIEUR

Die evangelische Johannes-Kirche in Berlin-Lichterfelde.

Architekt: Professor Otto Kuhlmann in Charlottenburg.

Hierzu eine Bildbeilage, sowie die Abbildungen S. 483, 484 und 485.

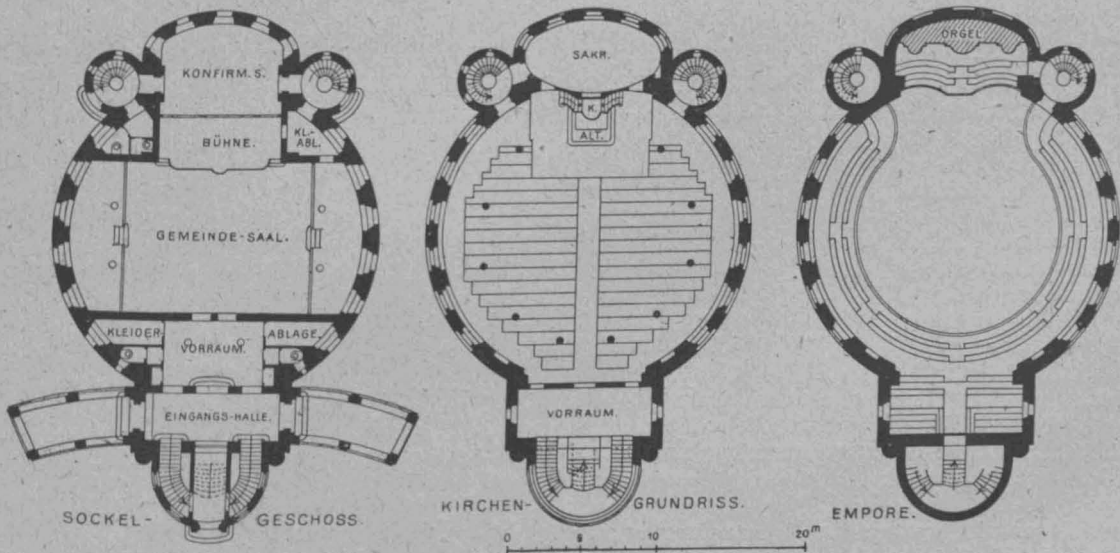


Im westlichen Teil des südwestlichen Berliner Vorortes Lichterfelde wurde in den Jahren 1913 auf 1914 nach den Entwürfen des Architekten Professor Otto Kuhlmann in Charlottenburg die evangelische Johannes-Kirche erbaut. Der Auftrag ist in einem engeren Wettbewerb erstritten worden, an dem die Architekten

Spitze anpassen. Die geringe Größe des Bauplatzes verlangte eine möglichst Ausnutzung der bebaubaren Fläche, sodaß die örtlichen Verhältnisse gleichsam wie von selbst auf eine zentral geordnete Anlage hinführten. Mit Rücksicht auf die Umgebung des Bauplatzes schien es dem Architekten geboten, einen hochstrebenden Turmbau, der die Ruhe des kreisrunden Platzes gestört haben würde, zu vermeiden. Immerhin mußte das Bauwerk eine solche Höhen-Entwicklung erhalten, daß es sich als sakraler Monumentalbau sowohl gegen den Platz mit seinen nicht unbeträchtlichen Abmessungen und seiner offenen Gestalt wie auch gegen die benachbarten Wohngebäude behaupten konnte. Das wurde dadurch erreicht, daß der Architekt ein mehrgeschossiges Gebäude bildete, bei welchem die eigentliche Kirche sich über einem hohen Untergeschoß erhebt, in das die eine evangelische Kirche in der üblichen Weise begleitenden Gemeinderäume verlegt wurden. Darüber liegt dann die aus einem Haupt- und einem Emporen-Geschoß bestehende Kirche. Eine stattliche Kuppel mit Laterne, für welche die nächst gelegenen Vorbilder in der Mauerstraße in Berlin zu suchen sind, krönt das Bauwerk und sichert ihm Rang und Stellung im Ortsbild.

Von drei Seiten führen Eingänge zu der geräumigen Eingangshalle im Sockelgeschoß: sowohl von der

Jürgensen & Bachmann in Charlottenburg, Fritz Gottlob in Berlin und Otto Kuhlmann in Charlottenburg teilnahmen. Als Preisrichter war der Leiter der Abteilung für Kirchenbau im Ministerium der öffentlichen Arbeiten zu Berlin, Geh. Ob.-Brt. O. Hossfeld, tätig. Sein Urteil fiel zugunsten des Entwurfes von Otto Kuhlmann aus. Das nach diesem Entwurf erbaute Gotteshaus hat eine eigenartige Gestalt, die zum Teil aus den Verhältnissen der Oertlichkeit hervorgegangen ist. Es liegt, wie der umstehende Lageplan zeigt, an dem kreisrunden Friedrich-Platz, der im Schnittpunkt der Ring- mit der Kommandanten-Straße gebildet ist. Es erhebt sich auf der Geländespitze, die sich zwischen Ring- und Pfeleiderer-Straße entwickelt und mußte sich mit seiner Grundriß-Gestaltung dieser

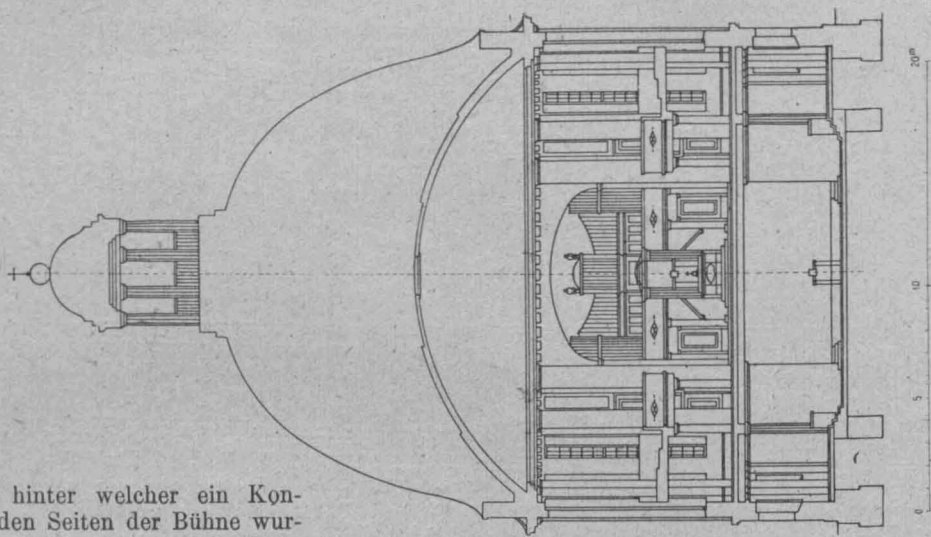


Ring-, wie von der Pfeiler-Straße, wie auch vom Friedrich-Platz aus. Die Zugänge von den beiden Straßen sind bedeckt. Von der Eingangshalle gelangt das die nicht kirchlichen Handlungen besuchende Gemeinde-Mitglied in einen Vorraum, beiderseits mit Kleider-Ablagen und Aborten ausgestattet, und von ihm aus in den quer gelagerten Gemeindesaal, dessen Seiten segmentförmig abgeschlossen und über den Hauptteil erhöht sind. In der Hauptachse des Gebäudes folgt auf den Gemeindesaal eine Bühne, hinter welcher ein Konfirmandensaal liegt. Zu beiden Seiten der Bühne wurden eine Kleider-Ablage und Aborte angeordnet, zu beiden Seiten des Konfirmandensaales kreisrunde Treppenhäuser mit Zugängen von außen, die zur Höhe des Kirchenraumes, zum Emporengeschoß und zum Kuppelraum hinauf führen. Der Gemeindesaal ist 19^m lang und 9,8^m breit. Durch eine zusammenschiebbare Wand kann bei besonderen Veranstaltungen aus Gemeindesaal, Bühne und Konfirmandensaal ein einheitlicher Raum gebildet werden. Der Konfirmandensaal hat durch die beiden runden Treppenhäuser zu beiden Seiten Zugänge von der Straße her.

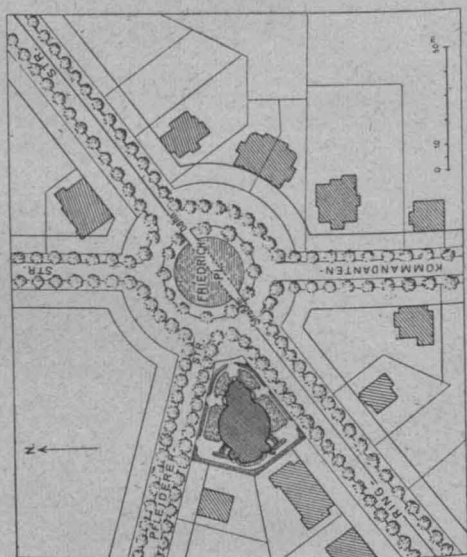
Der Zugang zum Kirchenraum erfolgt von der Eingangshalle aus durch zwei Läufe eines stattlichen, gegen die Platzseite gelegenen Treppenhauses, das sich an der Hauptschaufseite der Kirche apsidenartig vorbaut. Die beiden Läufe führen in einen Vorraum, von dem aus drei Eingänge zum Kirchenraum geleiten. Das kreisrunde Kirchenschiff hat einen Durchmesser von über 20^m. Mit Rücksicht auf seine Gestalt wurden Altar, Kanzel und Orgel über und hinter einander in der Hauptachse angeordnet. Vor dem Altar entwickelt sich, aus dem Gestühl ausgeschnitten, der Altarplatz. Das Gestühl ist so angelegt, daß Altar und Kanzel von sämtlichen Plätzen aus ohne Hindernis gesehen werden können. Eine besondere Sakristei wurde nicht verlangt; daher wurden Sakristei und Beratungszimmer vereinigt und als ein ovaler Raum hinter den Altar mit Zugang von den Nebentreppenhäusern aus verlegt. Die Gänge des Kirchenschiffes sind, abgesehen vom Mittelgang, unmittelbar an die Wandungen verlegt.

Der Vorraum ist zugleich als Warteraum bei Trauungen wie bei Taufen gedacht. Damit sich bei Trauungen der Zug von hier aus in gerader Linie zum Altar bewegen kann, wurde neben den Seitengängen auch ein Mittelgang vorgesehen. Die Emporen folgen der kreisrunden Grundrißform des Schiffes und begleiten die Wandungen. Sie steigen auch über dem Vorraum an und entwickeln sich gleichzeitig vor der Orgel, stehen hier aber nicht in Verbindung mit den übrigen Emporen. Sowohl die Orgelepore wie die Empore über der Vorhalle sind für sich zugänglich. Alle Räume des Gotteshauses erhalten reichliches Licht; der Kirchenraum durch lang gestreckte Fenster an den Rundseiten, die sich durch die ganze Wandhöhe entwickeln; Gemeinde-, Konfirmandensaal und Beratungszimmer durch zahlreiche Fenster meist in der Achse der großen Hauptfenster.

Das Bauwerk ist konstruktiv durchaus massiv ausgeführt. Vor allem ist der Saalbau gegen die Kirche

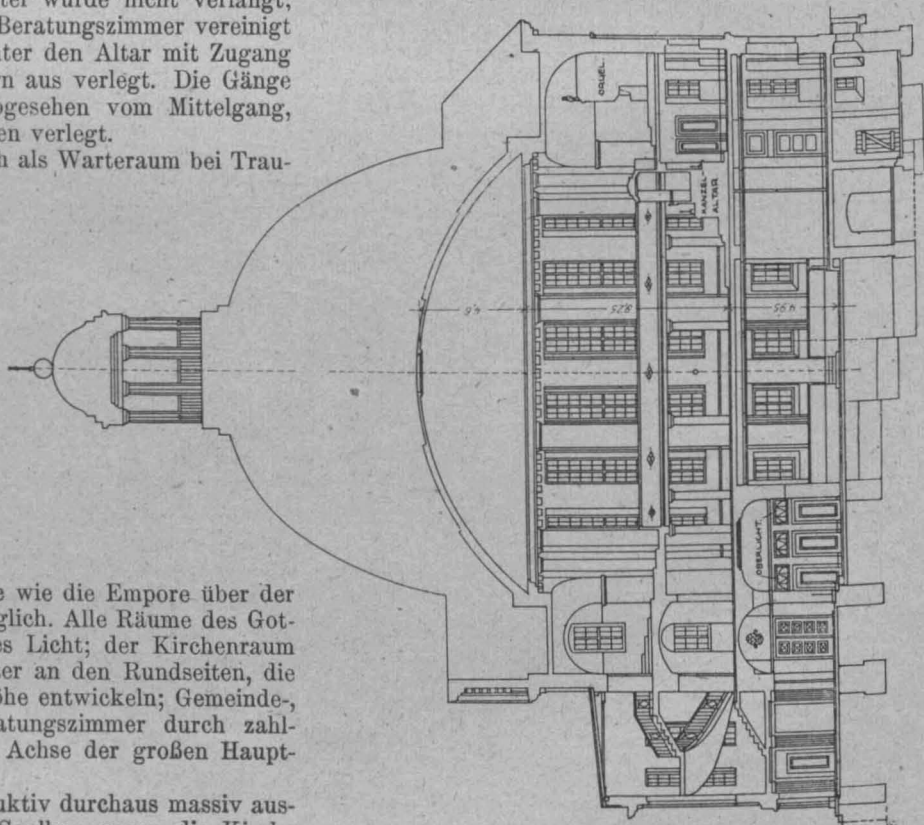


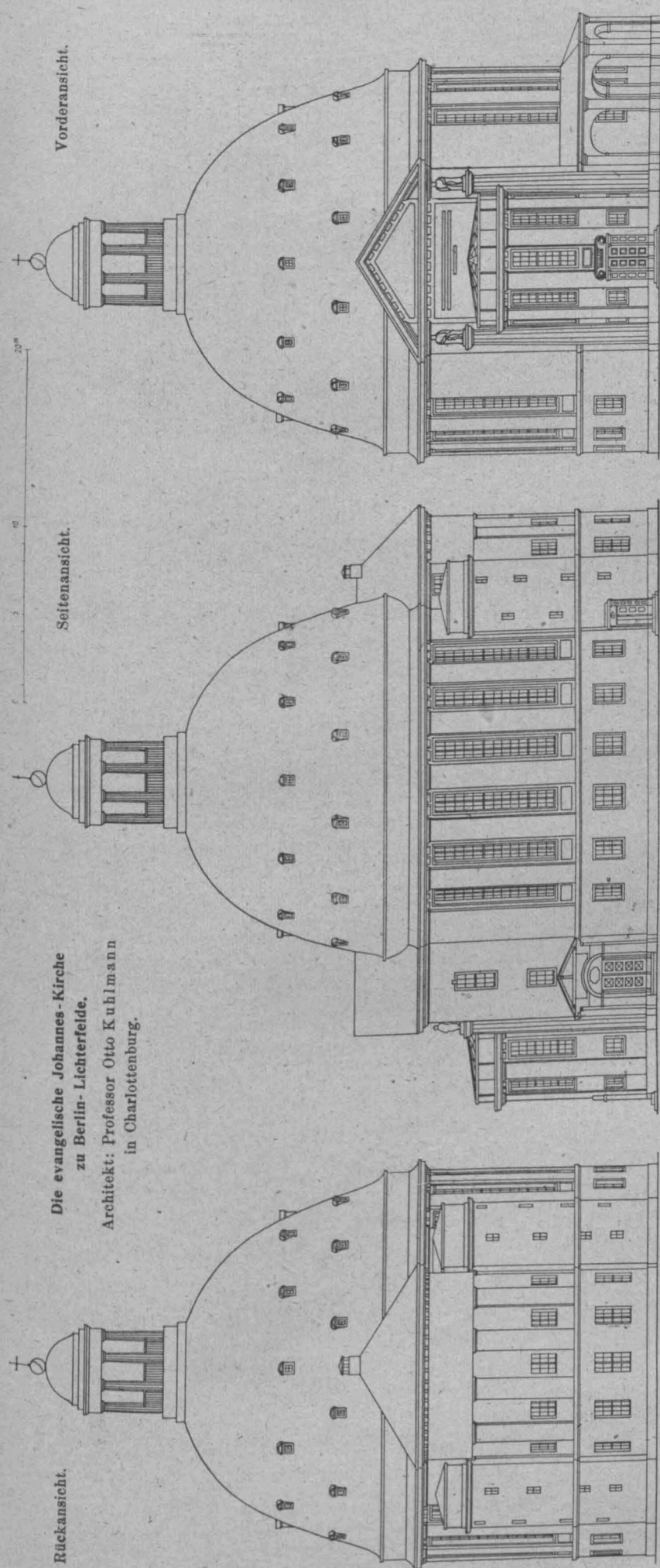
Querschnitt durch den Mittelpunkt der Kreisanlage.



Lageplan des Gotteshauses und seiner Umgebung.

Längsschnitt in der Hauptachse.





Vorderansicht.

Seitenansicht.

Die evangelische Johannes-Kirche
zu Berlin-Lichterfelde.
Architekt: Professor Otto Kuhlmann
in Charlottenburg.

Rückansicht.

durch eine massive Decke abgeschlossen. Nur die Emporen wurden in Holz konstruiert, während jedoch der Kirchenraum wieder durch ein massives Kuppelgewölbe überdeckt wurde.

Die Kirche charakterisiert sich als Putzbau; das Dach der Kuppel ist mit Ziegeln eingedeckt. Der Stil ist der einer maßvollen antikisierenden Neu-Renaissance. Die Bildbeilage zu dieser Nummer, sowie die Abbildungen nach der Natur auf den Seiten 484 und 485 lassen die Stilfassung wohl erkennen. Das Gotteshaus ist im Äußeren und im Inneren farbig behandelt. Die Ausmalung des Inneren sowie das Deckengemälde wurden ausgeführt von Birkle & Thomer in Charlottenburg. Die örtliche Bauleitung hatte Bauführer Frank vom Gemeinde-Bauamt in Lichterfelde. Die Baukosten berechneten sich mit rd. 200 000 M. für die Kirche und mit rd. 40 000 M. für den unter ihr gelegenen Saalbau. Mit dieser Bausumme von nur 240 000 M. dürfte die evangelische Johannes-Kirche in Berlin-Lichterfelde eine der billigsten Kirchen Groß-Berlins sein. —

Entwurf zu einer Einheits-Bauordnung für den preußischen Staat.

Der Staatskommissar für das Wohnungswesen hat den Entwurf einer Normal-Bauordnung aufstellen und zahlreichen Behörden, Gesellschaften und Zeitschriften zur Beurteilung zugehen lassen. Der Entwurf soll für Städte, städtische Vororte und Landgemeinden mit städtischer Entwicklung als Muster für neu zu erlassende Bauordnungen gelten und diejenigen Vorschriften förmlicher und sächlicher Art festlegen, die in allen Bauordnungen gewissermaßen als Stamm wiederkehren; er enthält die notwendigen Lücken, durch deren Ausfüllung die in den verschiedenen Gegenden und Orten von einander abweichenden Anforderungen durch die örtlichen Bauordnungen zu regeln sind. Die Norm bezieht sich a) auf die geschäftlichen Bestimmungen (Gegenstand der Bauerlaubnis, Baugesuch, Baugenehmigung, Abnahmen, Ausnahmen), auf Vorschriften b) über das Baugelände (Zugänglichkeit, Gebäudeabstand) und c) über die Gebäude selbst (Baustoffe, Aufenthaltsräume, Standsicherheit, Brandmauern, Decken, Dächer, Treppen, Feuerstätten, Brunnen, Entwässerung, Äußeres, Einfriedigung, Wohnungsbestandteile, Ställe, Räume für Autos, Einfamilienhäuser, Fabriken), endlich d) auf allgemeine Bestimmungen über bestehende Bauten, Grenzveränderungen, Strafen.

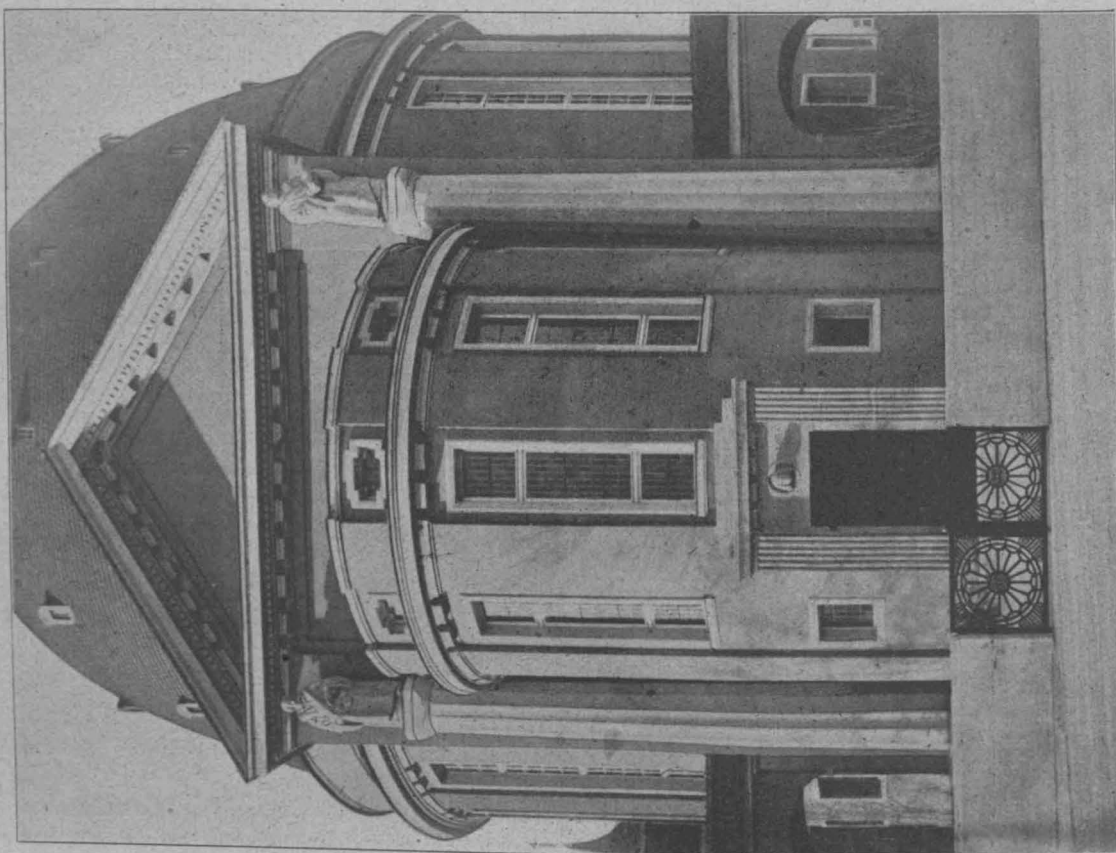
Der Abschnitt a ist als einheitlich für den ganzen Staat gedacht.

Im Abschnitt b kann die Einheitlichkeit der Vorschriften über das Baugelände nur wenige Punkte umfassen. Schon die Fragen der Zugänglichkeit und der Gebäudeab-

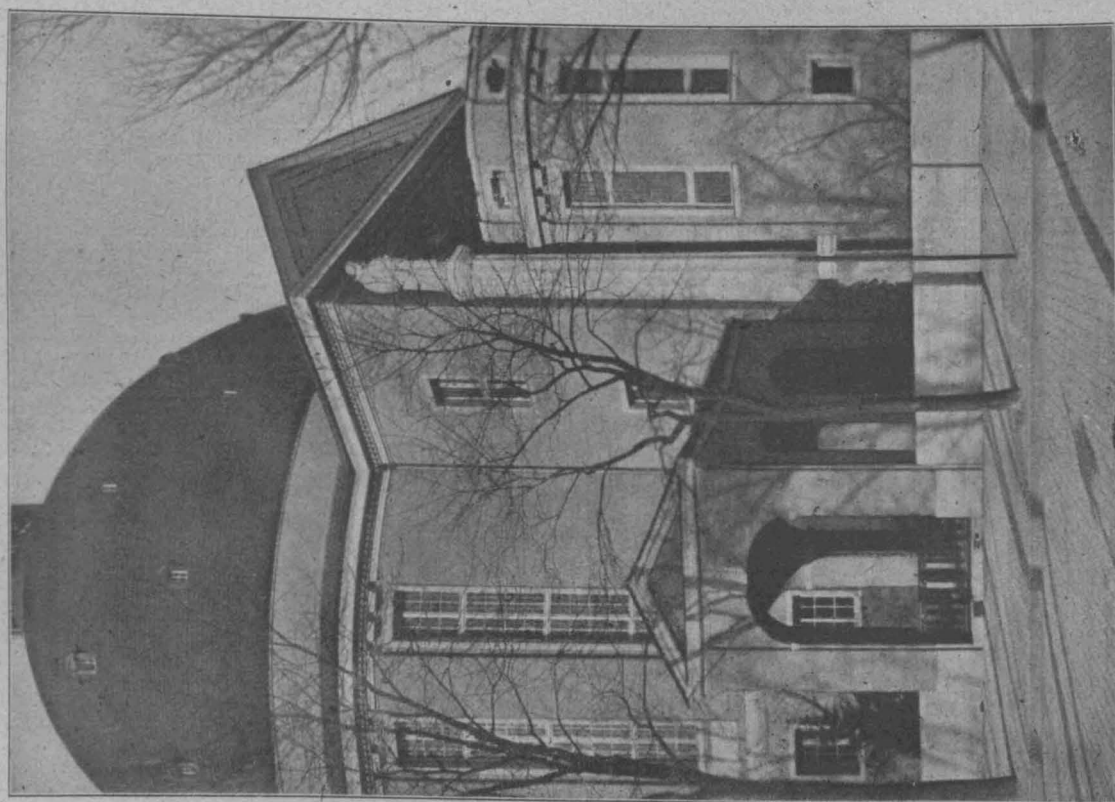
stände verlangen manche örtliche Regelung; die Hauptfragen aber über Ausnutzung des Bodens, Zahl der Geschosse, Gebäudehöhe, geschlossene oder offene oder halboffene Bauweise, Zulassung von Flügel- und Hintergebäuden, Hofräume, Verbot gewerblicher Anlagen usw. können nur durch die Ortsbauordnungen beantwortet werden. Min-

Ortsbauordnungen werden in einer Anlage des Entwurfes, wenn auch unvollständig, in Kürze behandelt.

Schrumpft hiernach das Wesen der für die städtischen Orte des Preußischen Staates bestimmten Einheits-Bauordnung stark zusammen, so verdient doch das Bestreben, die stets wiederkehrenden Vorschriften sachlicher und formel-



Architekt: Professor Otto Kuhlmann in Charlottenburg.
Hauptansicht mit Eingang vom Friedrich-Platz.



Die neue evangelische Johannes-Kirche in Berlin-Lichterfelde.
Seitenansicht mit Eingang von der Ring-Straße.

der einschneidend, aber keineswegs unwichtig sind die örtlichen Ergänzungen, die der Abschnitt c erfordert, so hinsichtlich der Baustoffe, des Massiv- oder Fachwerkbauwes, der Dachdeckung, der Wasserversorgung und Entwässerung, der Aborte, auch der Dachwohnungen und Geschöshöhen. Diese Ergänzungen des Normalentwurfes durch die

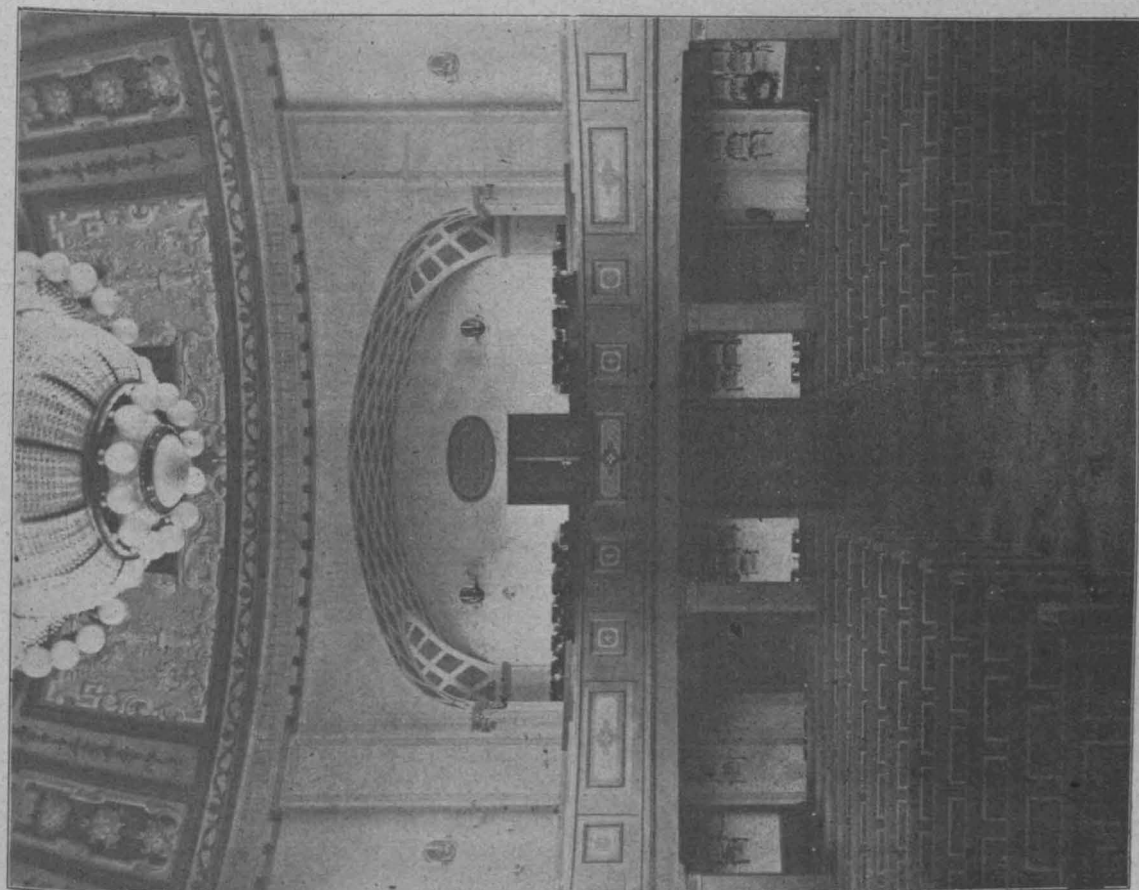
ler Art zu vereinheitlichen und auch für die örtlich abweichend zu ordnenden Bestimmungen ein einheitliches Gerüst festzustellen, sodaß man zukünftig im ganzen Staat die verschiedenen Dinge stets in denselben Abschnitten und Paragraphen zu suchen hat, grundsätzlich volle Anerkennung und Unterstützung.



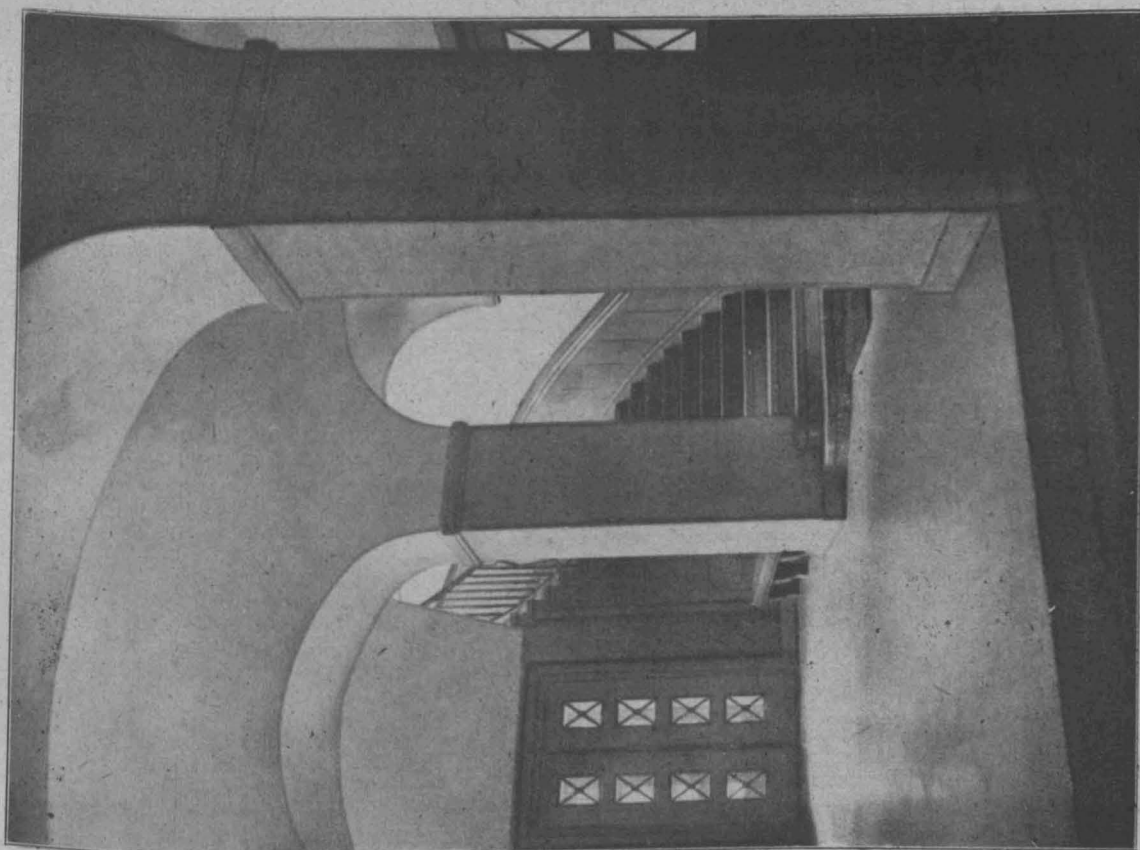
VANGELISCHE KIRCHE IN BERLIN-
 LICHTERFELDE *** ARCHITEKT:
 PROFESSOR OTTO KUHLMANN
 *** IN CHARLOTTENBURG. ***
 INNERES MIT BLICK AUF ALTAR,
 *** KANZEL UND ORGEL. ***
 ≡ DEUTSCHE BAUZEITUNG ≡
 ** 52. JAHRGANG 1918. * NO. 102. **

Betrachtet und prüft man aber den Regierungsentwurf, so steigen die mannigfachsten Bedenken auf. Zunächst sei die Frage gestattet: Muß die Einheitsbauordnung, die nur einen Teil der Ortsbauordnung bilden und nicht bloß

müssen! Eine Kürzung auf die Hälfte dürfte nicht zu viel verlangt sein. Was die geschäftlichen Bestimmungen im ersten Abschnitt betrifft, so geht die Aufzählung alles dessen, was der baupolizeilichen Genehmigung bedarf, ent-



Professor Otto Kuhlmann in Charlottenburg.
Schiff mit Blick auf die Empore über der Eingangshalle.



Die neue evangelische Johannes-Kirche in Berlin-Lichterfelde. Architekt: Professor Otto Kuhlmann.
Blick in die Eingangshalle.

in den großen, sondern auch in allen Mittel- und Kleinstädten gelten soll, den starken Umfang von 17 Druckseiten in Folioformat haben? Eine Bauordnung ist doch kein Lehrbuch, und auf ihren Inhalt soll doch der Bau- oder Handwerksmeister keine tagelangen Studien verwenden

schieden zu weit. Daß beispielsweise alle Einfriedigungen, die Ausfugung von Mauern und die Aufstellung von Reklametafeln eines Baugesuches bedürfen, ist doch eine Uebertreibung. Baupolizeiliche Vorschriften über solche Nebendinge können, wo sie nötig sind, erlassen und gehand-

habt werden, ohne das Schreibwerk durch Bauanträge und Bauscheine zu vermehren und das bauliche Leben noch mehr als bisher zu erschweren. Auch die allgemeine Forderung eines ausführlichen, farbigen Lageplanes im Maßstab 1:500 mit all den im Entwurf vorgeschriebenen Einzelheiten, ferner der Vorlage von Zeichnungen auch aller nebensächlichen Gebäudeansichten und selbst der Vorgartenanlage im Grundriß und Querschnitt, ist für Mittel- und Kleinstädte entschieden übertrieben. Daß die Polizeibehörde von Fall zu Fall bei einzelnen Punkten Ausstand gewähren, auf andere unter Umständen verzichten kann, ist zwar eine gewisse Milderung, beseitigt aber nicht die Bedenken. Wegen Nebensächlichkeiten sollte eine polizeiliche Behelligung des Bauenden überhaupt ausgeschlossen sein. Besonders lästig würde es wirken, wenn unter einfachen Ortsverhältnissen nach § 4 für alle der Bauerlaubnis bedürftigen Kleinigkeiten auch ein schriftlicher Antrag auf polizeiliche Abnahme gestellt und eine schriftliche Abnahmeverhandlung mit Fristen und Bedingungen aufgenommen werden soll — es sei denn, daß die Baupolizeibehörde im Einzelfall ausdrücklich vorher im Bauschein darauf verzichtet.

In den zur allgemeinen Gültigkeit bestimmten Vorschriften über die zulässigen Gebäudehöhen heißt es in § 9: „Bei Giebelhäusern wird die Gebäudehöhe bis zu ein Drittel Höhe des Giebeldreiecks gerechnet, bei Mansard-Dächern ist bis zum Brechpunkt der beiden Dachflächen zu messen“. Das würde bei Reihenhäusern mit durchlaufendem Dachgesims Giebelbauten ausschließen, und die für die räumliche Ausnutzung unter Umständen sehr wichtige Anwendung von Mansardendächern wäre äußerst beschränkt. Die Bestimmung endlich, daß, „wenn Dächer oberhalb der zulässigen Fronthöhe über eine im Winkel von 45° zu der Front gedachte Fläche hinausgehen, das Maß von 3 m auf die zulässige Fronthöhe anzurechnen ist“, ist nicht recht verständlich. Wenn man den Lichteinfallwinkel von 45° durchaus sichern will und wenn man glaubt, sich über die Verschiedenheiten in den Fronthöhen hinwegsetzen zu können, so wäre doch deren Beschränkung nur um dasjenige Maß gerechtfertigt, um welches die Firstlinie die Höhe des 45 Grad-Daches überschreitet. Aber ist diese ganze Frage von einer Wichtigkeit, die einen einheitlichen Zwang für ganz Preußen fordert?

Eine gleichfalls nicht recht verständliche, unter Umständen recht schädliche Bestimmung ist die, daß „wenn Räume für dauernden Aufenthalt in das Dachgeschoß eingebaut werden, der Fußboden solcher Räume höchstens 1,50 m unter der Schnittlinie der Umfassungswände mit der Dachfläche liegen und die Dachfläche nicht mehr als 60° gegen die Horizontale (Vertikale?) geneigt sein darf“. Es ist nicht recht ersichtlich, wie die angegebenen Grenzmaße sich begründen. Anscheinend handelt es sich um eine allgemeine Maßregel gegen flache Dächer, eine Maßregel, die in der kommenden Zeit, wo alle Verhältnisse auf sparsames Bauen drängen und wo auch die Benutzung von Räumen im Dachgeschoß nicht behindert, sondern, soweit die Konstruktion der Wände und Decken gesundheitlichen Anfor-

derungen entspricht, nach Möglichkeit gefördert werden sollte, fast befremdend wirken würde. Aber auch wenn die Messung des Winkels wirklich von der Horizontalen gemeint ist, erscheint eine solche Zwangsbestimmung für das ganze Staatswesen ungeeignet.

Der über Treppen handelnde § 17 ist besonders verwickelt; er bedarf der Vereinfachung sehr. Warum polizeilich für ganz Preußen die Treppenbreite auch in kleinen Einfamilienhäusern auf mindestens 90 cm, die Treppensteigung auf höchstens 19 zu 26 cm festgesetzt werden muß, ist wirklich nicht ersichtlich. Man kann der Meinung sein, daß die Polizei sich um derartige Privatsachen eines kleinen Einfamilienhauses überhaupt nicht kümmern sollte. Ebenso üppig ist der Inhalt des § 18, der auf drei Druckseiten auf eingehendste die Lehre von den Schornsteinen behandelt.

Was die baulichen Anforderungen an Wohnungen betrifft, so soll für den Umfang des Staates vorgeschrieben werden, daß zu jeder Wohnung mindestens ein Abort und ein Vorratsgelaß, zu jeder aus mehr als vier Räumen bestehenden Wohnung mindestens ein Abort, ein Kellerraum, ein Bodengelaß und eine Dienstkammer gehören müssen. Das ist gewiß schön gedacht; aber wird es auch in der armen Zeit, der wir entgegen gehen, überall durchführbar sein? Muß denn jede Familie, die vier Räume bewohnt, einen Dienboten halten? So enthält der Entwurf noch manche Bestimmungen, deren Ziel an sich löblich ist, deren unbedingte Zwangsgültigkeit von Saarbrücken bis Memel, von Sigmaringen bis Flensburg jedoch auf beträchtliche Widerstände stoßen würde.

Gleiches gilt für manche Punkte der Anweisung, die in der Anlage des Entwurfes als maßgeblich für die ergänzenden Ortsbauordnungen aufgestellt sind. Warum muß in drei- und viergeschossigen Häusern die Zimmerhöhe überall wenigstens 2,80 m betragen, während in zweigeschossigen 2,50 m als ausreichend bezeichnet werden? Warum soll in viergeschossigen Häusern die Anlage von Wohnräumen im Dachgeschoß so stark erschwert werden? — Könnte nicht die Beschränkung der Höhe von Eckhäusern auf den Durchschnitt des an der breiteren und an der schmaleren Straße statthaftern Maßes eine Verunstaltung der Hauptstraßen bedeuten? —

Unsere Beurteilung hat nicht den Zweck, den ganzen Stoff zu erschöpfen. Es dürfte aber aus dem Gesagten hervorgehen, daß bei aller Anerkennung der guten Absicht der Entwurf doch vorläufig als ein unzureichender Versuch zu betrachten ist. Eine für den ganzen Staat bestimmte Einheitsbauordnung muß wesentlich kürzer sein, sich auf das wirklich Notwendige beschränken, mit allen entbehrlichen Belästigungen und Verschleppungen, allem unnötigen Schreibwerk usw. aufräumen, nicht aber noch weitere Förmlichkeiten einführen. Daneben ist der begründeten örtlichen Verschiedenheit volle Freiheit zu lassen.

Vermag die Staatsregierung in der gegenwärtigen Erschütterung und Ohnmacht des Staates ein solches Programm, wie wir befürchten, nicht zu erfüllen, so ist es geraten, eine bessere Zeit abzuwarten. — —r.

Vermischtes.

Folgende Leitsätze zur Linderung der Wohnungsnot hat der „Innungs-Verband Deutscher Baugewerksmeister“ vor einiger Zeit dem Reichskommissar für das Wohnungswesen übergeben:

1. Die Privatbautätigkeit sollte mit allen Mitteln gefördert werden, da ohne sie die Wohnungsfrage nicht zu lösen ist. Zur Erleichterung und Verbilligung des Wohnungsbaues sollten die Bauvorschriften „entgegenkommend“ von Beamten gehandhabt und alle Härten vermieden werden. Um das wirtschaftlich fruchtbringend zu gestalten und um eine rasche und glatte Genehmigung der von Fachleuten vorgelegten Baugesuche zu ermöglichen, wäre die Hinzuziehung von Bauschöffen zu empfehlen, welche den Wünschen der Bauenden weitgehendes Entgegenkommen zu gewähren in der Lage sind.

2. Die Ziegeleien und sonstigen Produktionsstätten für Baumaterialien müßten jetzt und in der Uebergangswirtschaft vorzugsweise mit Kohlen versorgt werden, damit die Erzeugung der Baustoffe gefördert wird. Ebenso wäre nach Friedensschluß eine bevorzugte Entlassung der Bauhandwerker aus dem Heeresdienst dringend notwendig.

3. Die Verteilung der Baustoffe müßte gemeinsamen Berufsverbänden der Verbraucher, Verarbeiter und Händler unter Mitwirkung der Handwerks- und Gewerbekammern übertragen werden.

4. Die Stadtgemeinden müßten zur Förderung der Errichtung von Wohnhäusern mit Kleinwohnungen die Neubauten zu 85 % des Wertes beleihen.

5. Falls die Stadtgemeinden nicht selbst die Kapitalien

zur Beleihung bis zu 85 % bereit stellen können, wäre von ihnen die Bürgschaft dafür zu übernehmen.

6. Der Grund und Boden müßte von den Stadtgemeinden zu angemessenen Preisen an die Bauenden abgegeben werden.

7. Die Beiträge des Hausbesitzers zu den Straßen- und Anliegerkosten sind auf ein Mindestmaß zu beschränken.

8. Für Kleinwohnungs-Siedlungen wäre die Herstellung der Straßen seitens der Stadtgemeinden, entsprechend dem geringen Verkehr, besonders zu vereinfachen.

9. Die bisher nicht freigegebenen Dachwohnungen müßten von der Baupolizei-Verwaltung in jeder nur denkbaren Form gestattet werden.

10. Da sich nicht jeder Keller zur Anlage von Wohnungen eignet, so wäre die Freigabe von Kellerwohnungen je nach den örtlichen Verhältnissen zu genehmigen.

11. Die Stockwerkshöhe der Wohnungen mit genügendem Licht- und Luftzufuhr könnte auf 2,50 m i. L. festgesetzt werden.

12. Die Bauordnungen wären so zu gestalten, daß ihre Vorschriften nach den zur Förderung von Kleinhaus-Siedlungen und Wohnungsbauten aufgestellten Vorschlägen vom 26. März 1917 eingerichtet und gemildert werden.

13. Die den Hausbesitz unnötig belastenden Steuern und Abgaben wären auf die Allgemeinheit abzuwälzen.

14. Die Mieten der Wohnhäuser wären so festzusetzen, daß neben der Verzinsung der Hypotheken, den Abgaben und Instandsetzungskosten wie der Verzinsung des eigenen Kapitals die Kosten für die Bemühungen des Besitzers mit 1 % gedeckt sind.

15. Wo wegen der Verteuerung der Baukosten eine Errichtung von Eigenhäusern mit Kleinwohnungen nicht angingig ist, kann die Errichtung von mehrgeschossigen Wohnungen, z. B. das Sechsfamilienhaus, empfohlen werden.

16. Nach Fertigstellung der Bauten müßte die Beleuchtung nach den zur Zeit geltenden Beleuchtungs-Grundsätzen auf 10 Jahre erfolgen. Die Gemeinde übernimmt für die 2. Stelle die Bürgerschaft und macht sich aus der Beleuchtung für ihre Aufwendung bezahlt; ebenso der Bauunternehmer. Den Ausfall der geleisteten Kosten zu dem Bau müßte das Reich ohne Anspruch auf Wiedergewährung tragen („Verlorene Bauzuschüsse“).

17. Die Umsatzsteuer bei Kauf und Verkäufen von Grundstücken, sowie die Stempelkosten, die jetzt etwa 3 bis 3½ % betragen, müßten auf 1 % ermäßigt werden. —

Ehrendoktoren technischer Hochschulen. Von der Technischen Hochschule Fridericiana in Karlsruhe ist dem Geh. Oberregierungsrat Dr. Viktor Schwoerer im badischen Ministerium des Kultus und Unterrichtes „in dankbarer Anerkennung der hervorragenden Verdienste um die Förderung der technischen Wissenschaften, die er sich durch seine Fürsorge für das Gedeihen der Fridericiana erworben hat“, die Würde eines Doktors-Ingenieurs ehrenhalber verliehen worden.

Schwoerer, den bereits die Universitäten Heidelberg und Freiburg zu ihrem Ehrendoktor ernannt haben, hat für die Entwicklung der badischen Hochschulen Außerordentliches geleistet und an der Blüte des Geisteslebens in Baden hervorragenden Anteil genommen. —

Erst jetzt macht das Professoren-Kollegium der deutschen Technischen Hochschule in Prag einen Beschluß vom 29. Mai 1918 bekannt, nach welchem unter Anderem der frühere Zentraldirektor der Firma Ringhoffer in Smichow, Wenzel Eckert, der Ober-Ingenieur der Buschthradler Eisenbahn Ludwig Kohlfürst, hervorragend auf dem Gebiet des elektrischen Signalwesens, und der Architekt Hofrat Professor Friedrich Ohmann an der Akademie der bildenden Künste in Wien, der hervorragende Meister der Baukunst in Oesterreich, zu Ehrendoktoren der technischen Wissenschaften ernannt wurden. —

Ueber den Wiederaufbau des deutschen Wirtschaftslebens machen die Tageszeitungen Mitteilungen, denen wir, was die technischen Verwaltungen anbelangt, entnehmen, daß der preußische Minister der öffentlichen Arbeiten Aufträge für die Eisenbahn-Verwaltung erteilt hat, die sich auf über 3 Milliarden M. belaufen. Allein der Fahrzeug-Industrie sind Aufträge von etwa 1,5 Milliarden M. zugewiesen, die sich dezentralistisch über das Gebiet Preußens verteilen sollen. Die Eisenbahn-Verwaltung will 200 000 männliche Arbeitskräfte rasch wieder einstellen; 90 000 davon sollen allein für Reparaturarbeiten verwendet werden. Durch die Beschaffung von Material und Geräten werden zahlreiche Industrie- und Gewerbebezweige beschäftigt. Für Lieferungen dieser Art ist ½ Milliarde M. vorgesehen. Die im Bau befindlichen dritten und vierten Gleise und die in der Ausführung begriffenen Hochbauten sollen vollendet werden. Die Wasserbau-Verwaltung sieht Bauarbeiten im Betrag von 600 Mill. M. vor, die sich auf 3 Jahre verteilen, so daß jährlich 200 Mill. M. zur Verwendung kommen. 300 Mill. Mark sind für den Weiterbau des Mittelland-Kanales von Hannover über Peine ausgeworfen; die weiteren 300 Mill. M. sind für andere Arbeiten der Wasserbau-Verwaltung bestimmt, unter anderem auch für die Vergrößerung der Kanäle zur Aufnahme von 1000-Tonnen-Schiffen anstelle der bisherigen 600-Tonnen-Kähne. Zur möglichst schnellen Unterbringung der Bauarbeiter, für welche die Achtstundenschicht eingeführt wird, sollen die Aufträge nicht im Wege der Verdingung, sondern unmittelbar an bewährte Firmen vergeben werden. In den Werkstatt-Betrieben werden an die Stelle der bisherigen einzigen Neunstundenschicht zwei oder drei Schichten von je acht Stunden treten, wodurch Arbeitskräfte und Arbeitsstunden vermehrt werden. —

Ein zweites Winter-Semester. Wir hatten auf S. 475 im Anschluß an eine Mitteilung über die Tätigkeit der Technischen Hochschule in Darmstadt auf die in der „Frankf. Ztg.“ nach unserer Meinung beachtenswerte Anregung hingewiesen, den aus dem Feld heimkehrenden Studierenden die durch den Krieg verursachten Zeitverluste wenigstens teilweise dadurch wieder einzubringen, daß das laufende Winter-Semester vor Weihnachten geschlossen und unmittelbar nach Dreikönig ein neues bis 15. April währendes Winter-Semester als volles Studienhalbjahr eröffnet wird. Der Vorschlag wurde als so natürlich betrachtet, daß die

Universität Freiburg ihn, wie gemeldet wird, schon vorher zum Beschluß erheben und entsprechenden Antrag beim Unterrichts-Ministerium gestellt hatte. Da jedoch die Universität Heidelberg der Anregung nicht folgte, so versagte ihr auch das Ministerium die Genehmigung. Wir glauben, mit Unrecht, obwohl die Gründe uns nicht bekannt sind. Die Angelegenheit ist für den weitaus größten Teil, vielleicht ¾ der deutschen Studentenschaft, so wichtig, daß äußerliche Gründe wie etwa Kohlenmangel, ihm gegenüber nicht ins Gewicht fallen dürfen. Und was für die Universitäten gilt, läßt sich auch für die technischen Hochschulen geltend machen. Nach den jetzigen Anordnungen schließt das Winter-Semester am 1. Febr. 1919. Dann folgen 3 Monate ungenützter Ferien. Die vom Heer Entlassenen treten, wenn sie jetzt die Hochschule beziehen, in laufende Vorlesungen und Übungen ein; sie verlieren den Zusammenhang, um bereits nach 3 Wochen überhaupt mit dem Studium aufhören zu müssen und das Wenige, was sie gelernt haben, in der langen folgenden Ferienzeit wieder zu vergessen, um im Sommer-Semester aufs Neue zu beginnen. Die Studierenden haben also nicht nur keinen Gewinn, sondern 4 Monate Zeitverlust. Nun hat man als Ersatz Ferienkurse vorgeschlagen. Diese aber werden bei der doppelten Friedensziffer der Studierenden, die erwartet wird, für unmöglich gehalten und dürften den Studierenden wohl auch nicht angerechnet werden, was aber bei einem zweiten Winter-Semester der Fall sein könnte. Es wäre daher der Gedanke eines solchen doch eingehend zu erwägen. Freilich entsteht dadurch den Hochschullehrern eine nicht unerhebliche Mehrbelastung. Da diese aber auch in den Ferien nicht untätig zu bleiben pflegen, so wird es Mittel und Wege geben, sie für die erhöhte Tätigkeit zu entschädigen. Das zweite Winter-Semester aber sollte bald allgemein zur Wirklichkeit werden. Die Technische Hochschule in Charlottenburg läßt am 1. Febr. 1919 dem bisherigen Wintersemester ein zweites folgen.

Kleinwohnungen in Bayern. In der „Zeitschrift des kgl. Bayerischen Statistischen Landesamtes“ veröffentlicht der Präsident dieses Amtes, Dr. Friedr. Zahn, das Ergebnis einer Zählung der Kleinwohnungen — nicht mehr als 3 Zimmer, Küche und Zubehör — in Bayern. Kammern, Alkoven und ähnliche Räume blieben unberücksichtigt.

Die Zählung erstreckte sich auf 148 Gemeinden, davon 66 mit mehr als 5000 Einwohnern. Es wurden 502 623 Kleinwohnungen gezählt, davon entfielen auf Oberbayern 159 148, es folgen Mittelfranken mit 111 092, die Pfalz mit 63 680, Schwaben mit 51 112, Oberfranken mit 38 333, die Oberpfalz mit 32 108, Unterfranken mit 26 856 und Niederbayern mit 20 294 Kleinwohnungen. Es ist für die Wohnungsverhältnisse in Bayern kein ungünstiges Zeichen, daß von allen Kleinwohnungen die mit 2 Zimmern und Küche und die mit 3 Zimmern und Küche 55 % aller Kleinwohnungen ausmachen. Es gibt in Bayern Zweizimmerwohnungen mit Küche 150 443, Dreizimmerwohnungen mit Küche 126 217, Einzimmerwohnungen mit Küche 84 778, Wohnungen mit 2 Zimmern ohne Küche 67 564, Einzimmerwohnungen ohne Küche 52 580, Dreizimmerwohnungen ohne Küche 18 983 und endlich Wohnungen, die nur aus einer Küche bestehen 2058, das sind 0,4 % aller Kleinwohnungen des Königreiches.

Das armseligste Wohnungsverhältnis ist unstreitig lediglich die Küchenwohnung, sie findet sich fast garnicht in Mittelfranken, spärlich in Unter- und Oberfranken, gering in der Pfalz und in Schwaben, mäßig in Ober- und Niederbayern, am reichlichsten in der Oberpfalz, wo 1,2 % aller Kleinwohnungen lediglich eine Küche sind. Die Oberpfalz hat die ungünstigsten Wohnungsverhältnisse in Bayern, die Einzimmerwohnungen ohne Küche machen 25 % aller oberpfälzischen Kleinwohnungen aus, die Zweizimmerwohnungen ohne Küche 18 %. Die Kleinwohnungsverhältnisse liegen am günstigsten in Schwaben; während Schwaben Küchenwohnungen nur 223 hat, weist es Einzimmerwohnungen ohne Küche schon 3706, Einzimmerwohnungen mit Küche bereits 10 195, Zweizimmerwohnungen mit Küche 2526, Zweizimmerwohnungen mit Küche 16 420, 3 Zimmer ohne Küche 930, 3 Zimmer mit Küche 17 112 auf. Das Günstigste (mit Küche) steigt mit der Zimmerzahl, das Ungünstigste (ohne Küche) nimmt mit steigender Zimmerzahl schnell ab. In Ober- und in Niederbayern haben ein Viertel aller Kleinwohnungen 2 Zimmer ohne Küche, ein keineswegs gesundes Verhältnis. In Mittelfranken sind von 111 092 Kleinwohnungen 33 778 Einzimmerwohnungen mit Küche, in Oberfranken und in der Oberpfalz besteht ein Fünftel lediglich aus 2 Zimmern ohne Küche, in Unterfranken sind von 26 856 Kleinwohnungen 11 169 Zweizimmerwohnungen mit Küche. In ganz Bayern sind die Dreizimmerwohnungen ohne Küche prozentual verschwindend,

Niederbayern hat mit 9,6 % die höchste Ziffer, Mittelfranken mit 0,6 % die niederste.

Daß Wohnungsnot in Bayern herrscht, bewies die Wohnungszählung im Mai, denn bei über ½ Million Kleinwohnungen standen am 16. Mai 1918 nur 3203 leer, vorübergehend anderweitig benützt waren nur 480, die übrigen 498 940 waren bewohnt.

In Oberbayern waren von allen 159 148 Kleinwohnungen bewohnt: 158 043, also 99,3 %, leer standen 1 044, also 0,7 %, anderweitig benützt waren 61. München hat 130 184 Kleinwohnungen, bleiben für das übrige Oberbayern nur 30 000. In Niederbayern wurden 20 294 Kleinwohnungen gezählt, von denen nur 125 leer standen. In der Pfalz ergab die Zählung 63 680 Kleinwohnungen, weitaus an der Spitze marschiert Ludwigshafen mit 16 744. In der Oberpfalz steht bei 32 103 Kleinwohnungen Regensburg mit 9 716 voran. Franken hat rund 177 000 Kleinwohnungen, in Oberfranken Bamberg 8909, Bayreuth 6569, Hof 8781, in Mittelfranken Nürnberg 71 310, Fürth 14 549, in Unterfranken Würzburg 13 380. In Schwaben kommen von 51 112 Kleinwohnungen auf Augsburg 30 810. —

Im Verkehr mit der Redaktion der „Deutschen Bauzeitung“ bitten wir Folgendes zu beachten: Die Aufnahme von Beiträgen unseres Arbeitsgebietes erfolgt entsprechend dem Raum der Zeitung und nur nach sachlicher Prüfung. Sämtliche Zusendungen erbitten wir ausschließlich „An die Redaktion der Deutschen Bauzeitung“, nicht an eine Person. Die Einsendung muß portofrei erfolgen; zur Rücksendung ist das entsprechende Porto beizulegen. Anfragen von allgemeinem Interesse werden im Briefkasten beantwortet, andere Anfragen unmittelbar. Wir bitten, auch hier für Rückfragen Porto beizulegen. Die Beantwortung erfolgt unentgeltlich, ist jedoch an den Nachweis des Bezuges der „Deutschen Bauzeitung“ geknüpft. Eine Verpflichtung zur Beantwortung können wir nicht übernehmen. —

Ein weiteres Stockwerk. Bezugnehmend auf die Mitteilung in No. 100 über: „Ein weiteres Stockwerk!“ erlaube ich mir darauf hinzuweisen, daß wir in Berlin an sehr verschiedenen Stellen bereits außer dem Erdgeschoß oder Untergeschoß fünf Stockwerke, im ganzen also sechs Wohnstockwerke übereinander besitzen. Ich erinnere nur an die meisten Wohnhäuser in der Lüneburger-Straße, sowie an die quer vor der Kessel-Straße liegenden Häuser in der Chaussee-Straße. Sogar in den Gebieten von Groß-Berlin, welche außerhalb der Ringbahn liegen und erst vor wenigen Jahren erbaut sind, finden sich Häuser mit sechs Stockwerken, obgleich eigentlich nur vier Stockwerke (Wohn-) nach der Bauordnung zulässig sind. Geschickte Anwendung der eigenartigen Bestimmungen der Bauordnung haben dieses Kunststück fertig gebracht. Ich erinnere dieserhalb an die Häuser in Friedenau in unmittelbarer Nähe des Personenbahnhofes Wilmersdorf-Friedenau. Auch in Steglitz besitzen wir Wohnhäuser, die fünf Wohngeschosse übereinander vermietet haben, obgleich eigentlich nur vier Wohngeschosse zulässig sind. Ist es aber ohne Beschwerden der Bewohner möglich, an einzelnen Gebäuden mehr Stockwerke für Wohnungszwecke zu benutzen, als nach der jetzigen Bauordnung von Rechtswegen zulässig ist, so liegt gar kein Grund vor, an allen Stellen, wo die Straßen breit genug sind, ebenfalls soviel Stockwerke einzurichten, als die Mauern zu tragen fähig sind. — K. Dümmler.

Haus für alleinstehende Frauen in Kopenhagen. Die Frauenbewegung in der dänischen Hauptstadt erstrebt, veranlaßt durch die starke Wohnungsnot in Kopenhagen, ein Haus für alleinstehende Frauen, die dem Erwerb nachgehen müssen, in dem sie zu einem nicht viel höheren Preis als für ein möbliertes Zimmer alle zeitgemäße Behaglichkeit finden. Mit einem Grundkapital von 100 000 Kronen wurde eine Gesellschaft gegründet und von der Stadt ein 3000 qm großes Grundstück gekauft. Hier soll ein Gebäude entstehen, das außer den nötigen Wirtschafts-Räumen usw. 140 Wohnungen umfassen wird. Jede Bewohnerin erhält eine Wohnstube mit Alkoven, Korridor, Teeküche und Abort. Einige Wohnungen sind auch mit Brausebad versehen; für die übrigen stehen sechs Badezimmer im Dachgeschoß zur Verfügung. Sämtliche Wohnungen haben Wasser, Gas und elektrisches Licht, Personen- wie Speiseaufzug. Die Mieterinnen können volle Verpflegung erhalten, die bis zu ihrer Teeküche gebracht wird. Weiter sind Bodenkammer und Räume für die Fahrräder im Keller vorgesehen. Das Haus erhält Zentralheizung. Im obersten Geschoß liegen eine Reihe von Gastzimmern, wo die Mieterinnen Besuch empfangen können. Der Bau ist auf 1½ Mill. Kronen berechnet, wird aber 10 % teurer werden. Staat und Stadt geben Zuschüsse, die 20 % der Eigentumsschuld ausmachen; ferner wurde Steuerermäßigung auf zehn Jahre

erlangt und schließlich übernimmt die Gemeinde Gewähr für den Betrag, der über die 100 000 Kronen Grundkapital hinaus etwa nicht gedeckt werden sollte. Die Mieterinnen müssen einen Anteil zeichnen, der zwischen 500 und 100 Kronen schwankt und verzinst wird. Nach der vorläufigen Berechnung werden die Wohnungen 25—45 Kronen für den Monat kosten. —

Umgestaltung des öffentlichen Hochbauwesens in Deutsch-Oesterreich. Wir lesen in deutsch-österreichischen Blättern: „Staatssekretär Zerdik empfing heute eine Deputation der Wiener Architektenschaft, und zwar die Oberbauräte Helmer und v. Gotthilf, Architekt Theis und Baurat Keller. Die Wünsche für die notwendige Umgestaltung des öffentlichen Hochbauwesens wurden vom Staatssekretär mit Interesse angehört und es werden in gemeinsamen Beratungen zwischen dem Staatsamt für öffentliche Arbeiten und den Privatarchitekten in nächster Zeit die Richtlinien für die Umgestaltung festgelegt werden.“ —

Rechtsfragen.

Die Herstellung von Bauwerken und die Waren-Umsatzsteuer? Die Waren-Umsatzsteuer wird außer von den reinen Warenlieferungen (entgeltlicher Uebertragung beweglicher Sachen) nach der Bestimmung des Gesetzes auch von Lieferungen aus Werkverträgen erhoben. Das Reichsgericht hatte sich nun mit der grundsätzlich bedeutungsvollen Frage zu befassen, ob auch die Herstellung von Bauwerken auf fremden Grundstücken der Waren-Umsatzsteuer unterliegt. Das ist verneint worden. Es handelt sich bei dem interessanten Streitfall um Folgendes:

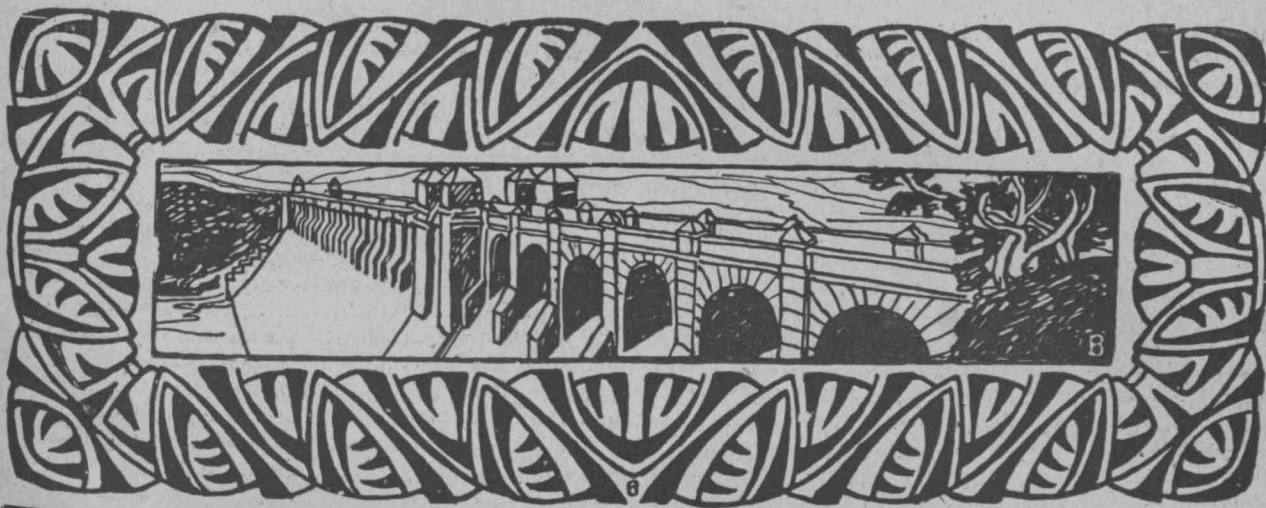
Die „Aktiengesellschaft für Beton- und Monierbau“ in Berlin stellt in ihrem Gewerbebetrieb auf Bestellung auf fremden Grundstücken Bauten aus Beton her, was bekanntlich in der Weise geschieht, daß auf dem Baugrundstück zunächst Formkästen aus Holz aufgestellt werden, die mit der Betonmasse (Sand, Zement, Steinschlag) gefüllt werden. Nach Erhärtung der Masse werden die Holzverschlüsse dann entfernt und es ist nun ein mit dem Boden des Grundstückes fest verbundenes Bauwerk vorhanden. Für diese auf Grund von Werkverträgen erfolgten Leistungen hat die Steuerbehörde von der Aktiengesellschaft eine Waren-Umsatzsteuer erhoben. Die Aktiengesellschaft hält das für unberechtigt und hat deshalb gegen den preußischen Steuerfiskus Klage auf Rückzahlung der Steuer (es handelt sich um einen Betrag von 1062 M.) angestrengt. Sie meint, das Waren-Umsatzsteuer-Gesetz habe mit den „Lieferungen aus Werkverträgen“ nur solche Verträge treffen wollen, die einen dem Kauf beweglicher Sachen ähnlichen Inhalt haben; hier aber finde nicht eine Uebergabe beweglicher Sachen an den Besteller statt, sondern das Eigentum an dem hergestellten Bauwerk gehe schon kraft Gesetzes in das Eigentum des Grundstücksbesitzers über, weil Gebäude, als mit dem Grund und Boden fest verbundene Sachen, wesentliche Bestandteile des Grundstückes sind.

Das Landgericht I Berlin und ebenso das Kammergericht haben die Klage abgewiesen. In Übereinstimmung mit den vom Bundesrat erlassenen Ausführungsbestimmungen zum Waren-Umsatzsteuer-Gesetz meint das Kammergericht, daß das Gesetz nicht nur auf Werklieferungsverträge, sondern auch auf Werkverträge der vorliegenden Art, auf die Herstellung von Bauten auf fremden Grundstücken Anwendung finde. Hiergegen legte die Klägerin Revision ein, mit der sie geltend machte: die Herstellung eines fertigen Bauwerkes könne nicht als „Lieferung“ bezeichnet werden; es könne nach dem Wortlaut des Gesetzes nicht zweifelhaft sein, daß unter Lieferung nur die körperliche Uebergabe beweglicher Sachen gemeint sei; von einer Uebergabe könne aber hier nicht gesprochen werden, weil das Bauwerk schon kraft gesetzlicher Bestimmung, also ohne Uebergabe, fortschreitend in dem Maß Eigentum des Bestellers (des Grundstücksbesitzers) werde, als die Betonmasse erhärte und dadurch mit dem Grund und Boden des Grundstückes fest verbunden werde. — Das Reichsgericht gab der Revision statt: es hat das Urteil des Kammergerichtes aufgehoben und den Fiskus zur Rückzahlung der erhobenen Waren-Umsatzsteuer verurteilt. (Aktenzeichen: VII. 226/18. — Urteil des Reichsgerichtes v. 12. Nov. 1918.) — K. M.-L.

Inhalt: Die evangelische Johannes-Kirche in Berlin-Lichterfelde. — Entwurf zu einer Einheits-Bauordnung für den preußischen Staat. — Vermischtes. — Rechtsfragen. —

Bildbeil.: Die evang. Johannes-Kirche in Berlin-Lichterfelde.

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H., in Berlin. Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann in Berlin. Buchdruckerei Gustav Schenck Nachf. P. M. Weber in Berlin.



DEUTSCHE BAUZEITUNG

52. JAHRGANG. N^o 104. BERLIN, DEN 28. DEZEMBER 1918

REDAKTEURE: ALBERT HOFMANN, ARCHITEKT, UND FRITZ EISELEN, INGENIEUR

Das Badische Murgwerk.

Von Ober-Baurat Otto Hauger in Karlsruhe i. B. (Schluß aus No. 100.) Hierzu eine Bildbeilage.



ezüglich des im Murgwerk erzielten Gefälles und der möglichen Kraftleistung ist zu erwähnen: Vom gefüllten Sammelbecken (+ 447 m) bis zum Wasserspiegel oberhalb der Meßschleuse im Unterwasserkanal des Niederdruckwerkes (+ 291,4 m) ist ein Rohgefälle von 155,6 m vorhanden, der Verlust an Ge-

fälle bei vollem Betrieb ist im Ganzen zu 6,4 m berechnet, sodaß sich ein größtes Nutzgefälle von 149,2 m ergibt. Ist das Sammelbecken um 5,7 m auf den zulässigen, niedersten Stand von + 441,3 m abgearbeitet, so ermäßigt sich das Nutzgefälle auf 143,5 m. Ist gleichzeitig auch das Ausgleichbecken auf + 294,4 m abgesenkt, so geht noch das Gefälle zwischen dem Wasserspiegel im Unterwasserkanal des Haupt-Kraftwerkes (+ 298 m) und des Ausgleichbeckens mit 3,6 m verloren, sodaß dann nur noch ein Nutzgefälle von 139,9 m vorhanden ist. Im Mittel kann aber mit einem Nutzgefälle von 147 m gerechnet werden, da ein Gefällverlust im Ausgleichbecken nur selten eintreten wird und das Sammelbecken möglichst gefüllt gehalten wird. Die größte im regelmäßigen Betrieb zu verarbeitende Wassermenge beträgt 17,5 cbm/Sek., die größte Kraftleistung hiernach bei mittlerem Gefälle rd. 29 000 PS. Hierfür reichen vier Turbinen des Hauptkraftwerkes und die zwei Zwillings-turbinen im Niederdruckwerk aus; die fünfte Hauptturbine kann in Reserve stehen. Nur bei reichlichem Wasserzufluß und großem Kraftverbrauch soll auch die Reserveturbine mitlaufen und Wasser bis zu 20 cbm/Sek. verarbeitet werden, sodaß die Leistung des Werkes vorübergehend auf 33 000 PS. gesteigert werden kann.

Diese Leistungen können indes nur bei entsprechender Wasserführung der Murg erzielt werden. In der Regel ist die Leistung wesentlich geringer, ja sie sinkt bei Niederwasser oder bei allerdings sehr selten eintretender Wasserklemme der Murg so weit herab, daß zeitweise eine Ersatzkraft eintreten muß, um die Kraftmengen tatsächlich liefern zu können, die nach dem aufgestellten Betriebsplan, der dem mutmaßlichen Kraftbedarf des Versorgungsgebietes in den verschiedenen Jahres- und Tageszeiten angepaßt ist, verlangt werden. Diejenige Kraft, die hiernach jederzeit geliefert werden kann, wird als ständige Kraft bezeichnet; daneben werden aber bei günstigen Wasserständen der

Murg noch zeitweise erhebliche sogenannte unständige Wasserkräfte gewonnen. Mit Hilfe des Sammelbeckens ist es aber möglich, den Betrieb so zu führen, daß die volle Spitzenarbeit stets vom Murgwerk allein geleistet werden kann. Die Aushilfe anderer Werke fällt daher in die Tagesstunden, in denen diese selbst nicht voll belastet sind, was die Beschaffung dieses Ersatzstromes sehr erleichtert. Nach den vorliegenden Wassermessungen, die bis 1893 zurück reichen, können unter Zugrundelegung des erwähnten Betriebsplanes 40 bis 49,7 Mill. Kilowattstunden Energie erzeugt werden, je nach der Wasserführung der Murg in dem betreffenden Jahr. Im Jahresmittel ergeben sich 45,3 Mill. Kw.-St., die sich niederspannungsseitig unter Berücksichtigung der Spannungsverluste auf 40,8 Mill. Kw.-St. ermäßigen. Um diese Kräfte auch jederzeit dem Betriebsplan entsprechend liefern zu können, ist in wasserarmen Zeiten Ersatzkraft nötig, die in den einzelnen Jahren zwischen 0,8 und 9,5 Mill. Kw.-St. schwankt und im Jahresmittel 4,74 Mill. Kw.-St. beträgt, um die sich aber die Gesamtleistung erhöht. Von der Anlage eigener Dampferreserven wurde abgesehen, da die Ersatzkraft von bestehenden Werken gestellt werden kann. In erster Reihe kommt hierfür das Pfalzwerk in Frage, das mit dem Murgwerk durch eine Fernleitung zusammengeschlossen ist.

Außer diesen ständigen Kräften kann das Murgwerk im Jahresmittel noch 13,3 Mill. Kw.-St., oder nach Abzug der Transformierungs- und Leitungsverluste noch 12 Millionen Kw.-St. unständige Kräfte von mindestens sechstägiger Dauer erzeugen, die zu einem ermäßigten Preis abgegeben werden können. Die Gewinnung von unständigen Kräften wird durch Ausnutzung von kürzeren Anschwellungen aber voraussichtlich noch erheblich gesteigert werden können; auch ist eine Ueberführung von jetzt als unständig bezeichneten Kräften in ständige möglich, wenn die hierfür erforderliche größere Ersatzkraft leicht beschafft werden kann.

Bei weiterem Kraftbedarf kommt, wie schon früher erwähnt, die obere Druckstufe als zweiter Ausbau zur Ausführung. Hierüber soll nur kurz das Ergebnis der angestellten eingehenden Untersuchungen mitgeteilt werden:

Die obere Druckstufe dient zur Ausnutzung des gestauten Wassers der Raumünzach und des Schwarzenbaches. Im oberen Lauf dieser Bäche finden sich geeignete Stellen zur Anlage von Talsperren. Hier kön-

nen Becken errichtet werden, die einen Ausgleich des gesamten Zuflusses über mehrere Jahre hinweg ermöglichen, im Gegensatz zu dem Sammelbecken in der Murg unterhalb der Landesgrenze, das nur dem Tagesausgleich dient.

Die eine Talsperre soll im Schwarzenbachtal bei Schäfergrub erbaut werden. Die Sperrmauer wird ohne Fundament 44,5 m hoch und oben 350 m lang. Der höchste Stauspiegel liegt auf + 660,5 m, also um 213,5 m höher als der des Sammelbeckens. Der nutzbare Fassungsraum beträgt 10,6 Mill. cbm, die überstaute Fläche 56 ha und das Einzugsgebiet 23 qkm.

Die zweite Talsperre wird im Raumünzachtal unterhalb Hundsbach angelegt. Die Sperrmauer wird 57 m hoch und in der Krone 365 m lang. Der höchste Stauspiegel liegt wie beim Schwarzenbach-Becken auf + 660,5 m. Der nutzbare Fassungsraum ist hier 15 Millionen cbm, überstaute werden 14 ha. Das Einzugsgebiet umfaßt 28 qkm. Die beiden Sperrmauern können auf Granit gegründet werden. Beide Staubecken werden durch einen 4,3 km langen Stollen von 4,15 qm Querschnitt mit einander verbunden, sodaß jederzeit ein Ausgleich des Wasservorrates beider Becken eintreten kann. Vom Schwarzenbach-Becken führt ein 1,4 km langer Druckstollen von ebenfalls 4,15 qm Querschnitt nach der Lindenthalde, wo, 200 m über dem für die untere Druckstufe erbauten, ein zweites Wasserschloß für die obere Druckstufe errichtet wird. Mit Rücksicht auf die großen Wasserabsenkungen in den Staubecken und zur Ausgleichung der Wasserschwankungen bei plötzlichem Öffnen oder Schließen der Zuleitungen zu den Turbinen muß dieses Wasserschloß, das wie das untere in den Berg eingebaut wird, eine Höhe von 50 m erhalten, als lichte Weite genügen jedoch hier 8—9 m. Vom Wasserschloß führen auch hier zwei Rohrleitungen, jedoch nur von 1,3—1,1 m Weite, nach dem Krafthaus. Der Rohrgraben ist vom unteren Wasserschloß aus schon in einer Breite hergestellt, daß auch diese Rohre in ihm verlegt werden können; auch ist unten das Wasserschloß soweit seitlich verschoben, daß die Seilbahn später in gerader Richtung bis zum oberen Wasserschloß verlängert werden kann. Die beiden gewölbten Brücken im Zug der Landstraße und des Kapellenweges sind sogar so weit gespannt, daß nötigenfalls sechs Rohre, also auch noch zwei weitere für einen dritten Ausbau unter diesen hindurch geführt werden können. Ebenso ist der Platz zwischen Krafthaus und Murg für sechs Verteil-Leitungen ausreichend. Das in der oberen Druckstufe gewonnene nutzbare Gefälle beträgt im Mittel 345 m. Zur Aufstellung kommen Pelton-Turbinen mit einer größten Gesamtleistung von 30 000 PS, mit denen die Drehstrom-Generatoren von 10 000 Volt Spannung unmittelbar gekuppelt sind. Das Krafthaus, das im ersten Ausbau gegen Forbach hin nur einen behelfswaisen Abschluß erhalten hat, wird um so viel verlängert, daß die neuen Turbinen und Generatoren Aufstellung finden können. Die gewonnene Kraft wird mittels Kabel in das bestehende Schalt- und Transformatornhaus geführt, das erforderlichen Falles ebenfalls verlängert werden kann. Der Querschnitt der Fernleitungen ist so groß, daß er auch für den zweiten Ausbau ausreicht. Die Energielieferung des Murgwerkes an ständiger Kraft wird durch den zweiten Ausbau auf 87 Mill. Kw.-St. erhöht; doch auch hier wird voraussichtlich eine weitere Steigerung möglich sein.

Eine weitere Ausdehnung des Murgwerkes ist noch durch Einbeziehung des württembergischen Murggebietes als dritter Ausbau möglich. Für eine wirtschaftliche Ausnutzung des württembergischen Gebietes für sich allein liegen die Verhältnisse sehr ungünstig. Auf die Möglichkeit, die untere Druckstufe durch Fassung der Murg hinter Schönmünzach, etwa 400 m oberhalb der Einmündung der Schönmünzach in die Murg, zu erweitern, wodurch außer einem etwas größeren Sammelbecken ein weiteres Gefälle von 19 m in der unteren Druckstufe gewonnen worden wären, oder hier eine große Talsperre zu errichten, mußte verzichtet

werden, da der Kraftgewinn in keinem Verhältnis zu den auftretenden Schwierigkeiten stand. Dagegen haben die eingehenden Untersuchungen ergeben, daß ein Anschluß des württembergischen Gebietes an die obere Druckstufe möglich und zweckentsprechend erscheint. Als vorteilhafteste Lösung ergab sich hierfür ein großes Staubecken im obersten Lauf der Murg bei Obertal. Hier kann durch eine Staumauer, die aber eine Höhe von 71 m erhalten müßte, ein Becken von 90 Mill. cbm Fassungsraum geschaffen werden, in das auch die Seitenbäche der Murg eingeleitet werden können. Dieses Becken kann durch einen allerdings 9775 m langen Stollen von 5,6 qm Querschnitt, dem auch die Schönmünzach und der Langenbach bei deren Talkreuzung zugeführt werden, mit dem badischen Raumünzach-Becken verbunden werden. Die Errichtung und der spätere Anschluß eines weiteren Beckens im Langenbachtal wurden ebenfalls geprüft und die Möglichkeit hierfür gewahrt. Da die Sohle des Raumünzach-Beckens aber um 19 m, die des Schwarzenbach-Beckens sogar um 30,5 m höher liegt als die des Obertal-Beckens, können vom Fassungsraum des letzteren nur 74,4 cbm in Verbindung mit dem bauseichen Becken zur Kraftgewinnung verwertet werden; der Rest bleibt unbenutzt, wenn man nicht, wie das beim Klöntaler See für das Löntschwerk geschieht, das unter dem Stollen-Einlauf verbleibende Wasser auf diese Höhe hochpumpen will. Ob man je dazu schreiten wird, ist fraglich, da der nutzbare Fassungsraum des Schwarzenbach-, Raumünzach- und Obertal-Beckens mit zusammen 100 Mill. cbm für den Wasserausgleich im Allgemeinen ausreichen wird. Der höchste Wasserspiegel des Obertal-Beckens ist auf + 655 m, also um 5,5 m tiefer angenommen, als die der beiden badischen Becken. Da sämtliche Becken aber durch Stollen miteinander verbunden sind, muß bei steigendem Wasser das württembergische Becken gegen die badischen kurz vor Erreichung dieser Höhe abgeschlossen werden, um Wasserverlusten vorzubeugen. Um aber das Obertal-Becken im Anschluß an das Murgwerk bis zu 74,4 Mill. cbm ausnutzen zu können, muß der Stollen der oberen Druckstufe des badischen Werkes um 3 m tiefer gelegt werden, als das sonst nötig wäre, und einen Querschnitt von 5,6 qm statt nur 4,15 qm erhalten. Bei dieser Höhenlage des Stollens kann dann das Raumünzach-Becken noch als Ausgleichbecken für das Werk dienen. Dieses unmittelbar aus dem nahezu 16 km entfernten Obertal-Becken zu speisen, ist praktisch ausgeschlossen. Außerdem muß, um Betriebsunterbrechungen nach Möglichkeit vorzubeugen, vom Raumünzach-Becken aus noch ein zweiter Stollen von ebenfalls 5,6 qm Querschnitt mit besonderem Wasserschloß in Verbindung mit dem geplanten oberen Wasserschloß erstellt und die Zahl oder die Leistungsfähigkeit der Druckrohrleitung und der Maschinensätze entsprechend größer gewählt werden, wofür jetzt schon Platz vorgesehen ist. Die mittlere Jahresleistung könnte durch Einbeziehung des württembergischen Gebietes auf 129,6 Millionen Kw.-St. gesteigert werden, der Betrieb ist aber nicht mehr so einfach, wie beim badischen Murgwerk.

Ueber den Bau und den Betrieb des Murgwerkes durch den badischen Staat wurde am 5. Dez. 1912 ein Gesetz erlassen, wonach das Murgwerk als ausgeschiedener Verwaltungszweig zu behandeln ist und die gewonnene elektrische Energie zu tunlichst billigen Preisen an die Verbraucher abgegeben werden soll. Aus den Einnahmen sind zunächst die laufenden Betriebskosten, die Rücklagen in den Erneuerungsfond und die Verzinsung und Tilgung des Anlagekapitales zu bestreiten, etwaige weitere Ueberschüsse sind dem Reservefond zuzuführen.

Der Erneuerungsfonds dient zur Bestreitung der Ausgaben für Erneuerung der einer Abnutzung unterworfenen Teile des Murgwerkes. Im Fall vorzeitig infolge höherer Gewalt oder eines Betriebsunfalles eintretender Erneuerung darf der Fonds bis zu dem Betrag in Anspruch genommen werden, der ihm für die zu er-

neuernden Teile bis dahin schon zugeflossen ist. Dem Erneuerungsfonds sind die Erlöse aus den abgängigen Materialien, die reinen Zinserträge des Fonds und alljährlichen Rücklagen zuzuführen. Diese jährlichen Rücklagen erfolgen nach Einheitssätzen, die auf Grund der erfahrungsmäßigen Nutzungsdauer der verschiedenen Werkteile und den mutmaßlichen Gestehungskosten im Zeitpunkt der Erneuerung ermittelt sind. Die derzeitigen Sätze sind festgesetzt zu: 0,1 % für die Tiefbauten, 0,3 % für die Hochbauten, 1,5 % für die Rohrleitungen und die elektrischen Leitungen mit Ausnahme der Leitungsseile, 3 % für die maschinellen und elektrischen Einrichtungen und 5 % für die Leitungsseile und die Fernsprechanlage. Erfahren die Grundlagen, auf denen diese Einheitssätze ermittelt sind, im Lauf der Zeit wesentliche Änderungen, so werden die Einheitssätze neu gebildet.

Das Anlagekapital ist in den ersten fünf Betriebsjahren mit $\frac{1}{4}$ und von da ab mit 1 % des zu Beginn des Kalenderjahres sich ergebenden Gesamtanlagekapitales unter Zurechnung der ersparten Zinsen zu tilgen.

Der Reservefonds ist bestimmt zur Deckung des Fehlbetrages, der entsteht, wenn die Betriebseinnahmen zur Bestreitung der Betriebsausgaben und der Rücklagen in den Erneuerungsfonds und zur Verzinsung und Tilgung des Anlagekapitales nicht ausreichen; sodann aber auch zur Bestreitung von Ausgaben, die durch außergewöhnliche Ereignisse oder größere Betriebsunfälle hervorgerufen sind. Er soll bis auf 10 % des Anlagekapitales gebracht werden. Bis zur Erreichung dieses Höchstbetrages werden ihm alljährlich die Betriebsüberschüsse, über die nach Vorstehendem noch nicht verfügt ist, sowie die Zinserträge aus den angelegten Beständen des Fonds zugeführt. Ergeben sich über die volle Auffüllung des Reservefonds hinaus noch weitere Betriebsüberschüsse, so sollen diese zur verstärkten Tilgung des Anlagekapitales oder zur entsprechenden Ermäßigung der Preise für die vom Murgwerk erzeugte elektrische Kraft verwendet werden.

Der Bau des Murgwerkes wurde Ende 1913 eingeleitet. Da umfangreiche Einrichtungen und Kraftanlagen für den Baubetrieb erstellt werden mußten, konnte mit dem eigentlichen Bau erst im Frühjahr 1914 begonnen werden. Für Vollendung und Inbetriebnahme des Werkes war der Spätsommer 1916 in Aussicht genommen. Infolge des Krieges trat aber eine so wesentliche Verzögerung aller Arbeiten und Lieferungen ein, daß die Inbetriebnahme des Hauptwerkes erst jetzt erfolgen konnte; während das kleine Niederdruckwerk schon seit einem Jahr betrieben wird und Strom zu Bauzwecken und an Abnehmer im Murgtal liefert.

Vermischtes.

Ein zweites Winter-Semester. Auf S. 487 in No. 102 und 103 konnten wir mitteilen, daß die Technische Hochschule in Charlottenburg nach Schluß des laufenden Winter-Semesters ein zweites Winter-Semester zwischen Januar und dem kommenden Sommer-Semester eingeschoben habe, das als volles Semester gerechnet wird. Das Gleiche wird von der Technischen Hochschule in Dresden berichtet, die sich entschlossen hat, für die aus dem Feld heimkehrenden Studierenden ein Zwischensemester einzurichten, das vom 3. Febr. bis 10. Mai dauert und gleichfalls als Vollsemester in Anrechnung gebracht wird. Die Osterferien werden auf 7 Tage, von 17. bis mit 23. April 1919 beschränkt. Auf das Zwischensemester folgen Ferien von 14 Tagen, nach welchen das Sommer-Semester am 26. Mai beginnt und bis 16. Aug. 1919 dauert. Wie es scheint, hat in Baden die Universität Heidelberg ihren Widerspruch gegen ein Zwischensemester fallen gelassen, denn es wird berichtet, die beiden Landes-Universitäten Heidelberg und Freiburg hätten sich entschlossen, zwischen das laufende Winterhalbjahr und das kommende Sommer-Semester ein Kriegsnotsemester einzuschieben, das am 25. Januar 1919 beginnt, nachdem das laufende Semester am 21. Januar geschlossen werde. Dieses Notsemester, das den Studierenden jedoch den Studienbetrieb eines geordneten Semesters bieten soll, schließt am 16. April. Von der Technischen Hochschule in Karlsruhe ist uns Ähnliches

Wenn die Arbeiten nach Kriegsausbruch auch nur kurze Zeit ganz eingestellt waren, so ergaben sich doch in der Folgezeit große Schwierigkeiten in der Beschaffung der Arbeiter, namentlich von gewandten Fachleuten, und es traten häufiger Wechsel und eine verminderte Leistungsfähigkeit derselben ein; hinzu kamen die Erschwernisse, die der Mangel und die Knappheit an manchen Bau- und Betriebsstoffen mit sich brachte und die Schwierigkeiten in der Beifuhr aller nötigen Stoffe, Maschinenteile und sonstigen Einrichtungen. Diese Umstände und die bedeutende Steigerung der Löhne und der Preise fast aller Betriebsmittel, Bau- und Rohstoffe verursachten auch eine ganz erhebliche Steigerung des Kostenaufwandes. Während im Kostenanschlag von 1912 für den I. Ausbau nur 12,2 Mill. M. vorgesehen waren, beläuft sich nunmehr der Gesamtaufwand auf rd. 23 Millionen M. Hiervon entfallen etwa 16,3 Mill. M. auf die Erzeugung der elektrischen Energie in 100 000 Volt-Spannung, also einschließlich der Schalt- und Transformatoren-Anlage in Forbach, und 6,7 Mill. auf deren Verteilung, also auf die Fernleitung von Forbach nach den Schalt- und Transformatoren-Anlagen bei Karlsruhe und Mannheim einschließlich dieser Anlagen und der Verbindungsleitung mit dem Pfalzwerk bis Mitte Rhein.

Mit dem Bau des Verteilungsnetzes und der Abgabe der elektrischen Energie an den Einzelabnehmer befaßt sich der Staat nicht selbst, sondern er gibt den Strom in den drei Schalthäusern bei Forbach, Karlsruhe und Mannheim in 20 000 Volt-Spannung an Großabnehmer ab, die die Verteilung und den Verkauf des Stromes auf eigene Rechnung besorgen. Diese Großabnehmer sind die badische Eisenbahnverwaltung, die etwa $\frac{1}{4}$ — $\frac{1}{3}$ des erzeugten Stromes zum Betrieb ihrer maschinellen Einrichtungen und zum Zweck der Beleuchtung — nicht aber für elektrischen Bahnbetrieb — bezieht, sodann die „Mittelbadische Bahn- und Elektrizitätsgesellschaft“ in Karlsruhe und die „Oberrheinische Eisenbahngesellschaft“ in Mannheim. Ueber den Bau und die Ausdehnung des Versorgungsnetzes und über die Bedingungen, unter denen diese Gesellschaften die elektrische Energie dem Einzelabnehmer zu liefern haben, sind Vereinbarungen mit der Staatsverwaltung getroffen.

Wenn der ganze Wert des Murgwerkes, das als erstes seiner Art in Deutschland zur Ausführung gekommen ist, auch erst unseren Nachkommen in vollem Maß zuteil werden wird, so kommt dem Werk doch gerade jetzt, in der Uebergangszeit, eine so große Bedeutung zu, daß das große Opfer, das der badische Staat mit dessen Bau während des Krieges gebracht hat, vollauf gerechtfertigt erscheint. —

noch nicht bekannt geworden; man darf aber annehmen, daß auch diese Hochschule den durch den Krieg geschaffenen Notwendigkeiten sich nicht verschließt. Im übrigen mehrten sich die technischen Hochschulen, die den Beschluß gefaßt haben, zwischen das laufende Winter- und das kommende Sommer-Semester ein zweites Winter-Semester einzuschieben. So macht auch die Technische Hochschule in Danzig bekannt, daß am 1. Februar 1919 ein zweites Winter-Semester mit dem gewöhnlichen Programm beginne. Außerdem werden Vorbereitungskurse zur Ueberleitung in den Hochschul-Unterricht und Wiederholungskurse nach Bedarf eingerichtet.

Auch die Technische Hochschule in Wien schaltet ein zweites Winter-Semester ein, das am 1. Febr. 1919 beginnt und am 31. März 1919 schließen soll. Dieses Winter-Semester bezweckt jedoch lediglich, den nachträglich eingeschriebenen Studenten den erforderlichen ergänzenden Unterricht zu bieten. —

Stadtbaudirektor von Zittau. Zum Stadtbaudirektor von Zittau, der schönen sächsischen Stadt an der böhmischen Grenze, wurde der Regierungsbaumeister beim Landbauamt II in Dresden, G. E. Dünge, gewählt. In Zittau ist ein eigenartiges, von der deutschen Renaissance und vom deutschen Barock beherrschtes Stadtbild zu erhalten, und seine zukünftige Entwicklung mit dem Ueberlieferten in harmonischen Einklang zu bringen. Für einen fein empfindenden Baukünstler ist die Stadt ein anregendes Arbeitsgebiet. —

Bund deutscher Regierungsbauführer und Baupraktikanten. Regierungsbauführer und Baupraktikanten aller Gauen Deutschlands! Die neue Zeit stellt uns vor neue Aufgaben! Ueber 4 Jahre haben wir mit unseren Volksgenossen für unser Vaterland gekämpft. Aus dem Felde zurückgekehrt, finden wir unsere Heimat elend und zersplittert vor. Aber neue Kräfte rüsten sich, um alle Gefahren und Hindernisse siegreich zu überwinden. Auch wir Regierungsbauführer und Baupraktikanten (Diplom-Ingenieure aller Fachrichtungen, die sich im staatlichen Ausbildungsdienst befinden) wollen hierbei nicht zurückstehen. Nicht Eigennutz, sondern die harte Notwendigkeit der augenblicklichen Verhältnisse hat zur Gründung des „Bundes deutscher Regierungsbauführer und Baupraktikanten“ geführt. Er will es sich zur heiligen Pflicht machen, unsere beruflichen und wirtschaftlichen Interessen im neuen Volksstaat tat- und ideenkräftig zu vertreten. Eile tut not. Wir rufen daher zur sofortigen Bildung von Ortsgruppen auf, damit wir uns als geschlossene Interessenten-Gemeinschaft in der schweren Zeit durchsetzen können.

Wir bitten zum Nutzen der Gesamtheit jeden Kollegen, der nicht ausdrücklich seinen Nichteintritt anzeigt, sich als Mitglied zu betrachten, und Mitteilungen über Bildung von Ortsgruppen und über Vorschläge zum weiteren Ausbau möglichst bald an den „Bund deutscher Regierungsbauführer und Baupraktikanten“, Berlin W. 66, Wilhelmstr. 92/93, Architektenhaus, zu richten.

Am Sonntag, den 19. Januar 1919, vormittags 10 Uhr findet im Sitzungssaal der Ministerial-Baukommission, Berlin NW., Invalidenstr. 52 die konstituierende Versammlung des Bundes statt.—

Der provisorische Ausschuß: Tietze, Helling, Diederichsen.

Die Betriebskosten der Heiz- und Kochanlagen in Kleinhäusern sind Gegenstand der Untersuchung einer sehr begrüßenswerten kleinen Schrift, die von der „Zentrale für das deutsche Ofensetzergerwerbe“ in München bei Albert Lüttke in Berlin SW. 29 herausgegeben wurde. Den Untersuchungen lag zugrunde ein Kleinhaus mit Wohnküche und Wohnzimmer im Erd-, sowie 2 Schlafzimmern im Obergeschoß. Alle Räume sollten unter normalen Verhältnissen ausreichend geheizt werden. Zur Heizung waren verwendet a) eine ausführlich beschriebene Kachelofen-Anlage zur zentralen Heizung der Wohnung von der Wohnküche aus; b) einzelne Kachelöfen in den 3 Zimmern und c) einzelne Eisenöfen in jedem Zimmer. Auch die Herde und Öfen der letzteren beiden Anlagen sind genau beschrieben. Die Anlagekosten betragen für a) die Zentral-Anlage 980 M., für b) die Anlage mit Einzelkachelöfen und Kachelherd 880 M. und für c) die Anlage mit einzelnen Eisenöfen und Eisenherd 700 M. Preise vom Oktober 1918. Bei Außentemperaturen von -10° bis $+14^{\circ}$ C., also $+2^{\circ}$ C. als Durchschnitt für die ganze Heizperiode, waren Raumtemperaturen vorausgesetzt von 20° C. täglich 14 Stunden in den Wohnküchen; 20° C. täglich 8 Stunden in den Wohnzimmern und 16° C. täglich 10 Stunden in den Schlafzimmern. Die jährlichen Betriebskosten setzen sich zusammen aus der jährlichen Abschreibungsquote zur Tilgung der Anlagekosten, den jährlichen Instandhaltungs-Ausgaben und der Summe der Verzinsung des Anlagekapitals. Die Lebensdauer der Zentralanlage und der Kachelöfen beträgt 30 Jahre, die der eisernen Herde und Öfen 8—15 Jahre. Die Instandhaltungskosten wurden für die Zentralanlage mit 1,5 % der Anlagekosten, für die Kachelöfen mit 2,5 % und für die eisernen Öfen mit 3,5 % jährlich ermittelt. Es ergaben sich nun als Vergleich der Betriebskosten der Heiz- und Kochanlage eines Kleinhauses mit 1 Wohnküche, 1 Wohnzimmer und 3 Schlafzimmern bei gleichem Brennstoff, der mit 3 M. für 50 kg angesetzt wurde: für die Zentral-Anlage 116,94 M. Brennstoffkosten und 90,46 M. Betriebskosten, zus. 207,40 M.; für die Kachelofenanlage 127,20 M. Brennstoffkosten und 91,09 M. Betriebskosten, zus. 218,29 M.; für die Eisenofenanlage 160,84 M. Brennstoffkosten und 114,33 M. Betriebskosten, zus. 275,17 M. Diese Zahlen sind außerordentlich interessant. Der auffallende Unterschied der Brennstoffkosten bei Kachel- und bei Eisenöfen ist in den verschiedenen Graden ihrer Wärmeausnutzung begründet. Sie beträgt 83—92 % bei Kachelöfen, wurde jedoch zu nur 75 % angenommen, und 60 % bei Eisenöfen. Der Vorteil der Zentralanlage springt in jeder Weise in die Augen. Es wäre erwünscht gewesen, wenn diesen so dankenswerten Versuchen und Vergleichen eine anschauliche Zeichnung eines Systemes der Zentralanlage vom Küchenherd aus beigegeben wäre, das sich in heiztechnischer wie in ökonomischer Beziehung am meisten bewährt hat. Wir sind bereit, ein solches System zu veröffentlichen, denn die

Frage der zweckmäßigsten Heizung ist von weit tragender Bedeutung geworden. —

Der Suezkanal im Weltkrieg. Es ist der Weltkrieg auch auf den Suezkanal und seinen Verkehr nicht ohne nachhaltigen Einfluß geblieben. Den Rückgang des Verkehrs zeigen deutlich die nachstehenden Zahlen.

		Brutto Reg.-T.	Netto Reg.-T.
1912:	5373 Schiffe mit	28 008 945 oder	20 275 120
1913:	5085 „ „	27 737 180 „	20 033 914
1914:	4802 „ „	26 866 340 „	19 409 415
1915:	3708 „ „	21 027 457 „	15 266 155
1916:	3110 „ „	16 394 288 „	12 325 347
1917:	2353 „ „	?	8 368 918

Der Rückgang des Jahres 1913 gegen 1912 scheidet aus, da er nicht auf Kriegsursachen beruht.

Mit Rücksicht auf diesen erheblichen Verkehrsrückgang hat die Kanalverwaltung, um den Ausfall in den Einnahmen zu decken, die Gebühren erhöht. Seit dem 1. Juli 1917 betragen diese für die Netto-Tonne eines beladenen Schiffes 8,50 Franken gegenüber dem früheren Preis von 6,25 Franken. Seit dem 1. Januar 1918 wird der zuerst genannte Betrag auch für unbeladene Schiffe, die den Kanal benutzen, erhoben.

Nach der „Flagge“ benutzen den Kanal in erster Linie englische Schiffe, demnächst französische und andere. Deutsche Schiffe sind 1913 778 mit 3352287 N.-T., 1914 481 mit 2118946 N.-T. durchgefahren. Oesterreichisch-Ungarische Schiffe 1913 246 mit 458830 N.-T., 1914 176 Schiffe mit 631730 N.-T.

Auf die Dauer der Durchfahrt durch den Kanal von Port Said nach Suez haben die aus Veranlassung des Krieges getroffenen militärischen Maßnahmen verzögernd eingewirkt, die Durchfahrtszeit ist von 16 Stunden 19 Min. im Jahr 1913 auf 19 Stunden 12 Min. im Jahr 1916 gestiegen.

Von besonders starkem Einfluß ist der Krieg auf den Personenverkehr durch den Kanal gewesen und zwar weniger auf die Gesamtzahl als auf die Art der beförderten Personen. Es wurden befördert:

	Insgesamt	Davon Zivilpersonen	Militär	Bes. nd. Personen. Pih. er. Aus- wanderer u. A.
1913:	282 235	169 641	88 748	23 846
1914:	391 772	155 183	228 720	7 869
1915:	210 530	86 653	119 812	4 063
1916:	283 030	45 743	235 441	1 846

Die oben erwähnte Gebührenerhöhung ist aber nicht allein durch den erheblichen Verkehrsrückgang, sondern auch durch die inzwischen eingetretene Verteuerung aller Betriebsstoffe veranlaßt worden. So haben die Kohlen je Tonne im Jahr 1913 37,5 Franken, im Jahr 1916 154 Franken gekostet und werden heute in Port Said mit 200 Franken bezahlt. — Dg.

Wettbewerbe.

Im Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für eine Mädchenschule in Heide sind 77 Arbeiten eingegangen, unter denen die Arbeit „Der Jugend“ des Hrn. Herm. Schwöppe in Kiel den I. Preis erhielt. Den II. Preis erlangte der Entwurf „Allee“ des Hrn. Guido Widmann in Flensburg, den III. Preis der Entwurf „Jugend“ eines noch unbekannten Verfassers. Zum Preis von je 200 M. wurden angekauft die Entwürfe der Hrn. Fritz Off in Heide, Wilh. Beringer in Altona, Herm. Rohwer in Rendsburg-Kiel und Willi Wegner in Hamburg. Öffentliche Ausstellung sämtlicher Arbeiten bis 8. Jan. 1919 im Rathaus zu Heide, von 10—1 Uhr. —

Chronik.

Karlsruher Hochschul-Vereinigung. Am 7. Dez. 1918 wurde unter Mitwirkung einer großen Zahl führender Männer der Technik eine Vereinigung gegründet, welche die Aufgabe hat, die Beziehungen zwischen technischer Praxis und technischer Wissenschaft enger zu gestalten und so den Fortschritt der Technik zu fördern, sowie insbesondere auch der Technischen Hochschule Fridericiania in Karlsruhe Mittel zur Verfügung zu stellen, zur Bearbeitung von Fragen, welche außerhalb des Bereiches der staatlichen Aufgaben liegen. Dank hochherziger Stiftungen mehrerer Mitglieder verfügt die Vereinigung bereits über ein ansehnliches Vermögen. —

Inhalt: Das Badische Murgwerk. (Schluß). — Vermischtes. — Wettbewerbe. — Chronik. — Vereinsmitteilungen. —

Hierzu eine Bildbeilage: Das Badische Murgwerk.

Verlag der Deutschen Bauzeitung. G. m. b. H. in Berlin.
Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann in Berlin.
Buchdruckerei Gustav Schenck Nachf. P. M. Weber in Berlin.



ADISCHES MURG -
WERK * I. AUSBAU.
HOCHDRUCK- ***
*** KRAFTHAUS,
SCHALT- U. TRANS-
FORMATORENHAUS.
=== DEUTSCHE ===
** BAUZEITUNG **
52. JAHRGANG 1918
*** NO. 104. ***

Versammlungen und Berichte.

Architekten- und Ingenieur-Verein zu Düsseldorf. Am 12. Juli 1918 konnte der Verein auf sein fünfundzwanzigjähriges Bestehen zurückblicken. Einer aus diesem Anlaß herausgegebenen Chronik ist zu entnehmen, daß bereits 1891 in Düsseldorf ein „Architekten-Verein“ bestand, der sich aus der zur Groß- und Industriestadt gewordenen Kunststadt entwickelt hatte, der aber „kränkelte an einer gewissen Einseitigkeit seiner Gründung“. Er konnte erst dann zu Leben und Wirksamkeit kommen, als er sich auf breiter Grundlage als „Architekten- und Ingenieur-Verein“ neu gebildet hatte und auch der Beamtenschaft des Bau-faches Aufnahme gewährte. So entstand am 12. Juli 1893 mit 38 Mitgliedern der heutige Verein. Ihnen schlossen sich bald weitere 14 Fachgenossen an, sodaß das erste Mitglieder-Verzeichnis 52 Namen aufweist. Erster Vorsitzender wurde Landesbaurat Dreiling. Die erste Sorge war die Begründung einer Vereinsbibliothek, ihr folgte die Festlegung der Vereinssatzungen. Am 23. Sept. 1893 wurde der Verein in Münster in den „Verband Deutscher Architekten- und Ingenieur-Vereine“ aufgenommen. Es folgen nun Jahre stiller, aber stetiger Entwicklung. In anregenden Vorträgen wurden Fragen der Wissensgebiete der verschiedenen Zweige des Bau-faches behandelt, an der lokalen und der provinziellen baulichen Entwicklung nahm der Verein lebhaft teil. 1901 war die Zahl seiner Mitglieder auf 61 gestiegen. Einschneidende Einwirkungen auf die Verhältnisse des Vereins hatte die Große Kunst- und Industrie-Ausstellung in Düsseldorf des Jahres 1902. Der Wirkungskreis des Vereins und seine Beziehungen erweiterten sich, die Zahl der Mitglieder stieg auf 76. Die Jahre 1903 und 1904 waren den Arbeiten für das Werk: „Düsseldorf und seine Bauten“ und der Vorbereitung der Wanderversammlung des „Verbandes Deutscher Architekten- und Ingenieur-Vereine“ gewidmet. Das Jahr 1904 hatte für den Verein auch deshalb er-



höhte Bedeutung, weil in diesem Jahr in Düsseldorf eine Kunst- und Gartenbau-Ausstellung stattfand. Die folgenden Jahre brachten eine solche Entwicklung, daß 1908, die Zahl der Mitglieder bereits auf 140 gestiegen war. Durch eine bahnbrechende Denkschrift war der Verein 1909 an den Arbeiten zur Abänderung der Düsseldorfer Baupolizeiordnung beteiligt. Ein großer Schritt vorwärts wurde 1913 getan dadurch, daß die verwandten Vereine von Barmen, Essen und München-Gladbach sich mit dem Düsseldorfer Verein zu einer Bezirksvereinigung zusammaten, um durch einen vergrößerten Wirkungskreis erhöhten Einfluß zu gewinnen. 1914 beteiligte sich der Verein an den Arbeiten einer Städtebau-Kommission, die in Düsseldorf gebildet war, um wichtige Fragen dieses Gebietes in der Öffentlichkeit zur Erörterung zu bringen. Für 1915 war in Düsseldorf eine Jahrhundert-Ausstellung vorgesehen, für welche auch die Beteiligung der Privatarchitektenschaft angeregt war. Zugleich sollte der „Verband Deutscher Architekten- und Ingenieur-Vereine“ auf Einladung der Stadt Düsseldorf seine Wanderversammlung 1915 hier abhalten. Zu beiden Veranstaltungen kam es durch Ausbruch des Krieges nicht. Unter seiner Einwirkung litt die innere Vereinstätigkeit sehr. Der in dieser Zeit unternommene Versuch, einen Zusammenschluß mit den anderen technischen Vereinen der Stadt herbeizuführen, hatte kein Ergebnis. Am Schluß 1915 stieg die Zahl der Mitglieder auf 145, sank jedoch während des Krieges, sodaß der Verein in sein Jubiläumsjahr 1918 mit 1 Ehrenmitglied, 118 einheimischen und 16 auswärtigen Mitgliedern eintrat. Von großer Bedeutung für seine zukünftige Entwicklung hält der Verein die Beteiligung an der Erbauung eines gemeinschaftlichen Vereinshauses für die wissenschaftlichen und technischen Vereine der Stadt Düsseldorf, die zu Anfang des Jahres 1918 vom „Nieder-rheinischen Bezirksverein deutscher Chemiker“ angeregt worden war. Die Beteiligung des Vereins wurde in Versammlungen vom 13. und 27. Febr. 1918 grundsätzlich beschlossen. —

Der „Innungs-Verband Deutscher Baugewerksmeister“ hielt unter dem Vorsitz von Arch. Gestrich aus Berlin seinen Vertretertag am 18. und 19. September 1918 in Würzburg ab. Den Verwaltungsbericht gab der Verbands-Syndikus, der in der allgemeinen Betrachtung über die Lage des Baugewerbes und über die drohende Wohnungsnot eine umfangreiche Gewährung der aus Reichsmitteln fließenden Bauzuschüsse und weitestgehende Heranziehung der handwerksmäßigen Bauunternehmungen forderte. Die vorgeführte Uebersicht über die Tätigkeit des Verbandes im Berichtsjahr gewährte einen Einblick in die Organisationsarbeit der alten Standesvertretung des deutschen Baugewerbes. Ueber die Haftpflichtversicherung im Bauhandwerk berichtete Arch. Müller aus Stettin; entsprechend seinem Vorschlag trat die Versammlung für die Begründung von Haftpflichtgenossenschaften bei den Berufsgenossenschaften ein. Als Grundlage der einzuschlagenden Wohnungspolitik wurde nach den Vorträgen von Arch. Lehmann aus Hannover und Keim aus Stettin eine Reihe von Leitsätzen angenommen. In Bezug auf die Uebergangswirtschaft verlangte die Versammlung nach einem Bericht von Baumstr. Kretzschmar aus Leipzig, daß eine etwaige Verteilung von staatlich bewirtschafteten Baustoffen gemeinsamen Berufsverbänden der Verbraucher, Verarbeiter und Händler unter Mitwirkung der Handwerks- und Gewerbekammern übertragen werde. Für die Förderung des Lehrlingswesens sprach unter allgemeiner Zustimmung der Versammlung Baumstr. Reissmann aus Dresden, für diejenige des Hypothekenschutzes traten die Hrn. Kretzschmar und Gestrich ein. Das zeitgemäße Thema von der Wirtschaftlichkeit in der Bauwirtschaft behandelte Verbands-Syndikus Schlegel aus Berlin. Die Ausgestaltung, Hebung und Verbesserung der deutschen Bauwirtschaftsweise wird der Innungs-Verband nachdrücklich betreiben; die Aufstellung eines bauwirtschaftlichen Merkblattes ist ins Auge gefaßt. Nach Vorlagen der Schulkommission des Verbandes sprach Hr. Gestrich über Wünsche des Baugewerbes zur Ausgestaltung des baugewerblichen Schulwesens. Maurerstr. Hirschberg aus Neuruppin erörterte die Wünsche der Heimatschutzkommission des Verbandes. Ueber Arbeiten des Deutsch-Oesterreichisch-Ungarischen Wirtschaftsverbandes, dem der Innungs-Verband angegliedert ist, machte Zimmerstr. Böge aus Hamburg eine Reihe von Ausführungen. Die Gebührenordnung des Verbandes für technische Leistungen wurde entsprechend dem Vorschlag von Ratszimmerstr. Wese aus Berlin durch Einschaltung von Kriegsteuerungszuschlägen ergänzt. Die

Erledigung von Kassenangelegenheiten und verschiedener Anträge bildete den Schluß der Verhandlungen. Für ein ausgeschiedenes Mitglied der Verbandsleitung wählte die Versammlung Arch. und Baumstr. Ziebland aus München. Architekt Lummert aus Hamburg und Hofzimmermeister Hertling aus Charlottenburg wurden zu Ehrenmitgliedern des Verbandes ernannt. Die nächstjährige Sitzung wird voraussichtlich in Breslau stattfinden. —

Württembergischer Ingenieurverein. Am 27. Juni 1918 hielt Hr. Obbrt. Gugenhan einen Vortrag über „Württemberg's Wasserkräfte“, zu dem auch Vertreter des kgl. Ministeriums des Aeußeren, des Inneren und der Finanzen erschienen waren.

In einer Begrüßungsansprache hob der Vorsitzende, Ob.-Ing. Lind, hervor, daß zurzeit neben der Kohlen- und Elektrizitätswirtschaft die Wasserkraft nicht nur den Techniker, sondern auch den Volkswirtschaftler bezeuge. Der Krieg hat auch den Wert der Wasserkräfte, die beinahe in Vergessenheit geraten wollten, wieder gehoben. Die Verhältnisse in Württemberg, welches keine Kohlen-schätze besitzt, mahnen zur äußersten Wirtschaftlichkeit in der Ausnützung der Wasserkräfte, mit denen Württemberg in nur bescheidenem Maß gesegnet ist. Der Ausbau jeder nennenswerten Wasserkraft ist ein volkswirtschaftliches Gebot, doch müßte die ideale Forderung, daß kein Tropfen der bergab fließenden Gewässer für die Krafterleistung verloren gehe, eine gewisse Beschränkung erfahren, aber in einem großen Rahmen wird diesem Ziel zugestrebt werden müssen.

In seinem Vortrag führte Oberbaurat Gugenhan zunächst aus, daß von den 3600 in Württemberg bestehenden Wasserkraftwerken ein Gesamtgefälle von 15 500 m ausgenutzt und eine Krafterleistung von rd. 95 000 Pferdestärken erzeugt werde, und daß rd. 50 % der Betriebe auf Getreidemühlen und auf Kräfte von weniger als 10 Pferdestärken entfallen; in nur 9 Triebwerken werden mehr als 1000 PS gewonnen. Für die Wasserkraftnutzungen sind die natürlichen, die Grenz- und teilweise auch die örtlichen Verhältnisse in Württemberg nicht günstig. Der Ausnützung harren in Württemberg noch etwa 500 Wasserkraftwerke mit zus. 150 000 PS Nutzleistung. Das Gewässeramt hat neuerdings Einzelpläne mit Kostenberechnungen für den Bau von 27 Kraftwerken von mehr als 750 PS Einzelstärke mit zus. 70 000 PS jährl. Nutzleistung ausgearbeitet. Da der Gesamtaufwand zu 70 Mill. M. berechnet wurde, kommt im Landesdurchschnitt 1 PS auf 1000 M. und eine Kilowattstunde auf 1,7 Pf. an Baukosten zu stehen. Von diesen Kraftwerken liegen 15 mit 27 000 PS am Neckar und 5 mit ebenfalls 27 000 PS an der Iller. Mit dem Ausbau dieser Kräfte würde der jährliche Kohlenbedarf in Württemberg um etwa 40 000 Eisenbahnwagen im Jahr verringert. Der Vortragende ist der Meinung, daß trotz der neuen Errungenschaften im Dampfturbinenbau es keine Wärmekraftanlage gibt, die mit einer neuzeitlich ausgeführten Wasserkraftanlage einen erfolgreichen Wettbewerb dann auszuhalten vermöchte, wenn sie mindestens während der Hälfte der 8760 Jahresstunden ausgenutzt wird. Von ganz besonderer Wichtigkeit wird neben der Erbauung der geschilderten Niederdruckanlagen in der Zukunft die Erstellung von Wasseraufspeicherungs-Anlagen sein, in die das Wasser entweder auf natürlichem Weg zugeleitet oder mit der überschüssigen Nachtkraft gepumpt wird. Im Schwarzwald wird der Bau von Sammelweihern mit bis zu 70 m hohen Abschlußmauern und im Oberland mit 5–6 m hohen Aufstauungen von vorhandenen Seen in nicht allzu ferner Zukunft zum Zweck der Kohlen-Ersparnis nötig und wirtschaftlich werden. Auch versprechen die Kabelverbindungen zwischen den einzelnen Elektrizitätswerken des Landes und den Nachbarstaaten Vorteile, wodurch der Kraftmangel auf der einen und der Kraftüberschuß auf der anderen Seite wechselseitig bis zu einem gewissen Grad ausgeglichen werden könnten. Der Ausbau der Wasserkräfte wird sich nach dem Krieg dem Kraftbedarf anschließen haben und stufenweise in mehreren Bauabschnitten erfolgen. Im ersten Bauabschnitt sollte zunächst der Ausbau von 3 größeren Neckar- und 2 Illerkraftwerken mit rd. 8 und 14 zus. 22 000 PS Nutzleistung mit einem Aufwand von rd. 16 Mill. M. (Friedenspreis) in Betracht gezogen werden. Zum Schluß wurde die für die Staatsverwaltung und die Landstände gleich wichtige Frage der Beteiligung des Staates an dem Ausbau der Wasserkräfte behandelt. Um sich für Zwecke der Allgemeinheit in der fernerer Zukunft zu sichern, glaubt der Vortragende die Einführung der Befristung bei der Verleihung neuer Wassernutzungsrechte und eine Aenderung in der zwangsweisen Ablösung bestehender Rechte im Allgemein-Interesse befürworten zu sollen. Daneben kommen für die Ausnützung der größeren Kräfte entweder eine gemischt wirtschaftliche Unternehmung oder die Aufnahme von Meistbegünstigungs-

klauseln für den künftigen Bezug von elektrischer Energie durch den Staat in die Verleihungsurkunden in Frage.

Der treffliche Vortrag war von zahlreichen Lichtbildern und Plänen über die Gefällsverhältnisse der wichtigsten Flüsse Württembergs begleitet. Den mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen fügte der Vorsitzende den Dank des Vereins hinzu. —

Verband Deutscher Architekten- und Ingenieur-Vereine.

Mit Schluß des Jahres legt der langjährige Vorsitzende des Verbandes, dem auch die schwierige und wenig dankbare Aufgabe zugefallen war, den Verband durch die Zeit des Krieges hindurch zu führen, Geh. Oberbaurat Saran-Berlin, sein Amt nieder. An seine Stelle tritt der Geh. Oberbaurat Schmick in München. Der Architekt wird vom Bauingenieur abgelöst, der Baubeamte von dem im freien Berufsleben Stehenden.

Der zweite Vorsitzende, Arch. BDA. Groothoff, war bereits im Sommer 1918 verstorben, an seine Stelle trat Stadtbaurat Fleck in Dresden, ebenfalls Ingenieur, der dem Vorstand bereits seit Längerem angehört. Es schied ferner aus der Beisitzer Ober-Gewerbeinspektor Dr.-Ing. Ritzmann-Karlsruhe (Ingenieur). Zu Beisitzern wurden in Cassel der Privatarchitekt BDA. Henry in Breslau, der bereits seit Jahren an den Arbeiten des Verbandes regen Anteil genommen hat, und ein beamteter Architekt, Geh. Baurat Hagemann in Berlin, neu gewählt. Die Geschäftsführung liegt einstweilen weiter in der Hand des Regierungsbaumeisters a. D. F. Eiselen in Berlin (Bauingenieur). —

Landesgruppe Süddeutschland des „Bundes für deutsche Kachelwerkunst“. Vers. am 13. Juli 1918 in München. Der Vorsitzende erstattete Bericht darüber, was geschehen ist zur Erfüllung der Aufgabe, die Kachelwerkunst zu heben, und für sie zu werben im Zusammenwirken von Kunst, Handwerk und Industrie. Alles steht heute im grellen Licht wirtschaftlicher Betrachtungsweise. Auch die Keramik, als Industrie und als Kunstgewerbe. Einsichtige Männer sprechen ihr gerade deswegen erhöhten Wert in der Uebergangs- und Zukunftswirtschaft zu, weil sie ein Rohprodukt verarbeitet, das wir selbst besitzen und das, veredelt, ein wichtiger Ausfuhrgegenstand werden kann. Das ist freilich an eine Reihe von Bedingungen gebunden, deren wichtigste in dem Ausdruck „Qualitätsarbeit“ zusammengefaßt werden kann. Dr. Riecke brachte darüber im „Verein zur Förderung des Gewerbefleißes“ folgende Gedanken:

Das weit verbreitete Vorurteil, daß unsere deutsche keramische Industrie auf unübertrefflicher Höhe stehe, wird der Erkenntnis weichen müssen, daß nur eine dauernde Vervollkommnung unserer Fabrikate, mit einer möglichst weitgehenden Verringerung der Herstellungskosten Hand in Hand gehend, unserer Industrie ihre Stellung auf dem Weltmarkt auch weiterhin sichern kann.

Daß eine Verbesserung der Qualität unserer keramischen Erzeugnisse nicht nur erstrebenswert, sondern auch möglich ist, wird allgemein zugegeben werden. Eine ausgiebige Bearbeitung von wissenschaftlicher Seite und mit entsprechenden Hilfsmitteln ist ein dringendes Bedürfnis. Es wird bei uns auf diesem Gebiet viel gearbeitet. Aber es mangelt an einer Erfassung der Hauptprobleme. Vor allem müssen die maßgebenden staatlichen Stellen sich der Bedeutung dieser Aufgabe bewußt werden und die beteiligten Industrien in richtiger Würdigung ihrer eigenen Interessen an der Lösung der Frage mitarbeiten. Was wir brauchen ist ein ausschließlich keramischer Forschung gewidmetes Institut, welches in ständiger Fühlung mit der Industrie und mit anderen wissenschaftlichen Instituten nach einheitlichem Arbeitsplan alle wichtigen Fragen der gesamten Tonindustrie in den Kreis seiner Untersuchungen zieht. Auch die Landesgruppe Preußen befaßte sich mit der Gründung einer Versuchswerstätte für Kachelwerkunst. Diese soll in Veltien unter Mitbeteiligung des preuß. Handelsministeriums, der Gemeindeverwaltung und der Landesgruppe Preußen errichtet werden.

In den gleichen Bahnen bewegt sich die Frage des Ausbaues der keramischen Fachschulen. In der Einsicht, daß die Heranbildung eines leistungsfähigen Nachwuchses eine dringende Notwendigkeit sei ebenso wie die Wiedererweckung des Geistes handwerksmäßiger Kachelkunst im Sinne der Heimatkunst, und in rechter Würdigung der Verhältnisse in Bayern beschloß die Versammlung, dem zuständigen Ministerium die Bitte vorzutragen, in München eine Fachschule für Ofenkeramik zu errichten und mit dieser eine staatliche Werkstätte für Ofenkeramik zu verbinden.

Vor besondere Aufgaben hat uns die Kleinhausefrage gestellt. Sie ist heute eine wirtschaftliche Maßnahme. Aber

sie ist es nicht in ihrem letzten Grunde. Das findet Ausdruck in den Bestrebungen, die im Menschen wieder den „Menschen“ suchen und pflegen. Ein Teil dieser Bestrebungen ist ästhetischer Natur und darum mit unserem Streben verwandt. Die genannte Bewegung will dem Menschen die Scholle und das Heim wiedergeben und wir wollen Sorge tragen, daß die Feuerstelle des Schmuckes und der Schönheit nicht entbehre, die ihr eigen sein müssen. In diesem Licht erscheint das Typisieren und Normalisieren der Wohnungseinrichtungen als ein Mißbrauch wirtschaftlicher Gewalt, als das Markensystem des Wohnens: häßlich aber notwendig.

Nachdem das Typisieren auch auf unsere Oefen und Herde ausgedehnt werden wird, ist es unsere Aufgabe, der Sachlage die lichten Seiten abzugewinnen und ihr neue lichte Seiten zu geben. Das Erstere versucht Ecker in München in einem Artikel „Einheitsmaße“ in der Zeitschrift „Der Kachelofen“. Da heißt es: „In Deutschland gibt es dreierlei Kachelmaße. Diese Tatsache ist für unser Gewerbe von ungeheurem Schaden. Es ist keine Übertreibung, wenn man diesen Schaden auf viele Tausende von Mark im Jahr schätzt. So lange in früheren Jahren die Verbrauchsgebiete der einzelnen der drei Kachelmaße abgeschlossen waren, z. B. in Norddeutschland hauptsächlich nur rheinisches Maß und in Sachsen sächsisches Maß verarbeitet wurde, ging es noch. Inzwischen hat aber die süddeutsche Ware in immer steigendem Grade in diese Absatzgebiete Eingang gefunden und den Krebschaden der Verschiedenheit der Maße immer fühlbarer gemacht. Die Wirkungen dieser Verschiedenartigkeit übertragen sich naturgemäß sofort auf die Eisenteile mit der weiteren Folge, daß auch diese in zwei- bis dreierlei Maßen hergestellt und auf Lager gehalten werden müssen“. Die Versammlung faßte den Beschluß: „Die Landesgruppe Süddeutschland anerkennt die Notwendigkeit, in Deutschland Einheitsmaße für die Kachelware zu schaffen“.

Das ist die wirtschaftliche Seite des Typisierens. Der ästhetischen hat der „Landesverein Sächsischer Heimatschutz“ rechten Ausdruck gegeben, als er in einem Aufruf davor warnte, in übertriebener Sucht für den Augenblick nur billig zu bauen, an Stelle des Echten, Natürlichen und Bewährten das Unechte, Unbewährte, in Hast Ersonnene zu setzen als „Ersatz“. Aus dem gleichen Gedankengang entsprang die Absicht, ein Preisausschreiben zur Erlangung künstlerischer Entwürfe für Oefen in Kleinhäusern zu veranstalten.

Die Zentrale für das deutsche Ofensetzerergewerbe sammelte bewährte alte und schuf neue, zweckmäßige Konstruktionen für Heiz- und Kochanlagen in Kleinhäusern. Bekannte Münchener Künstler schufen einige Kacheltypen, die einerseits der Wirtschaftlichkeit in Einheitsformen Rechnung tragen, andererseits aber auch den Anforderungen an die Kachelwerkunst gerecht werden. Die Landesgruppe wird nun in Verbindung mit der Zentrale für das deutsche Ofensetzerergewerbe in einer Mappe „Die Beheizung des Kleinhauses“ Ansichten und Konstruktionszeichnungen von Oefen und Herden veröffentlichen. Von den Kacheltypen wird die Landesgruppe Muster herstellen. Das Recht der Erzeugung dieser Typenöfen wird den Mitgliedern der Landesgruppe widerruflich erteilt. Die Versammlung gab den Vorschlägen des Berichterstatters einstimmig Be-willigung.

Besondere Sorgfalt wurde dem Lichtbilder-Archiv zugewandt. Was die Zeit uns von Kacheln und Oefen, Bildern und Texten erhalten hat, das soll im Lichtbild wieder erstehen und zur Verfügung gestellt werden. Es wird das Archiv auch Material bieten aus dem jeweiligen Stand der Gefäß- und Fliesenkeramik, der Feuerungs- und Heizungstechnik und all der beeinflussenden Faktoren.

Die Herausgabe von Studienmappen über einzelne Perioden, Orte und Meister wird das Material weiteren Kreisen zugänglich machen. Hoffentlich gelingt es auch damit, die Forschung über Süddeutschlands Keramik anzuregen und das Gute und Schöne, das uns verloren gegangen ist, wieder zu heben.

Es mußte zunächst die vorhandene Literatur durchgearbeitet werden, was umso schwerer fiel, als wir keine umfassende und völlig verlässige Bibliographie der Kachelwerkunst haben. Ebenso fehlt ein zusammenfassendes Werk über deutsche Kachelwerkunst. Für einzelne Gebiete sind vortreffliche Forschungsarbeiten vorhanden. Kleinere Arbeiten sind zahlreich in den Zeitschriften verstreut. Auf Grund dieser Vorarbeiten war es möglich, mit einem Verzeichnis der vorhandenen Kacheln und Oefen zu beginnen und über 1000 Textbogen anzulegen. Im kommenden Geschäftsjahr kann mit der Herstellung des Archivs begonnen werden.

Die Neuwahlen hatten folgendes Ergebnis: Vorsitzender: Joseph Riedl, Vorstand der städt. Fachschule für Töpfer

und Ofensetzer in München; 1. stellvert. Vors.: Hermann Berndt, Architekt in München; 2. stellvert. Vors.: C. Kornhas, Professor an der Kunstgewerbeschule in Karlsruhe; Albert Bäuml, Dir. der kgl. Porzellanmanufaktur Nymphenburg-München; Christoph Bankel, Ofenfabrikant in Lauf, Adolf Ecker, Hafnermeister in München; Hans Freitag, Gauleiter in Nürnberg; Herm. Haas, Kunstkeramiker in München; von Heider, Prof., Vorstand der keramischen Werkstätte an der Kunstgewerbeschule in Stuttgart; Jean Heinsteins, Ofenfabrikant in Heidelberg; K. Hoffacker, Direktor der Kunstgewerbeschule in Karlsruhe; Theodor Jahns, Hafnermeister in München; M. Kluge, Lehrmeister an der keramischen Werkstätte der Kunstgewerbeschule in Stuttgart; W. Rudolph, Professor, technischer Leiter der keramischen Fachschule in Landshut. —

Verein für Deutsches Kunstgewerbe in Berlin. Ueber die monumentale Malerei Dänemarks sprach am 16. Okt. im Verein Prof. Wilhelm Wanscher aus Kopenhagen, Dozent an der dortigen Kunstakademie. Unter den älteren Schöpfungen sind bahnbrechend die Wandbilder in der Vorhalle der Universität gewesen, in denen der begabte Konstantin Hansen aus Szenen aus dem griechischen Götterleben darstellte. Heute steht als anerkannter Großmeister Joakim Skovgaard voran, dessen großer Freskenzyklus im Dom zu Viborg in Jütland zu den umfangreichsten Werken unserer Zeit zählt. Alle Wände und Decken der alten, neuerdings wiederhergestellten romanischen Kirche sind in echter Freskotechnik mit farbigen Bildern aus dem Alten und Neuen Testament bedeckt, gleich stark und persönlich in Zeichnung, Farbe und Auffassung. — An dem durch Lichtbilder erläuterten Vortrag nahmen zahlreiche Mitglieder der dänischen Kolonie in Berlin teil. —

Architekten- und Ingenieur-Verein zu Frankfurt a. M. Am 6. Okt. 1918 eröffnete der Architekt Loehr durch eine würdige Weihe-Rede die Ausstellung des Lebenswerkes des am 15. Mai 1918 an der Westfront gefallenen Frankfurter Architekten Carl F. W. Leonhardt in den Räumen des Kunstgewerbe-Vereins (ehemaligen Stadel'schen Kunst-Institutes) vor einer zahlreichen Versammlung der Mitglieder und Damen des Vereins, sowie derjenigen des „Mitteldeutschen Kunstgewerbe-Vereins“, des „Bundes Deutscher Architekten“, der „Frankfurter Kunstfreunde“ und verwandter Gesellschaften. Ueber den frühen Helden- und die zahlreichen Werke dieses ausgezeichneten Baukünstlers haben wir in No. 53 1918 ausführlich berichtet. —

G-r.

Deutsche Architektenschaft der Provinz Ostpreußen. Die selbständigen Architekten der Provinz Ostpreußen haben sich in einer öffentlichen Versammlung am 30. November 1918 im „Berliner Hof“ zu Königsberg, an der etwa 70 Architekten und die Vertreter der Regierung teilnahmen, zu einem Verband zusammengetan, um einerseits ihre wirtschaftlichen Berufsinteressen geschlossen wahrnehmen zu können, andererseits, um eine einheitliche Organisation für die dringenden sozialen Aufgaben der Jetztzeit bereit zu stellen. Diese sozialen Aufgaben bestehen in der Beschaffung von Arbeits- und Wohnungsgelegenheit, Förderung des Siedelungswesens und sozialer Bodenpolitik und bedürfen zu ihrer Lösung der Mitwirkung der Architektenschaft.

Der Verband will auf alle das Bauwesen berührenden Einrichtungen und Bestimmungen des öffentlichen Lebens maßgebenden Einfluß zu gewinnen suchen. Er erstrebt für den einzelnen Architekten oder für den Verband die Stellung als Treuhänder bei der Verwendung der großen staatlichen und kommunalen Mittel, die für den Wiederaufbau Ostpreußens und die Schaffung von Wohnungen zur Verfügung gestellt werden müssen. Sein Ziel geht außerdem dahin, in dem Entschädigungs-Verfahren beim Wiederaufbau Ostpreußens eine Vereinfachung und Beschleunigung herbei zu führen, da die Zahl der jetzt bestehenden 6 Prüfungsinstanzen, Bauberatungsamt, Landrat, Feststellungsausschuß, Abrechnungsstelle der Regierung, Reichskommissar und Oberausschuß die Auszahlung der Schlußrechnungen an Unternehmer, Architekten und Bauherren um Jahre verzögert und die meisten dieser Beteiligten wirtschaftlich schwer schädigt.

Der Verband bekämpft auch die Auswüchse des staatlichen Bauberatungswesens, das in seiner Durchführung nicht nur die schnelle Abwicklung des Wiederaufbau-Verfahrens verzögert, sondern auch durch die einseitige behördliche Vorzensur in Geschmacksfragen bis in die kleinsten Einzelheiten der Ausführung hinein jedes selbständige Schaffen hemmt. Es bekämpft auch den Wettbewerb der sogenannten landwirtschaftlichen Bauberatungsstellen, die keine Bauberatung ausüben, sondern lediglich Architektenbüros der Kreisverbände darstellen. Der Verband bezweckt

schließlich die Hebung des Ansehens des Architektenstandes auch durch Ueberwachung seiner Mitglieder durch einen Ehrenrat.

An der Spitze des Verbandes, der die Bezeichnung „Deutsche Architektenschaft der Provinz Ostpreußen“ führt, steht ein Architektenrat aus 12 Mitgliedern, bestehend aus den Hrn. Arndt (Königsberg), Dr. Gentzen (Rastenburg), Götting (Pillkallen), Knobbe (Lyck), Kuckuck (Königsberg), Lotz (Lyck), Martens (Ortelsburg), Meyer (Angerburg), Peter (Königsberg), Stoffregen (Gerdauen), Schönwald (Königsberg) und Wilhelm (Soldau).

Die Geschäftsstelle des Verbandes befindet sich bei Hrn. Dr. Gentzen in Rastenburg, Kaiser-Straße 5. —

Pfälzischer Architekten- und Ingenieurverein. Vorstands- und Ausschußsitzung am 13. Sept. 1918 in Neustadt a. d. Hdt. Ueber die Aenderung der Bauordnung zugunsten des Kleinwohnungsbaues berichtet Hr. Bauamtmann Hussong. Nach Besprechung der Einzelheiten wird ihm zugestimmt, daß die Aenderungen teils zu begrüßen sind, zum Teil doch auch Bedenken hervorrufen; sie müssen als Notmaßregeln betrachtet werden.

Das Bezirksamt in Zweibrücken ersuchte uns um ein Gutachten über die Aufstellung von Distriktspolizeilichen Vorschriften zum Zweck des Heimatschutzes. Nach eingehender Beratung wird die Fassung der Vorschriften endgültig festgestellt.

Das gleiche Bezirksamt ersuchte uns um einen Entwurf einer ortspolizeilichen Vorschrift zur Erhaltung und Wiederherstellung der Bauweise in der „Neuen Vorstadt“ am Herzog-Platz und in der Herzog-Str. in Zweibrücken. In der Besprechung wird betont, daß die Absicht des Bezirksamtes, das selten gute Städtebild in seinem jetzigen Zustand zu erhalten, außerordentlich begrüßenswert sei.

Das Ersuchen der Vorstandschaft des „Bayerischen Architekten- und Ingenieurvereins“ in München um Bekanntgabe unserer Stellungnahme in der vom „Bayerischen Bezirksverein Deutscher Ingenieure“ angeregten Frage der Schaffung von Ingenieur-Kammern, des Schutzes des Ingenieurtitels und der Aufnahmebedingungen soll dahin beantwortet werden, daß wir unbedingt mit dem Vorschlag des „Bayer. Bezirksvereins Deutscher Ingenieure“ einig gehen; der technische Stand soll endlich den Einfluß gewinnen, der ihm zukommt. Die Vorstandschaft in München soll aufgefordert werden, die Angelegenheit energisch zu vertreten und zunächst beim Verband dringlichst zu veranlassen, daß dem im Reichstag zur Beratung stehenden Arbeitskammergesetz in §. 6 nach der Bestimmung über die Angestelltenkammern der Satz angefügt werde: „Werden besondere Ingenieur-Kammern errichtet, so unterstehen die Ingenieure diesen; das gleiche gilt bei der Errichtung von Architekten-Kammern hinsichtlich der Architekten“.

Ueber Titelfragen und Aufnahmebedingungen soll später noch Beschluß gefaßt werden.

In dem nunmehr veröffentlichten Entwurf eines Gesetzes zur Abänderung der pfälz. Gemeindeordnung ist, wie mit größtem Bedauern festgestellt wurde, das Gesuch des Vereins um Verleihung von Sitz und Stimme an die leitenden Techniker der Gemeinde-Verwaltungen nicht bewilligt worden. Es wird beschlossen, nochmals an Abgeordnete und Reichsräte um Vertretung unserer Wünsche heranzutreten. —

Vorstands- u. Ausschußsitzung am 4. Oktober 1918 in Neustadt a. d. Hdt. Von den vom „Oberbayer. Architekten- und Ingenieurverein“ zur Stellungnahme übersandten Beschlüssen betr. Schutz des Ingenieurtitels wird Kenntnis gegeben und beschlossen, sich diesen anzuschließen. —

Vorstands- u. Ausschußsitzung am 1. November 1918 in Neustadt a. d. Hdt. Es wird die Aufnahme des Architekten Arthur Klessmann in Landau-Pfalz beschlossen. Der derzeitige Mitgliederstand beträgt 113. Darin sind die Zugänge im Jahre 1918, Hofmann Jr., Kleemann und Uhl, enthalten. Die Form der Einhebung der Jahresbeiträge für 1919 (15 M.) wird festgesetzt.

Hr. Architekt Dietrich in Neustadt berichtet über den Verlauf des Pfälzischen Kriegerverbands-tages am 22. Sept. 1918 im Saalbau zu Neustadt a. d. Hdt., welchem er als Vertreter unseres Vereins anwohnte. Bei der Tagung wurde die Tätigkeit unseres Vereins für den Pfälz. Kriegerverband besonders lobend anerkannt; namentlich wird auch unserem Mitglied, Bauamtmann Hussong, für seine ersprießlichen Bemühungen Dank gezollt. —